KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Ein Ergebnis des Deals Türkei/EU

Nr. 184 März / April 2016 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 184 März/April 2016



Sûr, das Altstadtviertel von Amed, wurde wie auch noch andere Viertel in Nordkurdistan durch staatliche Kräfte zerstört. Foto: ANF



In den 90er Jahren wurden u.a. mit Waffen aus der BRD die Dörfer geräumt und verbrannt, heute sollen die gewachsenen Strukturen in den Städten zerstört werden. Foto: ANF



Şengal: Demonstration am 17. Jahrestag der Festnahme von Abdullah Öcalan: Der Rat von Şengal fordert die Freiheit für APO/Abdullah Öcalan. Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

noch vor einem Jahr sah die Situation in Kurdistan und der Türkei ganz anders aus. Im Dolmabahçe-Palast hielten eine Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und eine Abordnung der türkischen Regierung eine gemeinsame Pressekonferenz ab, auf der die Zehnpunktedeklaration Abdullah Öcalans verlesen wurde, die den Verhandlungen zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und dem türkischen Staat den Weg ebnen sollte. Heute führt derselbe Staat einen grausamen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in Nordkurdistan und, nun auch offiziell, selbst im nordsyrischen Rojava.

Nach dem grausamen Massaker in Cizîr (Cizre) mit über 150 Toten greift der AKP-Staat aktuell mit all seinen Mitteln den Stadtteil Sûr in Amed (Diyarbakır) an. Auch die Angriffe auf Hezex (Idil) und Gever (Yüksekova) haben ihren Anfang genommen. Überall dort, wo der Rückhalt für die kurdische Freiheitsbewegung am stärksten ist, will der türkische Staat Exempel statuieren. Neben Nordkurdistan ist nun auch Westkurdistan direktes Ziel des türkischen Staatsterrors. Versuchte die AKP bislang durch die Unterstützung des IS, der Al-Nusra-Front und anderer islamistischer Gruppierungen die Revolution von Rojava zu bekämpfen, so lässt sie nun zusätzlich selbst vom türkischen Territorium aus direkt die Gebiete der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava bombardieren. Und am liebsten würde sie geradewegs ihre SoldatInnen in die Region schicken. Der Versuch, die Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus Rojava für den schweren Anschlag auf den Militärkonvoi in Ankara vom 17. Februar verantwortlich zu erklären, scheint nicht viel mehr als ein verzweifelter Versuch der türkischen Regierung, sich die Legitimation für ein solches Vorhaben zu verschaffen.

Und es ist diese Türkei, die nun Deutschland und Europa in der sogenannten Flüchtlingskrise aus der Patsche helfen soll. Aus diesem Grund mahnt Innenminister de Maizière, sich derzeit mit Kritik an der Türkei zurückzuhalten. Doch die deutsche Bundesregierung will es wohl nicht nur beim Schweigen zu den Kriegsverbrechen ihrer Bündnispartnerin Türkei belassen. Denn sie setzt ihren Repressionskurs gegen kurdische AktivistInnen und solidarische Kreise fort. In Hannover wurde das Unabhängige Jugendzentrum Korn durchsucht, weil es angeblich die PKK unterstütze. In Hamburg wurde gegen Bedrettin Kavak Anklage nach § 129b StGB erhoben und erneut wurde ein kurdischer Aktivist festgenommen, dieses mal in Düsseldorf und wieder wegen § 129b. Dies alles geschah allein im Monat Februar in der BRD.

In Kurdistan ist der Frühling traditionell die Jahreszeit, in der der Widerstand von Neuem erblüht. Aufgrund der vielseitigen Angriffe hat in diesem Jahr der Frühling für die KurdInnen früh begonnen. Denn überall, wo es zu Angriffen auf ihren Freiheitswillen kommt, überall dort organisieren die Menschen derzeit auch ihren Widerstand, in Kurdistan wie in Europa. Wir können uns sicher sein, dass dieser gesellschaftliche Widerstand bis zum Newroz-Fest immer weiter wachsen wird. Lasst uns teilhaben an diesem Widerstand für ein Leben in Freiheit!

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Wer zusieht und diese Kriegsverbrechen zulässt, macht sich mitschuldig

Songül Karabulut

Songül Karabulut ist Exekutivratsmitglied des Kurdistan Nationalkongresses (KNK). In diesem Rahmen fungiert sie als dessen Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten.

Es gibt zwei Alternativen, mit ausbleibenden Ergebnissen umzugehen. Die erste besteht darin zu schauen, ob der Lösungsansatz vielleicht falsch war, um ihn zu korrigieren und weiter an der Lösung zu arbeiten, oder zu glauben, der Lösungsansatz sei nicht ausreichend genug vertreten und umgesetzt worden. Die zweite führt dazu, noch fester auf diesem Ansatz zu beharren.

Was momentan in der Türkei passiert, kann, denke ich, vor diesem Hintergrund beleuchtet werden.

Zur Existenzgrundlage der Türkei gehört es seit ihrer Gründung, alle Multiidentitäten ihrer Gesellschaften zu türkisieren und somit zu vereinheitlichen. Auch wenn es 2002 zu einem Wechsel in den Regierungsstrukturen der Türkei kam und mit der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) eine islamische Partei die Macht von der kemalistischen Elite übernahm, so führte das nicht automatisch dazu, dass diese Grundlage der Republik verändert wurde. Die klassische Staatsdoktrin, türkisch-islamische Synthese genannt, hatte bis zur Machtübernahme der AKP das Türkische als Priorität, das Islamische war eher sekundär gewesen. Mit der AKP wurde die islamische Identität in den Vordergrund gerückt. Zum einen deshalb, weil westliche Staaten gegen die zunehmende Radikaliserung des politischen Islam, vor allem gegen die iranische Schia, einen gemäßigten Islam als Modell förderten. Das entsprach auch türkischen Staatsinteressen, weshalb Armee und Bürokratie als Hüter des Staates grünes Licht gaben. Über das Etikett Islam war es einfacher, im Nahen/Mittleren Osten Bündnisse zu schließen, um so türkische Expansionsbestrebungen zu vereinfachen. Die islamische Karte eignete sich auch bestens, um die Kurden erneut unter das Dach des Staates zu holen. »Wir sind alle Muslime und Brüder«, war ein Satz, den der vormalige Minister- und jetzige Staatspräsident Erdoğan jahrelang gegenüber den Kurden gebrauchte. Die Behauptung, mit der AKP habe sich die Türkei verändert, trifft daher nicht ganz zu. Vor allem jetzt, da das eigentliche Gesicht der AKP und damit des Staates entlarvt worden ist.

Im Gegenteil, die AKP vertritt heute mehr als alle anderen zuvor die »zentralistischen«, »autokratischen« und »diktatorischen« Charakterzüge dieser Republik. Obwohl Erdoğan 2005 in Amed (Diyarbakır) in einer Ansprache einräumte, der Staat habe in der Vergangenheit im Umgang mit den Kurden Fehler begangen, so fehlt dennoch der Wille, diese Fehler zu korrigieren, um die kurdische Frage ernsthaft zu lösen. Momentan haben wir es mit einer AKP zu tun, die noch stärker als je zuvor an der Vernichtungspolitik festhält in der Hoffnung, dass es diesmal klappen könnte.

Die AKP-Regierung war zu keiner Zeit bereit, die Demokratieprobleme in der Türkei ernsthaft zu lösen

Nachdem der türkische Staat am 30. Oktober 2014 auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats einen umfassenden Krieg gegen die kurdische Bewegung und die demokratischen Kräfte beschlossen hatte und ihn nach dem Zivilputsch am 8. Juni (trotz Verlust der Regierungsmehrheit in der Parlamentswahl am 7. Juni übte die AKP-Regierung illegalerweise weiterhin die Macht aus, annullierte das Wahlergebnis) umzusetzen begann, haben die Entwicklungen in der Türkei eine ganz andere Dimension erreicht. Die staatliche Lüge, der Friedensprozess sei infolge des Anschlags auf Polizisten in Serê Kaniyê (Ceylanpınar) durch die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

im Juli zu Ende gegangen, ist nun auch durch die Äußerung Ministerpräsident Davutoğlus auf dem Rückflug von seinem Niederlande-Besuch am 10. Februar vollkommen demaskiert. Er soll Medienberichten zufolge gegenüber Journalisten erklärt haben: »Auf dem Sicherheitstreffen nach den Ereignissen vom 6. bis 8. Oktober habe ich – weil sich irgendwo in meinem Kopf der Verdacht breitmachte, dass sie *[gemeint ist die PKK]* den Lösungsprozess beenden würde – an unsere Soldaten und Polizisten eine Anweisung erteilt: Seid vorbereitet auf das Ende der Lösungsphase. Wenn ich euch eines Tages sage, der Tag ist gekommen, dann sollten all eure Vorbereitungen getroffen sein.«[1]

Der Grund dafür, warum diese Phase für den Staat und die AKP-Regierung von strategischer Bedeutung ist, liegt darin, dass das System, auf dem der Staat aufbaut und mit dem sich auch die AKP und Erdoğan vereint haben, zu bröckeln begonnen hat. Der Staat versucht nun diese Mentalität und dieses System mit seinem Krieg zu restaurieren und deren Weiterexistenz zu gewährleisten.

Dieses auf nationalistische und nationalstaatliche Mentalität gestützte System betrachtet das kurdische Volk und Kurdistan als Existenzgrundlage für das Türkentum und die Türkei. Es handelt sich aber um kein Verständnis, nach dem die Türken mit den Kurden, Kurdistan mit Anatolien zusammen in einer gemeinsamen symbiotischen Beziehung stehen und sich gegenseitig befördern. Im Gegenteil, es ist eine Mentalität, derzufolge die Kurden mitsamt ihren materiellen und ideellen kulturellen Werten assimiliert werden und Kurdistan mit all seinen unter- und überirdischen Reichtümern ausgebeutet wird. In dieser Mentalität hängt die Existenz des Türkentums und der Türkei mit der Vernichtung des Kurdentums und Kurdistans zusammen. Aus diesem Grunde werden alle positiven Entwicklungen im Zusammenhang mit den Kurden und Kurdistan als Überlebensfrage betrachtet und mit aller Kraft – koste es, was es wolle – zu verhindern versucht.

Um die strategische Bedeutung dieser Phase zu begreifen, ist es wichtig zu erkennen, dass der türkische Staat in keiner Weise die Demokratieprobleme der Türkei, allen voran die kurdische Frage, ernsthaft zu lösen bereit war. Sogar mit der Aufnahme des Dialogs mit der kurdischen Bewegung und Abdullah Öcalan wurde das Ziel verfolgt, die kurdische und demokratische Opposition in Kurdistan und in der Türkei mittels Hinhaltetaktik zu zerschlagen.

Aber die Rechnung des Staates ging nicht auf, die kurdische Bewegung hat es geschafft, diese Beziehung dafür zu nutzen, den Kampf um Demokratie und Freiheit zu stärken. Als der Staat dies erkannte, hat er keine Minute gezögert, diesen »Friedensprozess« einseitig zu beenden.

Folglich sind für den jetzigen Staat und die Regierung sowohl der »Dialog« als auch der ausufernde Krieg unterschiedliche Methoden für dasselbe Ziel: Zerschlagung der kurdischen Bewegung und demokratischen Opposition in der Türkei. Der Staat hat nicht die Absicht und den Willen, die Demokratieprobleme der Türkei sowie die kurdische Frage zu lösen. Die Intensität und die Art und Weise, mit welcher Feindseligkeit der AKP-Staat den Krieg gegen die Kurden führt, veranschaulichen, dass die AKP in der bisherigen staatlichen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik keinen Fehler sieht, sondern vielmehr glaubt, sie nicht ausreichend und umfangreich genug vertreten zu haben. Wie sonst ist es zu erklären, dass alle bislang in den letzten vierzig Jahren gegen das kurdische Volk eingesetzten Methoden des schmutzigen Krieges heute noch stärker, brutaler und barbarischer umgesetzt werden?

Das »Zehn-Punkte-Lösungskonzept« der Regierung

Während die AKP-Regierung die kurdische Bevölkerung militärisch terrorisiert, indem sie ganze Stadtteile über Wochen zu Kriegsgebieten mit Ausgangssperren erklärt, gezielt Menschen ermorden, die Stadtviertel mitsamt Kulturgütern bombardieren und zerstören, Menschen lebendig verbrennen lässt, d. h. die kurdische Bevölkerung einer kollektiven Bestrafung unterzieht und einzuschüchtern versucht, tischt Davutoğlu ein neues Zehn-Punkte-Lösungskonzept auf (die Zehn dürfte nicht zufällig gewählt worden sein, sondern eine Anspielung auf die zehn Punkte der Dolmabahçe-Deklaration vom Februar 2015 darstellen; die AKP-Regierung legt auf diese Weise ihren eigenen Lösungsplan vor).

Er stellte am 5. Februar in Mêrdîn (Mardin) die Richtlinien für ein neues Lösungskonzept ohnegleichen namens »Terrorbekämpfungs-Aktionsplan« vor.

In dessen Rahmen sollen zwar die Befugnisse der Kommunen erweitert, zugleich aber Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Befugnisse nicht »missbraucht« werden und der öffentliche Dienst nicht vernachlässigt wird. (Hier sind von der Partei der Demokratischen Regionen BDP verwaltete und im Interesse der kurdischen Bevölkerung agierende Kommunen gemeint.) Davutoğlu unterstrich, dass der Staat die Türkei von Waffen säubern und eine neue Phase des Zusammenlebens und der Geschwisterlichkeit beginnen werde. Auch gibt es Anhaltspunkte, wie der Staat das anstellen will. Während die kurdische Bevölkerung militärisch terrorisiert wird, sollen die Menschen mithilfe finanzieller »Anreize« (Entschädigungen

1 http://www.aljazeera.com.tr/haber/davutoglundan-halep-yaniti-bekleyin-goreceksiniz

etc.) dazu gebracht werden, sich von ihrem Kampf zu distanzieren.

Die »Nation« würde zum Gesprächspartner erklärt werden, es würde ein Beraterstab aus Zivilgesellschaft und Meinungsführern gebildet werden. Wer wird z. B. auf kurdischer Seite zum Träger dieses Konzeptes? Dafür sind drei unterschiedliche Gruppen vorgesehen. Für die Sicherheit werden die Dorfschützer einbezogen, für die Religion als zweite Gruppe die Mullahs und die »Meles« (früher inoffizielle und seit 2011 dem Amt für Religionsangelegenheiten zugeordnete islamische Lehrer) und für den politischen Bereich als dritte Gruppe Hüda-Par (Partei der Freien Sache, gilt als Nachfolgerin der 2000 zerschlagenen türkischen Hizbullah) und andere, der PDK (der südkurdischen Demokratischen Partei Kurdistans unter Barzanî) nahestehende, Gruppen wie die Sozialistische Partei Kurdistans (PSK). Öcalan, die PKK oder gar die Demokratische Partei der Völker (HDP) sind nicht Teil dieses Konzeptes.

Zu Recht stellt sich die Frage: Was ist neu daran? Wurde nicht schon immer die kurdische Frage als Terrorfrage abgetan und mit Sicherheitsmaßnahmen zu lösen versucht?

Und wurde nicht schon immer, anstatt die Konfliktparteien einzubeziehen, der Versuch unternommen, Gruppen gegen die kurdische Bewegung aufzubauen, wie in diesem Fall auch vorgesehen? Wurde nicht schon in der Vergangenheit Religion als Waffe gegen die Kurden instrumentalisiert?

Also sehen wir erneut, dass die AKP-Regierung fester als je zuvor auf der bisherigen Vernichtungspolitik beharren wird.

Die außenpolitische Situation

Auch die außenpolitischen Ambitionen der AKP-Regierung stehen in diesem Zusammenhang. Die Entsendung türkischer Soldaten ins nordirakische Mûsil (Mosul) sowie die Verhinderung einer kurdischen Vertretung Rojavas (»Westen«, der syrische Teil Kurdistans) bei Genf III gehören in den Kontext dieser neuen Phase. Allein diese beiden Beispiele reichen aus zu beweisen, dass die Türkei ihren Krieg gegen die Kurden nicht allein auf die Belagerung und Bombardierung von Städten und Stadtteilen in Bakur (»Norden«, der türkische Teil Kurdistans) begrenzt.

Die Absicht hinter der Entsendung türkischer Soldaten nach Mûsil *[vgl. KR 183, S. 28 ff.]* ähnelt der Offensive, als es damals 2014 in die Hände des sogenannten Islamischen Staates (IS) fiel. Auch wenn – aufgrund zunehmenden internationalen Drucks – der Anschein erweckt werden soll, es bestehe eine gewisse Distanz zwischen der Türkei und dem IS, so ist doch ersichtlich, dass das Konzept, auf das sich die Türkei, die PDK, Saudi-Arabien und Qatar in Amman geeinigt hatten, noch immer aktuell ist und nun mit anderen Mitteln umzusetzen versucht wird. Der Plan von Amman sieht vor, in Irak und Syrien einen an die Türkei und Saudi-Arabien gebundenen großen sunnitisch-arabischen Staat zu gründen und auf diese Weise die Revolution in Rojava zu ersticken, die eigene Macht hier zu institutionalisieren. Ferner soll damit der iranisch dominierten schiitischen Macht entgegengewirkt werden. Welchen Teil die PDK dabei bekommen wird, ist fraglich, da weder die Türkei noch Saudi-Arabien eine kurdenfreundliche Politik betreiben. Die für den sunnitisch-arabischen Staat projektierte Region verfügt über reiche Erdöl- und -gasvorkommen.



Mit seiner enormen militärischen Kraft will das AKP-Regime den Widerstand der Bevölkerung in Nordkurdistan brechen. Foto: Sedat Sur

Das ist auch einer der Gründe, warum der IS in diesen Gebieten von der Türkei, Saudi-Arabien und Qatar auf verschiedene Art und Weise gestärkt wird. Er fungiert daher als unkonventionelle Armee bestens für solche Zwecke. Weil er mit dem Widerstand in Kobanê gebrochen ist und seitdem immer mehr Gebiete an rivalisierende, ja sogar »feindliche« Kräfte verliert – so zum Beispiel Nordsyrien und Rojava an die Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) sowie an die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD); auch haben die Regime Russlands, Irans, Iraks und Syriens weitere Gebiete unter IS-Herrschaft zurückerobert –, musste der Plan von Amman revidiert werden.

Die Türkei hatte, dem Konzept des Aufbaus eines sunnitisch-arabischen Staates folgend, militärische Einheiten nach Bashiqa nahe Mûsil verlegt. Russland und Iran drohten der türkischen Armee, selbst Militär zu schicken. Die USA, die UNO setzten die Türkei unter Druck, weshalb sie ihre Soldaten in andere Gegenden Irakisch-Kurdistans verlagerte.

Mûsil soll kurzfristig der Kontrolle sunnitischer Araber, in gemeinsamer Führung mit der Türkei, unterstellt werden. Der Fakt, dass der Machtkampf um das Kalifat zwischen den sunnitischen Arabern und der sunnitischen Türkei eine lange Geschichte hat, lässt auch zu der Behauptung verleiten, dass das türkisch-saudi-arabische Bündnis nicht von langer Dauer sein wird. Beide verbindet ihre antischiitische/antiiranische Haltung. Daher ist ihr Bündnis mehr taktischer denn strategischer Natur, ein klares Zweckbündnis.

Mittel- und langfristig soll der Einfluss der Gruppen von Amman in der Region gestärkt, parallel der politische und militärische Spielraum der kurdischen Bewegung eingeschränkt und diese mit dem bereits begonnenen umfassenden Krieg gar liquidiert werden. Die PDK in Başûr (»Süd«kurdistan) ist ebenfalls involviert. Sie sieht mit der Stärkung und Legitimierung der kurdischen Bewegung in Rojava ihre eigene Existenz bedroht; darum ihr strategisches Bündnis mit der Türkei. Sie erhofft sich Vorteile aus dem Krieg der Türkei gegen die Kurden in Bakur und Rojava, die ihre eigene autokratische Macht infrage gestellt haben.

Einst gab es starke Indizien für die Errichtung eines kurdischen Staates in Nordirak. Die rapiden und radikalen Entwicklungen in Rojava, also eine zweite de facto kurdische Autonomie in Nordsyrien nach der Autonomen Region Kurdistan (Kurdistan Regional Government, KRG) in Nordirak, lassen in nationaler wie internationaler Hinsicht keinen politischen Freiraum für einen unabhängigen kurdischen Staat. Gegenwärtige diesbezügliche Äußerungen von PDK- und KRG-Präsident Barzanî sind mehr Propagandazwecken geschuldet, um der Unzufriedenheit der Bevölkerung über seine Machtausübung zu begegnen. Denn in der KRG herrscht seit August letzten Jahres eine schwere politische Krise, die sich in einer schlechten Wirtschaftslage und Druck auf die Bevölkerung ausdrückt. Am 10. Februar 2016 erklärte der strategische Freund Mesûd Barzanîs, Recep Tayyip Erdoğan: »Den Fehler, den wir in Nordirak gemacht haben, werden wir in Nordsyrien nicht wiederholen.« Hiermit gibt er deutlich zu verstehen, dass eine türkischen Invasion 2003 die kurdische Autonomie in Nordirak, also KRG, hätte verhindern können.

Auch hinter dem Abschuss des russischen Flugzeugs im syrisch-türkischen Grenzgebiet am 24. November verbirgt sich dieselbe Absicht. Ziel war es, die NATO gegen Russland in Position zu bringen, um die NATO de facto in die eigene Bankrottpolitik in Syrien und Irak einzubeziehen. In dem Falle würde die Türkei aus NATO-Sicht an strategischer Bedeutung gewinnen, der kurdische Widerstand dagegen die seine verlieren, und wenn möglich würde die NATO sogar gegen die kurdischen Kräfte in Bewegung zu setzen versucht werden.

Das gefährliche Spiel mit dem Leben der Flüchtlinge, mit dem die Türkei von der EU politische Unterstützung zu erpressen hofft, wird mittel- und langfristig nach hinten losgehen.

Europa soll über die Flüchtlingsfrage zum Mittäter gemacht werden

Die Flüchtlingskrise hat sich für Europa zu einem ernsten Problem entwickelt. Merkel besuchte allein in den letzten vier Monaten die Türkei drei Mal. Der erste Besuch war am 18. Oktober, nur zwei Wochen vor der türkischen Parlamentswahl, der zweite im November 2015 im Rahmen des G-20-Gipfels und der letzte am 8. Februar.

In den letzten vier Monaten vor dem 10. Februar trafen sich Merkel und Davutoğlu sieben Mal. Merkel versucht Davutoğlu dazu zu bewegen, die Flüchtlinge zurückzuhalten.

Kritik an der Türkei im Hinblick auf Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Achtung der Menschenrechte u. a. ist für die Bundesregierung momentan uninteressant. Den Grund nannte jüngst Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf die Frage eines Journalisten, warum eine derartige Kritik ausbleibe: »Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.«

Hier stellt sich die Frage, was sind denn die deutschen und die türkischen Interessen?

Der Konflikt mit der Türkei spitzt sich aktuell erneut zu. Nach den Angriffen auf Helep (Aleppo) stauen sich die Flüchtlinge an der syrisch-türkischen Grenze, die Türkei verweigert ihre Aufnahme. Sie will ihre langjährige Forderung nach einer Pufferzone verwirklicht haben. Es scheint, dass Europa und besonders Deutschland unglücklich sind mit dem Partner Erdoğan. Wie weit EU und Bundesregierung zu Zugeständnissen an die Türkei bereit sein werden, vermag man sich kaum vorzustellen.

All die Vorhaben und politischen Manöver der Türkei spielen sich zum Zeitpunkt ihres innen- wie außenpolitischen Scheiterns ab. Es ist der Versuch, die Krise durch deren Verschärfung zu überwinden. Die Türkei zeichnet sich momentan durch ihre aggressive, brutale, einschüchternde, grobe Innen- und Außenpolitik aus. Selbst die Reise von Staatspräsident Erdoğan nach Ecuador war ein Skandal. Seine Leibwächter fühlten sich wie zu Hause, sie gingen brutal gegen Demonstranten vor, traten Frauen im Genital- und Brustbereich, verprügelten den Abgeordneten Diego Vintimilla.



Das ehemalige Motto der Türkei »yurtta sulh, cihanda sulh« – Friede in der Heimat, Friede in der Welt – scheint einen Wandel erfahren zu haben: »Yurtta sus, cihanda sus« – Schweigen in der Heimat, Schweigen in der Welt –, wie es die politische Karikatur auf einem Titelblatt thematisierte. (siehe Karikatur)

Wer dem keinen Einhalt gebietet, wird überrollt werden

Der türkische Staat hat nicht die Fähigkeiten, sich aus diesem Teufelskreis zu befreien, sodass nur mit einem großen Widerstand, der die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des Staates durchbricht, eine neue Phase eingeleitet werden kann.

Vor diesem Hintergrund sollten der Widerstand und die Selbstverwaltung der Kurden nicht als taktische Offensive verstanden werden. Die Deklaration der Selbstverwaltung hat den wahren Geist der AKP-Regierung freigesetzt. Die AKP hat in den letzten sechs Monaten gezeigt, dass sie sich als Kolonialmacht in Kurdistan sieht. Bevor sie militärisch interveniert, zieht sie die Lehrkräfte und die Familienangehörigen ihrer Sicherheitskräfte aus den kurdischen Gebieten ab, um mit aller Wucht zuschlagen zu können. Nachdem in Cizîr (Cizre) seit über zwei Wochen insgesamt 28 Menschen, darunter 19 Verletzte im Keller eines Wohnblocks festgesessen und vergeblich auf die Ambulanz gewartet hatten (in der Zwischenzeit verloren acht Menschen ihr Leben), kam es am Abend des 7. Februar zu mehreren starken Explosionen. Es wurde bekannt, dass sich in drei Kellern insgesamt 138 überwiegend Verletzte aufgehalten hatten. Bis jetzt (12. Februar) sind 110 Leichen geborgen worden. Was mit den restlichen 28 Menschen ist, bleibt noch unklar. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch sie massakriert wurden, ist groß.

Der Grund dafür, warum diese Phase für das kurdische Volk und die demokratischen Kräfte in der Türkei strategische Bedeutung hat, liegt in der Perspektive, diese bröckelnde reaktionäre Mentalität und das dazugehörige System mit einem starken Widerstand zu durchbrechen und an deren Stelle die türkische Republik in ihren Grundzügen und Grundfesten durch ihre Demokratisierung zu erneuern. Vor diesem Hintergrund können wir feststellen, dass der Kampf dieser entgegengesetzten Mentalitäten, der in der Türkei momentan stattfindet, nicht nur in politischer, sondern auch in ideologischer Hinsicht von strategischer Bedeutung ist.

Der Widerstand von Amed-Sûr, Cizîr, Nisêbîn (Nusaybin), Kerboran (Dargeçit), Silopiya, Gever (Yüksekova), Farqîn (Silvan), Licê und Gimgim (Varto) ist daher nichts anderes als der Widerstand eines unterdrückten Volkes gegen eine Kolonialmacht.

Dieser Widerstand unterscheidet sich nicht von dem von Johannesburg oder Cape Town gegen das Apartheidregime in Südafrika oder von dem in Madrid oder Barcelona gegen den Franco-Faschismus. Wenn sich dieser Flächenbrand nicht ausweiten und die gesamte Region erfassen soll, muss heute gehandelt werden. Wer zusieht und diese Kriegsverbrechen zulässt, macht sich mitschuldig. Mitschuldig am Genozid an Kurden, mitschuldig an der Verschärfung des Chaos und der Krise in der Region und selbstverständlich mitschuldig an der Zunahme der Flüchtlingszahlen. ♦

Zur aktuellen Situation von HDP und DBP

Aufbau und Verteidigung

Interview mit Besime Konca und Muharrem Erbey

Das Gespräch mit Besime Konca, der Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der in der HDP organisierten Partei der Demokratischen Regionen (DBP), sowie Muharrem Erbey, dem HDP-Abgeordneten von Amed (Diyarbakır) und ehemaligen langjährigen Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD, führten wir anlässlich ihres Besuches in Berlin am 19.12.2015.

Sehr geehrte Frau Konca, sehr geehrter Herr Erbey, wie bewerten Sie Ihren aktuellen Besuch in Deutschland?

Besime Konca: In den letzten Monaten wurde vermehrt über die Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) gesprochen, aber wir sind hier, um klarzustellen, dass die Frage der Menschenrechte im Mittleren Osten auch von einer anderen Seite her betrachtet werden sollte: Es wurde in Europa und im Westen nicht wahrgenommen, dass sich die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) im Hinblick auf Menschenrechte keinen Zentimeter bewegt hat und der Statuslosigkeit der Kurd*innen von Deutschland und dem Westen keinerlei Relevanz beigemessen wurde. Es wird immer nur darüber diskutiert, wenn Krieg herrscht, aber es wird auf keine Lösung hingewirkt. In den neunziger Jahren wurden drei Millionen Kurd*innen vertrieben, eine Million lebt in Deutschland, die Kurd*innen können auch hier ihre Kultur nicht ausleben, sie werden kriminalisiert und assimiliert und ansonsten als billige Arbeitskräfte benutzt. Die kurdische Frage ist eine internationale Frage, nicht nur eine Frage der AKP oder der Türkei. Die Lösung kann daher auch nur international sein.

Wir wird Ihrer Meinung nach der Krieg in den Städten Nordkurdistans im Westen der Türkei wahrgenommen? Gibt es Solidarität wie bei den Gezi-Protesten?

B. K.: In dreizehn Jahren AKP-Regierung wurde die Türkei auf eine tief greifende Weise verändert, die Presse wurde zum Schweigen gebracht, ebenso die Opposition, die Hälfte der Gesellschaft mit ökonomischen Mitteln, mit Geld eingefangen, die andere Hälfte mit Gewalt unterdrückt – es entstand ein Klima des Schweigens, dieses Schweigen wurde mit dem Gezi-Widerstand durchbrochen. Insbesondere die massive Organisierung des IS in der Türkei und seine Unterstützung durch den Staat haben einerseits zu einem Solidarisierungseffekt in der Opposition und andererseits aber auch zu Angst und Einschüchterung geführt. Als HDP stellen wir ein sehr starkes Bündnis dar, das aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen kommt, Linke, Sozialist*innen, Intellektuelle, Demokrat*innen, die Frauenbewegungen, aber dennoch gibt es im Westen der Türkei keine sehr starke, massenhafte Haltung zur Situation in den kurdischen Städten. Denn diejenigen, die als Teil dieser Proteste wahrgenommen werden, kommen entweder ins Gefängnis oder, wie wir es in Ankara gesehen haben, werden in die Luft gesprengt. Die Inhaftierung von Can Dündar und Erdem Gül *[Chefredakteur und Büroleiter der Zeitung Cumhuriyet]* hat diese Politik deutlich gemacht. Es gibt immer noch Menschen, die ihre Stimme erheben, aber keine massenhafte Aktivität. Etwa sechzig Kanäle strahlen Propaganda der herrschenden AKP aus, zwei bis drei Kanäle berichten aus unserer Perspektive. Alles ist verboten in der Türkei. Die Internetseite der Nachrichtenagentur DIHA wurde geschlossen, Internet und soziale Medien werden blockiert, und alle Verbreitungskanäle werden von der Regierungsmeinung beherrscht, insofern können wir von einer ernsthaften Manipulation der Öffentlichkeit sprechen.

Kommen wir nun zur Situation in den nordkurdischen Städten, warum wurden die Ausgangssperren durch den Staat verhängt? Gibt es einen Zusammenhang mit den Wahlen vom 7. 6.?

B. K.: Die AKP hat einen Regimewechsel durchgesetzt, unabhängig vom Präsidialsystem, das sie einführen will, hat sie die Türkei in eine islamische Republik verwandelt. Sie will eine konservative islamistische Türkei errichten. Sie weist die

Kurd*innen zurück, sie weist die Alevit*innen zurück, sie weist alle anderen Ethnizitäten zurück, auch die klassischen Laizist*innen aus der Republikanischen Volkspartei (CHP), und sie will die Türkei auf die Basis einer islamistischen Ideologie stellen. Das hatte sie bis zum 7. Juni 2015 allein durchsetzen können, aber als die HDP 13 % erhielt, die Wahlhürde überwand, konnte die AKP nicht mehr allein regieren und begann mit einer neuen Phase. Die AKP hat alles dafür getan, die Auseinandersetzungen zu verschärfen, denn dass die HDP die Zehnprozenthürde überschritten hatte, bedeutete, dass die Alleinregierung der AKP zu Ende war und eine Demokratisierung der Türkei bevorstehen würde, weil die Struktur der HDP aus den ganzen verleugneten Identitäten und Ethnizitäten besteht. Dass diese Identitäten jetzt im Parlament waren, hieß, dass weder AKP noch CHP allein herrschen können würden. Eine Koalitionsregierung hätte eine Demokratisierung der Türkei bedeutet. Das einzige Ziel nach den Wahlen war es also, die HDP mit allen Mitteln unter die Zehnprozenthürde zu drücken, zu terrorisieren und die Kämpfe in der europäischen und US-amerikanischen Öffentlichkeit als Notwendigkeit darzustellen. Also, damit keine organisierte Opposition entstehen kann, die HDP als »Terrorunterstützer*innen« zu verleumden und die Arbeiter*innenpartei Kurdistan (PKK) als Grund für eine solche Manipulation zu verwenden. Das, was die AKP also wollte, war, die Alleinherrschaft, das Präsidialsystem einführen und die ganze Opposition unterdrücken.

Einen weiteren Faktor sollte die internationale Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen: Die internationalen Kräfte versuchen seit Langem die kurdische Frage zu nutzen, um aus dem Chaos im Mittleren Osten Profit zu ziehen. Das hat Deutschland gemacht, das hat Frankreich gemacht, das hat Großbritannien gemacht, und auch im Namen des Kampfes gegen den »Terror« gegen die PKK hat die AKP Europa und die USA dazu gebracht, viele ihrer Praktiken zu unterstützen. Die Angriffe, die gerade in Silopiya, in Cizîr (Cizre) und in anderen Städten laufen, werden als Kampf gegen den Terror legitimiert und es wird den Europäer*innen leicht gemacht, diesen Vorwand zu akzeptieren. Wenn sie sagen würden, »wir unterdrücken die demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes«, dann wäre das so nicht durchführbar. Wenn ich sage, es handelt sich um einen Kampf gegen den Terror, dann geht das. Dann werden auch alle Getöteten, unter denen bisher 150 Zivilist*innen sind *[Stand Dezember 2015]*, als Terrorist*innen und die Angriffe als Verteidigung hingestellt.

Wie kam es zur Ausrufung der »Demokratischen Autonomie«?

B. K.: Diese Phase begann am 8.7., die Alleinregierung der AKP war zu Ende – am nächsten Tag tritt Staatspräsident Erdoğan auf und sagt, ich akzeptiere diese Wahl nicht, ich werde für Neuwahlen sorgen. Damit wurden auch die mit Abdullah Öcalan verhandelten Friedensvereinbarungen über Bord geworfen und die Entscheidung für einen Krieg gegen die Kurd*innen fiel. Die Unterstützung für den IS, der Wunsch Erdoğans, dass Kobanê fällt, hat das allen vorher schon deutlich gemacht. Als Kobanê nicht vom IS vernichtet werden konnte, richtete sich die Politik der AKP wieder gegen die Bevölkerung. Aus einer Logik heraus, mit Verboten, Repression, Kriegspolitik ein Übergreifen des Erfolgs von Kobanê auf die Türkei zu verhindern.

Wie sah der Aufbau der Räte und der Selbstverteidigung konkret aus?

B. K.: Im Programm der HDP und der DBP ist ohnehin das Prinzip der Selbstverwaltung verankert und es war klar, dass dieses Prinzip auch nach dem Dolmabahçe-Abkommen mit der türkischen Regierung umgesetzt werden würde. Nachdem nach dieser Wahl unser Wille nicht anerkannt worden war, wurden neue Stadtviertelräte, Jugendräte, Frauenräte gegründet. Die Menschen haben begonnen, das System der Selbstverwaltung selbst zu organisieren, auf politischer, kultureller und ökologischer Ebene. Die Stadtteilräte förderten die Gründung von Kommunen. Sie haben auf eigene Initiative dann begonnen, ihre Autonomie auszurufen: Als Stadtviertel A, als Viertel B schaffen wir unsere Selbstverwaltung. Wir organisieren unsere Verwaltung, unsere Kultur selbst und auch unseren Unterricht in kurdischer Sprache, wir bauen selbst unsere Schulen auf und wir verwalten uns nach unserem Willen und bestimmen unsere Führung selbst. In den Orten der Selbstverteidigung mit Hilfe von Barrikaden und Gräben hatten HDP und DBP einen Stimmenanteil von etwa 90–95 % erzielt. Es sind die Orte, in denen die Menschen sich durch die Selbstverwaltung vollkommen selbst vertreten und organisieren. Es ist so, dass der Aufbau von Kommunen ein jahrelanger Prozess war, der durch die Repression des Staates behindert wurde. Es wurden immer wieder Räte gebildet und deren Vertreter*innen wurden dann inhaftiert, das betraf sowohl die Bürgermeister*innen als auch die Kovorsitzenden der Räte. Wer auch immer auf Versammlungen gesprochen oder auch nur teilgenommen hatte, wurde inhaftiert. Es gab auch Bildungsstätten und kurdische Schulen, aber der Staat ließ alle immer wieder schließen. Deshalb haben die Menschen gesagt: »Wir entwickeln unsere Selbstverteidigung und wir graben Gräben und die Polizei kommt auch mit ihren Panzern nicht in unsere Viertel rein und wird auch niemanden festnehmen.« Praktisch orientiert sich das Ganze am Beispiel Rojava, oder besser gesagt, dieses Modell wurde schon seit zehn, fünfzehn Jahren auch hier in der Region diskutiert, seit zehn Jahren fin-

det der praktische Aufbau statt, durch die Institutionen der Jugend- wie auch der Frauenbewegung.

Wie weit geht die Unterstützung für die Selbstverteidigung?

B. K.: Die Gräben sind keine Lösungsstrategie, sondern eine Konsequenz. Sie sind Ausdruck der legitimen Selbstverteidigung. Es gibt sie nicht überall, nur in einigen Kreisen, in einigen Stadtvierteln. Genau gesagt, in vier. Aber die AKP hat ihre Kriegs- und Verleugnungspolitik auf ganz Kurdistan ausgedehnt. Natürlich haben manche aufgrund der so extrem kriegerischen Situation ihre Befürchtungen. Insbesondere die Mittelklasse, die Beamt*innen, ihre Zweifel sind noch mal was anderes, aber sie sind nicht gegen die Autonomie und Selbstverwaltung. Wenn wir uns die 80–90 % bei den Wahlen anschauen, dann zeigt das, dass sie nicht gegen diese Perspektive sind. Aber die Angst ist da, denn der Staat schlachtet uns seit vierzig Jahren ab und davor fürchten sie sich. Der Stimmenverlust der HDP nach dem 7. Juni liegt nicht an einer Änderung ihrer Politik, das liegt an dem Chaos, in das die Türkei gestürzt wurde; die AKP hat keine Stimmen von der HDP gewonnen, ihre Gewinne kommen von der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), nicht nur die HDP hat hier abgenommen.

Muarrem Erbey: Und man muss da auch noch hinzufügen, dass der Wahlkampf der HDP von der AKP nicht zugelassen wurde. Wir können von fünf, sechs Bombenanschlägen, mehr als 200 Angriffen auf die HDP inklusive Parteizentrale in Ankara, Morden, Festnahmen, Attentatsversuchen auf unsere Kovorsitzenden berichten. Durch die Anschläge von Ankara und Pîrsûs (Suruç) war es der HDP nicht möglich, einen Wahlkampf zu führen.

Würden Sie die Türkei als vom Polizeistaat nun in den Faschismus übergegangen verstehen? Macht parlamentarische Arbeit in diesem Rahmen überhaupt noch Sinn?

M. E.: Die HDP geht nicht nur den parlamentarischen Weg. Wir wollen gemeinsam mit allen Volksgruppen der Region eine Demokratisierung der Türkei umsetzen. Heute kann es möglich sein, dass Widerstand die passende Methode zum Herbeiführen einer Lösung ist, dasselbe sagen wir auch für Rojava. Rojava fordert ein demokratisches Syrien mit einer demokratischen Verfassung, in der Türkei ist es genauso. Wir befinden uns heute in einer kriegerischen Phase, und auch wenn wir in diesem Rahmen unsere Selbstverwaltung aufbauen, so werden wir schließlich, um eine Lösung zu erreichen, politische Methoden anwenden. Die AKP macht das unmöglich, wir sind dazu bereit. Sie wollen die Verfassung ändern, nicht um den Menschen zu helfen und sich zu demokratisieren, sondern damit sie mehr Macht erhalten. Deshalb sagen wir, dass das Parlament gerade kein Ort der Lösung ist, aber andererseits,



Die HPC (Selbstverteidigungskräfte) bilden sich direkt mit der Basisorganisierung. Foto: ANF

wenn eine andere demokratische Verfassung eingeführt wird, dann wird man auch wieder andere Methoden entwickeln und anwenden.

Man hört immer wieder von Widersprüchen in der HDP gerade zum Thema Präsidialsystem. Was sagen Sie dazu?

M. E.: Es gibt keine größeren Widersprüche innerhalb der HDP, insbesondere nicht zum Präsidialsystem. Das sind Diskussionen, die kommen aus einer Zeit, als der Friedensprozess bestand, zur Zeit der Newroz-Erklärung 2013 und der Dolmabahçe-Gespräche. Seit 2007 regiert die AKP allein und es gab immer eine Delegation, die mit Imralı verhandelte oder nach Kandil fuhr, und es herrschte ein Klima einer möglichen Lösung mit der AKP. Zur Kampagne »wir machen dich nicht zum Präsidenten« gab es solche Einzelmeinungen, aber heute ist das nicht mehr so. Das waren individuelle Ansichten einiger unserer ehemaligen Abgeordneten. Die Presse hat großes Interesse, Konflikte in der HDP hochzuspielen.

Könnten Sie als ehemaliger langjähriger Vorsitzender im Menschenrechtsverein IHD einen Vergleich zwischen der aktuellen Situation und der der neunziger Jahre anstellen?

M. E.: Die Situation unterscheidet sich jetzt nicht von der in den Neunzigern, die kurdische Bevölkerung wird einer Vernichtungspolitik unterzogen, diejenigen, die aktiv sind, werden umgebracht, aber die Methoden und die Täter*innen haben sich geändert. In den neunziger Jahren herrschte mehr Furcht in der Bevölkerung, damals wurden ebenfalls Politiker*innen, Geverkschafter*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen ins Visier genommen wie alle anderen Oppositionellen auch, sie wurden mit den weißen Toros-Wagen nachts aus ihren Häusern abgeholt und hingerichtet. Heute leistet das kurdische Volk geschlossen Widerstand. Gegen die Bevölkerung gehen Gruppen und Spezialeinheiten vor, die sich Osmanlı Ocakları *[»Osmanische Zentren«]* oder Esadullah *[»Löwen Allahs«]* nennen. Die Esadullah-Spezialeinheiten bestehen aus vollbärtigen Männern[1]; früher setzten sich die Todesschwadronen aus türkischen Nationalisten und Rechtsextremisten zusammen, jetzt haben sie ein islamistisches Auftreten, lassen sich Bärte stehen und schreiben nationalistische, sexistische Parolen und Parolen mit Islam-Bezug an die Wände. In diesem Rahmen können wir feststellen, dass die Vernichtung die gleiche wie in den neunziger Jahren ist, die Methoden sich aber geändert haben. Die Gesinnung der Täter mag sich geändert haben, diejenigen, die umgebracht werden, sind jedoch dieselben geblieben. Früher wurden die Menschen heimlich umgebracht, heute werden sie auf offener Straße erschossen. Die Situation heute ist sogar gefährlicher als in den Neunzigern. Damals geschah das im Geheimen, heute in aller Öffentlichkeit vor den Augen der Familien und die Täter machen sich nicht einmal die Mühe wegzulaufen, weil sie sich auf die Straflosigkeit verlassen können. Bürgermeister*innen, die an Kundgebungen teilnehmen, werden sofort festgenommen und ihrer Ämter enthoben, aber die Polizisten, die meinen Freund und Anwaltskollegen Tahir Elçi letzte Woche ermordet haben, wurden weder suspendiert noch festgenommen noch verhaftet, sie wurden nur als Zeugen vorgeladen.

Wie sehen Sie die Verbindung zwischen dschihadistischen Gruppen und der AKP?

M. E.: Alle wissen, dass die AKP den IS wie auch andere dschihadistische Gruppen unterstützt, es ist auch bekannt, dass die Menschen, die sich dem IS anschließen, über die Türkei teilweise mit türkischen Pässen einreisen und in der Türkei medizinisch versorgt werden. In Serê Kaniyê (Ceylanpınar) gibt es ein IS-Ausbildungscamp. Es wurde bekannt, dass êzîdische Frauen in Dîlok (Antep) vom IS verkauft wurden. In der Türkei sind es Hüda Par *[»Partei der Freien Sache«; Nachfolgerin der 2000 zerschlagenen türkischen Hizbullah]*, in Rojava der IS. Es gehen tausende LKWs mit Waffen und Logistik über die Türkei an den IS. Die Türkei will ihre Grenze für den IS nicht schließen; obwohl die USA und der Westen wie auch Russland drängen, dass sie geschlossen wird, tun sie alles dafür, dass es nicht passiert. Es ist keine Frage des Islam, denn über die Lage in Somalia oder Gaza vergießt die türkische Regierung Krokodilstränen, aber sie interessiert sich überhaupt nicht für die Situation der großteils ebenfalls muslimischen Kurd*innen in Rojava und der Türkei. Es wird eine monistische, konfessionsbezogene und ethnisierte Politik gemacht, die Turkmen*innen sollen in diesem Rahmen benutzt werden. Es befinden sich immer noch 5 000 êzîdische Frauen als Sexsklavinnen in den Händen des IS. Durch ihn herrschen in der Region Zustände wie im Mittelalter, und durch die Unterstützung der Türkei und ihren Erdölhandel mit dem IS wird diese Politik gestärkt. Europa muss sich für eine Seite entscheiden, entweder auf Seiten der Gleichberechtigung und Emanzipation an der Seite der Kurd*innen oder an der Seite der AKP und des IS, wo Frauen auf Märkten verkauft werden. Die Selbstmordattentäter von Amed, Pîrsûs und Ankara wurden alle in Semsûr (Adıyaman) ausgebildet und sie standen die ganze Zeit unter Beobachtung des türkischen Nachrichtendienstes MIT, die Familien hatten sie schon lange zuvor gemeldet. Die Personen, die sich in der Türkei in die Luft sprengen, haben eine Verbindung zum MIT, wir wissen nicht,

1 Bärte sind eigentlich für Polizei- und Militärangehörige in der Türkei verboten, da sie ein politisches Symbol darstellen; mit Vollbärten ist hier ein äußerlich positiver Bezug auf dschihadistische Gruppen gemeint.

ob sie IS oder Hizbullah sind, aber wir wissen, dass sie mit dem Staat in Verbindung stehen. Es geht darum, um jeden Preis die Errungenschaften der Kurd*innen zunichtezumachen, in der Türkei, in Rojava und auf der ganzen Welt. Sie lassen den IS die Menschen in Syrien angreifen, zwingen die Menschen zur Flucht; die kommen in die Türkei, unsere Stadtverwaltungen kümmern sich um die meisten von ihnen und Erdoğan versucht, sie als Druckmittel nach Europa weiterzuschicken.

Die Türkei betont immer wieder, sie nähme Millionen von Geflüchteten auf und kümmere sich um sie. Wie bewerten Sie diese Aussage?

M. E.: Die meisten Geflüchteten, die aus Syrien kommen, werden von den Stadtverwaltungen aus eigenen Mitteln versorgt. Bei denen, um die sich der Staat kümmert, handelt es sich vor allem um Turkmen*innen und Araber*innen. Und es leben im Moment 230 000 Geflüchtete in den staatlichen Lagern; das wirft die Frage auf, wenn von mehr als zwei Millionen gesprochen wird, wo denn der Rest sich befindet und wie diese Menschen überleben. Das Geld der EU wird dort nicht ankommen, in diesem Sinne wäre es besser, praktische humanitäre Hilfe mit Zelten etc. zu leisten.

Was haben Sie bei ihren Gesprächen mit Vertreter*innen von NGOs, Parteien und Regierung in Deutschland erlebt?

M. E.: Obwohl wir es in der Region mit der Situation eines offenen Krieges zu tun haben, blieben bei den Gesprächen, die wir hier mit Vertreter*innen verschiedenster offizieller Stellen und Parteien geführt haben, die Fragen an uns immer an dem Punkt stehen, warum die PKK Soldaten umbringe. Es ist eine Frage der Perspektive; wenn man es aus der Sicht der türkischen Regierung betrachtet und die seit dem 7. Juni 160 getöteten Zivilist*innen außer Acht lässt, dann erscheint diese Frage berechtigt, man tut so, als würde nur die PKK Soldat*innen und Polizist*innen töten und der Staat bringe keine Zivilist*innen um und übe keine Repression oder Unterdrückung aus. Daher ist in diesem Sinne die Frage der Perspektive sehr entscheidend. Wenn ihr aus dem Fenster der Regierung schaut, ergibt sich ein anderes Bild, als wenn ihr aus dem Fenster der Kurd*innen schaut. Wir machen in unserer Perspektive keinen Unterschied zwischen den Toten, es sollen keine Soldat*innen oder Polizist*innen, aber auch keine Guerillas oder Zivilist*innen sterben. Alle Toten schmerzen uns. Doch die deutsche Regierung und die Institutionen bestehen nur darauf zu fragen, warum die PKK türkische Soldat*innen und Polizist*innen tötet. Es gibt aber so viele Menschen, vom Baby bis zum/zur Alten, die getötet wurden, auch die sollten nicht sterben, aber danach fragt niemand. Nur eine demokratische Lösung kann dem ein Ende setzen. Wir sind weder Feind*innen des Staates noch der AKP, aber das, was diese jetzt praktiziert, ist vollkommen illegal; niemand hat die kurdische Frage bisher mit solch einer verlogenen, gewalttätigen Politik lösen können und wird es auch nicht, es werden keine demokratischen Lösungsmethoden angewandt.

Herr Erbey, könnten Sie noch einmal Ihre Partei, die DBP, und den Zusammenhang mit der HDP darstellen?

M. E.: Die DBP wurde 2008 gegründet und arbeitet seitdem politisch. Wir stehen in der Tradition der HEP von 1991 (Arbeitspartei des Volkes), aber diese ganzen Parteien wurden ja verboten. HDP wie DBP sind Projekte von Herrn Öcalan. Die HDP ist eine Dachpartei, unter der es sechs politische Parteien gibt, Demkokrat*innen, Linke, Feminist*innen, Ökofeminist*innen, Ökoaktivist*innen, alle sind ein Teil davon. Die DBP hat 120 Stadtverwaltungen in Kurdistan und bemüht sich darum dort, mit der Demokratischen Autonomie ein neues Gesellschaftsmodell der Selbstverwaltung durch die Gesellschaft aufzubauen. Man kann das mögen oder nicht, aber dieses Modell beinhaltet keine Gewalt. Es geht um Selbstverteidigung. Wenn man eine Gesellschaft permanent angreift, ihre Politiker*innen inhaftiert, ihre Bürgermeister*innen inhaftiert, fast jede/n, die/der bei einer Pressekonferenz den Mund aufmacht, ins Gefängnis wirft, werden die Jugendlichen oder die Menschen dort allgemein ihre Verteidigung organisieren. Das geschieht auf der ganzen Welt. Wenn auch nur der kleinste Stamm mit einem Heer angegriffen wird, dann wird der sich verteidigen, und wenn eine kleine Babykatze in eine Ecke gedrängt und angegriffen wird, dann wird sie einen ebenfalls anspringen, das ist ein natürlicher und auch menschlicher Reflex. Ob richtig oder nicht, ist eine andere Frage, in Kurdistan können wir sagen, dass die Gewalt zu ihrem Verursacher zurückkehrt; also, der Staat zeigt kein Mitgefühl, er versucht nicht zu verstehen, er versucht die Menschen nicht zu umarmen, stattdessen versucht er mit den an Verteidigungsgräben und den von der PKK getöteten Soldat*innen und Polizist*innen Politik zu machen. Wir sagen, jedes Töten ist falsch, das muss aufhören, es soll niemand mehr sterben, kein/e Polizist*in, kein/e Soldat*in, keine Zivilist*innen, keine Guerillas. Deshalb bestehen wir auf einem Lösungsmodell, welches das Töten beendet. In Medienkampagnen wird aber behauptet, die PKK habe die Gewalt zugespitzt, die PKK habe Tahir Elçi umgebracht, die PKK habe dies oder das getan. Die PKK ist aber nicht das Problem, hinter ihr steht die Forderung der Kurd*innen nach Freiheit. In den letzten 200 Jahren gab es 24 kurdische Aufstände. Gab es denn damals die PKK schon? Die PKK ist nur ein Name, sie bezeichnen die PKK als Terrororganisation und halten damit jeglichen Prozess auf. Aber die eigentliche Frage ist keine Frage der PKK, sondern

die Forderung des kurdischen Volkes nach Freiheit. Diese wird unterdrückt und auf die PKK und damit auf die Frage getöteter Soldat*innen und Polizist*innen reduziert. Darum ist es unser Ansatz als Partei, das Problem an der Wurzel zu lösen. Das bringt Gleichheit und Demokratie mit sich. Im Moment ist es so, wenn die Kurd*innen ihren Weg selbst gestalten wollen, dann heißt es: »Nein, stopp, tut das nicht, ich denke an Eurer Stelle. Ich richte an Eurer Stelle ein System ein. Tut gar nichts, konsumiert einfach. Die kapitalistische Moderne und der Staat sorgen für Euch, vielleicht könnt Ihr dann auch etwas verdienen. Macht bloß keine Politik. Ihr habt Eure Abgeordneten in Ankara, aber macht bloß nichts in der Region.« Auf der ganzen Welt gibt es regionale Selbstverwaltungen und die Kurd*innen wollen sich eben auch selbst verwalten. Gibt es hier in Deutschland eine/n Gouverneur*in? Nein, aber in Amed gibt es gewählte Kobürgermeister*innen, doch über ihnen steht ein ernannter Gouverneur. Alle Macht liegt in dessen Hand. Alle Macht wird vom AKP-Staat an die eigenen Anhänger*innen verteilt. Alle öffentlichen Dienste, Straßenbau, etc. werden von den Klient*innen der AKP oder, wenn die CHP an der Macht ist, der CHP verteilt und organisiert. Aber der Gouverneur ist überflüssig, gewählte Kobürgermeister*innen reichen völlig aus. Der Gouverneur kommt aus Tekirdağ, er kennt Amed nicht. Um ihn herum gibt es zwei, drei Beamt*innen und er macht, was sie ihm raten. Alle Menschen sollen frei leben können, es sollen nicht nur Moscheen gebaut werden, sondern wenn in Dersim (Tunceli) ein Cemevi *[alevitisches Gemeindehaus]* nötig ist, soll das gebaut werden, wenn eine Kirche nötig ist, soll diese gebaut werden, die Menschen sollen ihre Religion frei ausleben. Aber so ist es nicht, mit Gewalt und Zwang werden in alevitischen Dörfern Moscheen errichtet. Es herrscht eine gewalttätige Zwangshomogenisierung der Gesellschaft, eine Türkisierung, eine Islamisierung – wir sagen als DBP, dass sich das ändern muss. Wir haben es unterstützt, dass nach den Dolmabahçe-Gesprächen die Waffen niedergelegt werden, aber wer hat den Verhandlungstisch umgestoßen? Wer hat die Friedensverhandlungen abgebrochen? Als Erdoğan merkte, dass seine Stimmen schwinden, hat er sofort die Rhetorik geändert, hat sein Wort nicht gehalten – daher kann festgehalten werden, dass der Fokus der Regierung nicht auf eine Lösung gerichtet ist, sondern auf die Fortsetzung der eigenen Macht. Erdoğan hat sich den Islamist*innen, Faschist*innen, Nationalist*innen und den Militarist*innen zugewandt und viele Stimmen aus dem Bereich der konservativen Mittelschicht erhalten. Die Kräfte, welche die Demokratie wollen, sind weniger geworden außerhalb der Kurd*innen, es gibt mehr Nationalist*innen und nach den Dolmabahçe-Gesprächen hat er sich diesen zugewandt. Das Gesetzespaket zur Inneren Sicherheit wurde verabschiedet, die Befugnisse der Gouverneur*innen wurden ausgeweitet, überall wurden neue schwer befestigte Militärbasen errichtet, Wälder wurden gerodet, Staudämme gebaut und daraufhin die Unterdrückungspolitik gegen die Gesellschaft ausgeweitet, es wurden Spezialeinheiten gebildet, Berufssoldat*innen angeheuert, der Staat hat all seine Kader verteilt, die Justiz wird vom Staat geführt, das widerspricht dem Recht wie auch der Moral. Wir wollen Demokratie, ein menschlicheres System der Demokratischen Autonomie, in dem sich die Menschen selbst verwalten. Die Administration soll auch ihre Ressourcen regional verteilen. Alles in Ankara zu versammeln, ist diktatorisch, sexistisch und antidemokratisch. Alle sollen gleichermaßen an der Politik partizipieren. Wir sagen, der Profit darf nicht im Mittelpunkt stehen, die Natur darf nicht zerstört werden – z. B. werden überall Staudämme gebaut, welche die Natur und die Geschichte zerstören, nur für den Profit. Sûr wird jetzt gerade verwüstet, aber niemand sagt etwas. Wir sagen, die Menschen müssen für ihr Gewissen einstehen und darauf reagieren. Die Politik in der Türkei ist unter Profiteur*innen aufgeteilt, dem Militär, den Stiftungen und anderen, wir sind dafür, dass das Geld an die Volksgruppen der Türkei verteilt wird. Das Problem ist kein kurdisches, es ist keine Sache der HDP, es ist keine Sache der PKK, es ist ein Problem derjenigen, die ihre Macht nicht verlieren wollen, denn wenn sie sie verlieren, dann werden sie verurteilt werden. Sie tun alles, um sie nicht zu verlieren, sie versuchen alles zu kontrollieren, selbst in Europa, sie unterstützen den IS, erzeugen damit Flucht, aber die Menschen, die für Emanzipation, für Frauenrechte kämpfen, werden siegen. Die deutsche Öffentlichkeit muss wissen, so oder so, Erdoğan wird verschwinden, heute oder morgen, aber das kurdische Volk von 40 000 000 wird bleiben. Die europäische Öffentlichkeit soll wissen, wir wollen mit allen Gruppen aus den modernen Gesellschaften, die für Menschenrechte, Demokratie eintreten, zusammenarbeiten. Wir stehen nicht an der Seite religiös-radikaler und sektiererischer Kräfte im Mittleren Osten, ob Baath oder IS. ♦

Das Problem ist kein kurdisches, es ist keine Sache der HDP, es ist keine Sache der PKK, es ist ein Problem derjenigen, die ihre Macht nicht verlieren wollen, denn wenn sie sie verlieren, dann werden sie verurteilt werden. Sie tun alles, um sie nicht zu verlieren, sie versuchen alles zu kontrollieren, selbst in Europa, sie unterstützen den IS, erzeugen damit Flucht, aber die Menschen, die für Emanzipation, für Frauenrechte kämpfen, werden siegen.

Widerstand der Zivilgesellschaft in Nordkurdistan

YPS und YPS-Jin gegründet

Michael Knapp

Jeden Tag hören wir Berichte von neuen Massakern – die Zahl der von türkischen Staatskräften ermordeten Zivilist*innen hat die 200 längst überschritten. Diese Berichte erzeugen immer wieder ein Gefühl der Ohnmacht insbesondere hier in der europäischen Realität. Deshalb soll hier ein Blick auf den organisierten zivilgesellschaftlichen Widerstand in den Städten Nordkurdistans geworfen werden.

Schon nach den Parlamentswahlen am 07.06.2015 und dem Erfolg der Demokratischen Partei der Völker (HDP), durch das Überwinden der Zehnprozenthürde das anvisierte Präsidialsystem effektiv durchkreuzt zu haben, setzte der türkische Staat auf die Verhinderung einer Regierungsbildung und vorgezogene Neuwahlen. Um Letztere erfolgreicher bestreiten zu können, erzeugte die Regierung insbesondere auch durch Verhaftungswellen ein repressives Klima. Anschläge auf HDP-Wahlkundgebungen und Linke und die Bombardierung der Kandil-Berge taten das Übrige. Es war deutlich geworden, die Regierung will mit aller Macht ihre Position behalten und an die Stelle eines Friedensprozesses die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung setzen. Die kurdische Bevölkerung, in Orten wie Cizîr (Cizre), Gever (Yüksekova), Şirnex (Şırnak) und anderen schon stark in Räten organisiert, führte Diskussionen, wie mit der Lage umzugehen sei, und in einzelnen Regionen mit starken Strukturen wurde beschlossen, die Demokratische Autonomie auszurufen.

Dies geschah nicht wie im Jahr 2011 in Form einer zentralen Entscheidung, sondern den regionalen Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechend. Das erklärt auch die relative Ungleichzeitigkeit. Auf die Proklamation der Demokratischen Autonomie folgte sofort die Repression. Repression und Zerschlagung der Strukturen der Selbstorganisierung sind im vierzigjährigen kurdischen Befreiungskampf kein Novum – allein nach dem Wahlerfolg der Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) 2009 wurden mehr als 9 000 Personen aus zivilen Strukturen inhaftiert –, eine solche Situation waren viele nicht mehr bereit hinzunehmen und so gingen in verschiedenen Städten die autonomen Jugendorganisationen YDG-H (Bewegung der Patriotischen Revolutionären Jugend) und – als autonome Frauenstruktur – YDGK-H (Bewegung der Patriotischen Revolutionären Jungen Frauen) zur Verteidigung der Orte über. In nahezu allen nordkurdischen Orten hatten sich solche Einheiten gebildet. Nach dem Prinzip des vom inhaftierten Vorsitzenden der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan entwickelten Modells des Demokratischen Konföderalismus ist die Jugend- wie die Junge-Frauen-Bewegung autonom in ihren regionalen Entscheidungen, in denen sie sich an den Paradigmen der kurdischen Bewegung orientieren. Die Verankerung dieser Paradigmen zeigt sich auch daran, dass sich diese Einheiten nicht auf die militärische Verteidigung der Stadtviertel beschränkten, sondern auch in die Gesellschaft hinein wirkten und beispielsweise bei Zwangsehen intervenierten. Diese Einheiten agierten und agieren mit großer Popularität und trugen die Verteidigung des Stadtviertels Amed-(Diyarbakır-)Sûr, der Städte Nisêbîn (Nusaybin), Cizîr, Gever, Silopiya und anderer Orte.

Michael Knapp, Historiker und Aktivist des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin, forscht zu Modellen radikaler Demokratie und sozialen Bewegungen.

Kämpferinnen und Kämpfer der Volksverteidigungskräfte HPG (Guerilla der Arbeiter*innenpartei Kurdistan PKK) befinden sich nach übereinstimmenden Angaben aus den umkämpften Stadtteilen wie auch Verlautbarungen der PKK nicht bzw. kaum in den Städten. Der Soziologe und Konfliktforscher Harun Ercan berichtete gegenüber BasNews ebenfalls, dass die HPG noch nicht aus den Bergen in die Städte gekommen sei, sondern dass in Orten wie Cizîr mit seinen 96 % HDP-Zustimmung der Staat den Willen der Bevölkerung zu brechen und damit einen Präzedenzfall für die ganze Region zu schaffen versuche; auf dieser Grundlage seien die aktuellen Auseinandersetzungen zu sehen.[1]

1 http://basnews.com/index.php/tr/news/226024

Es kommt zu immer heftigeren Auseinandersetzungen um die Stadtviertel, bei denen immer wieder Polizist*innen und Militärs getötet werden. Die meisten Angaben über gefallene Militär- und Polizeiangehörige stammen aus Berichten der YDG-H oder der HPG. Die türkische Regierung bedeckt sich mit Schweigen. Damit verfolgt sie eine traditionelle Politik der Verheimlichung der eigenen Verluste und deren punktueller Nutzung, um eine nationalistische Stimmung anzuheizen. Sie scheint dabei von der Logik getragen zu sein, dass wenige stark thematisierte Verluste die nationalistische Stimmung anheizen, während viele, kontinuierliche Verluste Kriegsmüdigkeit und Zweifel erzeugen. In diesem Kontext erscheint das implizite Eingeständnis von Ministerpräsident Davutoğlu bezeichnend: »Wir sind hier in keinem Filmdrehbuch. Die Türkei steckt mit in einem Ring aus Feuer, wir haben Hunderte Soldat*innen und Polizist*innen als Märtyrer*innen verloren.« Mittlerweile gibt es auch mehrere Dutzend bekannte Fälle von Berufssoldat*innen, die den Dienst in Orten wie Amed-Sûr verweigern.

Während sich die Kämpfe in die Länge zogen, die Barrikaden dreißig, vierzig, ja mittlerweile in Sûr mehr als siebzig Tage gehalten wurden, beteiligt sich mittlerweile ein Großteil der Bevölkerung ebenfalls am Schutz ihrer Viertel.

So erklärte eine Anwohnerin und Mutter namens Şerife, die seit drei Monaten ihr Viertel Amed-Sûr verteidigt, gegenüber der Frauennachrichtenagentur JINHA: »Die Polizist*innen griffen uns meist an, wenn sie in unser Viertel eindrangen. Sie haben unsere Kinder vor unseren Augen gefoltert. Sie haben unsere Türen eingeschlagen und sind in unsere Häuser eingedrungen. Sie sind auf die Dächer unserer Häuser gestiegen und haben Scharfschütz*innen dort stationiert. Sie haben unsere Häuser Dutzende Male durchsucht. Wir haben entschieden, uns dagegen zu bewaffnen. Der Ministerpräsident und der Staatspräsident sagen, hier seien PKKler*innen, aber hier in Sûr gibt es keine PKK, hier ist das Volk. Wir schützen uns und unser Stadtviertel gemeinsam mit unseren Kindern. Wir sind das Volk und wir sind diejenigen, die hier Stellungen errichten. Wir fürchten uns nicht mehr vor dem Tod. Was auch immer kommen mag, wir haben nichts mehr zu verlieren.«

Hatice aus Amed-Sûr, deren drei Kinder im Gefängnis sind, macht gegenüber JINHA ihre Entschlossenheit deutlich: »Nach der Folter, die meinen Kindern angetan wurde, werde ich diesen Kampf niemals abbrechen. Die AKP will die Kurd*innen auslöschen, aber das kann ab jetzt niemand mehr. Ich sage, ich werde diesen Kampf bis zum Ende führen. Ich bin bereit, alles zu tun, was ich kann. Ich rufe alle auf, Verantwortung für ihr Viertel zu übernehmen. Wenn die anderen Orte uns unterstützen, dann zeigen sie, dass Sûr nicht allein ist. Aber die ganze Welt soll wissen, dass ohne die Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan weder die Kurd*innen noch Kurdistan befreit werden. Diesen Krieg kann nur er beenden.«

Da nun auch die bewaffnete Selbstverteidigung eine große gesellschaftliche Breite erlangte, war der Zeitpunkt gekommen, die Kräfte den neuen Verhältnissen anzupassen und allgemeiner gesellschaftlicher Kontrolle zu unterstellen. So gründeten sich jeweils lokal die Zivilen Verteidigungseinheiten YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl) und als autonome Frauenorganisierung die YPS-Jin. In der Gründungserklärung der überregionalen YPS-Koordination wird dieser Prozess deutlich beschrieben: »In Antwort auf diese Angriffe muss der zunehmende Widerstand der YDG-H die Voraussetzung für das Voranschreiten auf eine andere Ebene entsprechend dem Level der fortlaufenden Angriffe schaffen. Es ist notwendig eine professionelle Verteidigungskraft ans Tageslicht zu bringen mit dem Ziel, alle sozialen Bereiche in den organisierten Widerstand mit einzubeziehen, der von der YDG-H als Jugendbewegung des Volkswiderstandes seit über 6 Monaten aufgebaut wird. Unter der Anleitung der den organisierten Kampf führenden patriotischen, revolutionären Jugend haben sich in vielen Städten Organisationen der Zivilen Verteidigungskräfte (YPS) gebildet.«[2]

Diese Verteidigungseinheiten sind nun seit fast siebzig Tagen dabei, Amed-Sûr zu verteidigen, und auch in anderen Orten haben sie es geschafft, Militär und Polizei aus den Vierteln oder Städten zu vertreiben und ein neues Vordringen zu verhindern. Die erfolgreiche Verteidigung der Stadtviertel stellt außer einer absoluten Überlebensnotwendigkeit eine Befreiung aus der Ohnmacht gegenüber den Operationen des türkischen Staates dar. Dies betont auch Nuda Yadigar, Sprecherin der YPS Nisêbîn: »Alle Stadtviertel werden, wenn nötig, in den Widerstand gehen. Denn wir lassen unser Schicksal nicht vom Staat bestimmen. Das bestimmt das Volk. Wenn nötig, werden in ganz Nisêbîn Gräben ausgehoben und Barrikaden gebaut. Wir haben hier in einer Straße mit unserem Widerstand begonnen, wir versuchen ihn auszuweiten. Indem er sich hier ausbreitet, breitet er sich über ganz Kurdistan aus. (…) Das ist der Widerstand der Bevölkerung, der Mütter wie der Jugendlichen. (…) Es treten immer mehr Menschen dem Widerstand bei. Ihnen reicht es jetzt. Darum machen sie mit. Sie wollen frei leben. Deshalb sind sie gezwungen zu kämpfen. Das kurdische Volk hat damit begonnen, aber er wird sich über die ganze Welt ausbreiten. Wie es mit dem Widerstand von Kobanê war. Die Menschen werden ihre eigene Kraft sehen.«[3]

---

2 https://isku.blackblogs.org/1214/yps-gruendet-hauptkoordination/

3 http://www.halkingunlugu.net/index.php/g%C3%BCncel/item/6802-ypsli-yadigar-halk-barikatlarin-arkadasinda-ozgur.html

Mittlerweile hat sich der Widerstand der YPS so stark ausgeweitet, dass für ganze Regionen ein gemeinsames militärisches Kommando wie die YPS-Botan, ein Zusammenschluss der Verteidigungseinheiten der gesamten kurdischen Botan-Region, gebildet wurde. In ihrer Gründungserklärung machen sie deutlich, dass der Widerstand über die YDG-H hinausreiche und deswegen breiter organisiert werden müsse, da »den Kampf nicht nur die jungen Frauen und Männer, sondern die gesamte Bevölkerung von Botan« führe.[4]

Am 26.12.2015 versammelte sich infolge dieser Erklärung eine große Personenzahl in Nisêbîn, sie formalisierten die Verteidigung der Stadtviertel in Form der YPS-Nisêbîn. Betont wurde in der Gründungsrede das Selbstverständnis als Selbstverteidigungseinheit. Ein aus den Kriegserfahrungen der Vergangenheit resultierendes, für die Bewegung für die Demokratische Autonomie typisches Prinzip, das darauf beruht, Gewalt nicht als strategisches Moment, sondern als Ultima Ratio zu betrachten und immer die politische Lösung frei von physischer Gewalt in den Vordergrund zu stellen. Die Gründungserklärung der YPS-Nisêbîn unterstreicht dies ebenfalls: »Heute werden auf diesen Straßen Kurdistans Kinder wie auch Frauen und Männer jeden Alters umgebracht. Das legitime Recht des kurdischen Volkes auf Selbstverteidigung wird als Terrorismus dargestellt. So sehr, wie dieser Kampf ein Kampf des kurdischen Volkes ist, so sehr ist er auch ein Kampf des türkischen Volkes und der ganzen Menschheit.« An diesem Punkt wird wieder deutlich, dass hier kein türkisch-kurdischer Konflikt besteht, sondern ein Konflikt zwischen demokratischer und kapitalistischer Moderne, demokratischer Nation und monistischem Nationalstaat. Einer Ethnisierung des Konflikts wird eine Absage erteilt.

Die YPS scheinen Ausdruck der für die kurdische Bewegung typischen Kommunalisierung aller Strukturen, inklusive der Selbstverteidigung, zu sein. Ähnlich wie in Nordsyrien/Rojava gründeten sich auch in Nordkurdistan/Türkei autonome basisdemokratische Rätestrukturen, die insbesondere seit den Wahlen am 7. Juni vor dem Hintergrund, dass das AKP-Regime jeglichen parlamentarischen Weg zum Frieden verschloss, immer mehr in den Vordergrund rückten. Die YPS scheinen sich nach einem ähnlichen Prinzip mit dem Schwerpunkt auf der lokalen Ebene, aber bis hin zur Großregion zu organisieren und sind vielerorts tief in der Bevölkerung verankert. Gerade in Orten wie Gever, Nisêbîn, Amed hat insbesondere der direkte Bruch mit dem Staat zu einer rapiden Verbreiterung geführt.

In Rojava, wo ein ähnliches System verfolgt wird, sind zivile Verteidigungseinheiten, sie heißen dort HPC (Selbstverteidigungskräfte), direkt mit der Basisorganisierung in Form von Räten verbunden. Das ist auch für Nordkurdistan ein Konzept in Umsetzung.

Neben Amed-Sûr und Cizîr gibt es noch zahlreiche weitere Orte, in denen Selbstverteidigung organisiert wird. Legitime Selbstverteidigung richtet sich gegen Angriffe und so stellen Amed-Sûr und Cizîr gerade Orte mit höchster Symbolwirkung insbesondere auch für den türkischen Staat dar. Er versucht hier durch Exempel, den Freiheitswillen der Bevölkerung Nordkurdistans zu brechen. Wir können folgendes Muster in den vom Staat attackierten Städten feststellen: Erst gibt es Operationen und Angriffe, dann Lautsprecherdurchsagen: »Alle, die in den Stadtvierteln bleiben, gelten als Terrorist*innen!«, oder in Sûr wurde von der Polizei öffentlich verkündet: »Alle, die bleiben, werden umgebracht!«, währenddessen finden Artillerieangriffe statt und schwerstes Kriegsgerät wird eingesetzt. Spezialeinheiten richten gezielt Massaker an der Bevölkerung an; so berichtete eine eingeschlossene HDP-Politikerin in Cizîr, deren aktuelle Lage wir nicht kennen, dass Polizist*innen Benzin in einen Keller gegossen und zwanzig Schwerverletzte bei lebendigem Leib verbrannt hätten. Ähnliche Ereignisse häufen sich, insbesondere Kämpferinnen und Frauen im Allgemeinen werden mit sexualisierter Gewalt angegriffen und Spezialeinheiten präsentieren immer wieder nackte Frauenleichname in der Öffentlichkeit, sei es in sozialen Medien oder an öffentlichen Plätzen. Die Einheiten treten unter anderem unter dem Namen »Löwen Allahs«, Esadullah, mit dschihadistischem Habitus auf; Augenzeug*innen berichten, dass einige kein Türkisch, sondern Arabisch sprächen und mit syrischen Pässen ausgestattet seien. Dies kann möglicherweise auch als eine Konsequenz aus Erdoğans enger Zusammenarbeit mit dem Dschihadismus insbesondere in Syrien, Irak und der Türkei gelten. Durch sein Vorgehen hat der türkische Staat weitere Legitimität eingebüßt – im allgemeinen Sprachgebrauch werden in den selbstverteidigten Vierteln in den Erklärungen nicht mehr die Begriffe Polizei oder Militär oder Besatzungstruppen verwendet, sondern »Bandit*innen« oder »Bandit*innen des Palastes« (gemeint ist Erdoğans Präsidentenpalast).

An diesem Punkt wird wieder deutlich, dass hier kein türkisch-kurdischer Konflikt besteht, sondern ein Konflikt zwischen demokratischer und kapitalistischer Moderne, demokratischer Nation und monistischem Nationalstaat. Einer Ethnisierung des Konflikts wird eine Absage erteilt.

4 (http://www.anfkurdi.com/kurdistan/yekineyen-parastina-sivil-a-botane-hat-ilankirin)

Auch Şoreşger Dêrik, einer der Verteidiger*innen des Dicle-Viertels von Şirnex, beschreibt diese Entwicklung: »Wir befinden uns im Viertel Dicle in Selbstverteidigungsposition. Gegen die Angriffe des Feindes haben wir Gräben ausgehoben. Vor den Gräben gab es die Angriffe. Dann griffen sie die Gräben und Barrikaden an, unsere Bevölkerung wurde einer äußerst starken Repression ausgesetzt. Wir verteidigen unsere Bevölkerung dagegen mithilfe unserer Gräben und Barrikaden. Wir sind umzingelt von Militärbasen, der Staat hat alle Institutionen in solche Militärbasen verwandelt. Sie greifen uns pausenlos an. Wir haben gegen diese Besatzungsmacht Gräben ausgehoben – Gräben, um leben zu können. (…) Hier leisten nicht nur die YPS Widerstand, wir kämpfen gemeinsam mit dem Volk, Schulter an Schulter. (…) Wir stehen Massakern gegenüber. Wir sagen, es reicht jetzt. (…) Wir werden diese befreiten Gebiete immer mehr ausweiten, bis ganz Kurdistan befreit ist.«

Die heute häufig verwendete Parole »So sehr ihr IS werdet, so werden wir Kobanê« bringt es auf den Punkt. Die YPS-Verantwortliche für Nisêbîn, Nuda Yadigar, stellte diesen Bezug ebenfalls deutlich her: »Wir haben hier jetzt ein System wie in Rojava. Wir sind zu Rojava und Kobanê geworden. Auch die Familien sind im Aufstand dabei. Sie nehmen am Widerstand teil. Alle nehmen die Waffen auf. Die Bevölkerung, die Kobanê erlebt hat, verleiht dieser Erfahrung in der jetzigen Phase neue Bedeutung. Sie haben sich alle selbst zu verwalten begonnen. Ab jetzt wird der bewaffnete Kampf über die YPS geführt. Der Krieg ist nun in den Städten angekommen.« Wir erleben genau den Kreis, den Erdoğan um jeden Preis zu verhindern gesucht hatte, in Nordkurdistan wird seit etwa fünfzehn Jahren trotz Repression an der Demokratischen Autonomie gebaut, in Rojava existieren befreite Gebiete, die das Selbstbewusstsein der Menschen in Nordkurdistan stärken, und in Nordkurdistan wird jetzt konkret die Demokratische Autonomie realisiert.

Felek aus dem Widerstand von Sûr erklärt: »Hauptsächlich Farqîn (Silvan), Silopiya, Cizîr, Nisêbîn, Licê und Sûr leisten heftigen Widerstand. Aber dieser Widerstand muss verstärkt werden. Bekanntlich versucht der türkische Staat, das kurdische Volk durch eine schmutzige Politik einzuschüchtern. Er sollte aber eigentlich wissen, dass dieser Widerstand vor vierzig Jahren mit sieben Personen begonnen hatte und heute vierzig Millionen stark ist. Was nach heute auch noch über uns kommen mag, wie viele Panzer, wie viel Artillerie sie auch benutzen, sie werden diesen Widerstand nicht brechen. So, wie dieses Volk bis heute Widerstand geleistet hat, auf dieselbe Weise, wird es auch in Zukunft Widerstand leisten. Das Volk von Sûr leistet bis zum Ende Widerstand und gibt uns große Moral. Heute ist der Moment, zusammenzustehen, nicht der Moment zu fliehen. Wenn wir fliehen, werden auch wir eines Tages drankommen. Das darf niemand vergessen. Wir laden alle zu diesem Widerstand ein und überall muss unsere Stimme hörbar gemacht werden.« ♦



Frauenverteidigungseinheiten in Amed/Sûr. Foto: BestaNuçe

Umweltzerstörung in den von Ausgangssperre betroffenen Orten in Nordkurdistan

Ökologische Auswirkungen des Krieges in Städten

Ercan Ayboğa

Ercan Ayboğa lebte und arbeitete lange Zeit in der BRD als Umweltingenieur und gründete die Kampagne TATORT Kurdistan mit. Er ist seit Jahren aktiv in der Initiative zur Rettung von Hasankeyf gegen den Ilısu-Staudamm und in der Ökologiebewegung Mesopotamiens in Nordkurdistan.

Die über mehrere Städte und Stadtteile in Nordkurdistan/Südosttürkei verhängten Ausgangssperren und die anschließenden Angriffe des türkischen Staates haben zu Vernichtung und Massakern in bisher unbekanntem Ausmaß geführt. Die Angriffe des türkischen Militärs und der Polizei durch Abriegelung von Ortschaften sind eine intensivierte Form der Kriegsführung in Städten, welche undifferenziert die ganze Bevölkerung zur Zielscheibe macht. Das führt in diesen Kommunen zu systematischer Staatsgewalt und hat eine enorme Zerstörung von Lebensraum und den Verlust hundertfachen Menschenlebens zur Folge.

Ortschaften, die nach dem Beginn des Krieges durch den türkischen Staat im Juli 2015 ihre Selbstverwaltung erklärt haben, sind mit besonderer Repression konfrontiert worden. In vielen dieser Orte haben daraufhin politisch aktive Jugendliche »Freiräume« mittels Gräben und Barrikaden geschaffen. Kurz darauf wurde über mehrere dieser sich verteidigenden Orte eine Ausgangssperre verhängt und vollständige Blockaden durch die Polizei – ab Dezember auch durch das Militär – über Tage und Wochen erzwungen. Die Folge war eine verstärkte Verteidigung der Ortschaften durch die Anwohner*innen, die sich ab Dezember 2015 in den Zivilen Verteidigungseinheiten (YPS) zusammenschlossen.

Die Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEH) hat in den von Ausgangssperre und Krieg betroffenen Gebieten eine Untersuchung durchgeführt, um über die ökologische Dimension angesichts der Zerstörung zu berichten.

Zur Methodik und Rahmensetzung

Die Untersuchung wurde durch eine Arbeitsgruppe von Aktivist*innen der MEH, einiger NGOs und Menschen ohne organisatorischen Hintergrund durchgeführt. 85 Interviewer*innen, die alle in der betroffenen Region leben, haben in mehreren Gruppen in verschiedenen Provinzen gearbeitet. Bewohner*innen, die von der Ausgangssperre betroffen waren, wurden zuvor vorbereitete Fragen gestellt und die Antworten unmittelbar in ein Formular eingegeben. Insgesamt wurden 800 Familien interviewt.

Die Interviews und Forschung wurden durchgeführt in der Provinz Amed (Diyarbakır), Bezirke Sûr und Bismil, in der Provinz Mêrdîn (Mardin), Bezirke Nisêbîn (Nusaybin) und Dargeçit, in der Provinz Çolemêrg (Hakkâri), Bezirke Gever (Yüksekova) und Şemzînan (Şemdinli), in der Provinz Şirnex (Şırnak), Bezirke Şirnex, Cizîr (Cizre), Silopiya (Silopi) und Elkê (Beytüşşebap), in der Provinz Wan (Van), Bezirk Edremit.

Die Untersuchung wurde zwischen dem 24.10. und dem 10.11.2015 durchgeführt, also vor den verheerendsten Angriffen, die im Dezember 2015 eingeleitet wurden. Nichtsdestotrotz geben die Ergebnisse dieser Arbeit einen qualitativen Überblick über das, was sich im Nachhinein abspielt. Zur Zeit der Veröffentlichung dieser Untersuchung – am 25.12.2015 – dauerten die Blockaden in intensivster Form an.

Beobachtete und festgestellte Tatsachenermittlungen

In den Bezirken, in denen die Ausgangssperre verhängt wurde, haben die Gebäude in der Regel wenige Stockwerke und oft Gärten im Hof. Ein großer Teil der Bewohner*innen betreibt Gemüseanbau und pflanzt Obstbäume an. Sie halten ihre Nutztiere in ihren Gärten oder im Keller.



Auch die Tiere der Bevölkerung werden von staatlichen Kräften getötet. Foto: Sedat Sur

Zum täglichen Leben im Bezirk Sûr von Amed gehört das Taubenfüttern. Nach Verhängung der Ausgangssperre starben viele Tauben durch Granatsplitter, Tränengas und gezieltes Abschießen durch die Sicherheitskräfte. Es wurde sogar beobachtet, dass Sicherheitskräfte die Tauben mit ihren bloßen Händen töteten.

In den von den Ausgangssperren betroffenen Gebieten wurden in vielen Straßenzügen die Trinkwasserleitungen durch staatliche Sicherheitskräfte zerstört, und das Trinkwasser vermischte sich mit dem Abwasser. In allen Gebieten mit Ausgangssperre wurde die Strom- und Wasserversorgung weitflächig abgesperrt. Die Regierung übte Druck auf die Kommunalverwaltungen aus, damit diese in den Gebieten mit Ausgangssperre das Wasser absperren. Diese verweigerten dies standhaft. Diejenigen Menschen, die Mangel an Trinkwasser hatten, wurden gezwungen, Wasser aus Brunnen zu nutzen, die vor vielen Jahren in ihren Gärten gegraben worden waren und lange nicht benutzt wurden. In einigen dieser Gebiete erklärten die Menschen, dass sich der Geschmack der Agrarprodukte und des Trinkwassers geändert hat. Es wird angeführt, dass der Einsatz von Tränengas und Munition die Geschmacksänderung von Lebensmitteln und Trinkwasser in diesen Gebieten verursacht hat.

Wegen der Ausgangssperren und der Kämpfe kamen sowohl die Nutztiere als auch die Gärten in großem Ausmaß zu Schaden. Die Bewohner*innen der Viertel konnten nicht zur Arbeit auf ihr nahe gelegenes Ackerland gehen, was zu Verlusten bei der Ernte von landwirtschaftlichen Produkten führte.

Es wurde von Einwohner*innen beobachtet, dass schätzungsweise mindestens mehrere hundert Tiere durch Gewehrkugeln, Granatsplitter und breitflächig eingesetztes Tränengas zu Tode kamen. Einige tote Tiere wurden in den Gärten begraben, nachdem sie von ihren Eigentümer*innen gekalkt worden sind. Die meisten Gärten und Tiere blieben vernachlässigt, weil einerseits manche ihr Haus bzw. das Viertel verlassen mussten und andererseits sie ihr Haus nicht verlassen durften bzw. wegen Beschuss durch Polizei und Militär nicht rauskonnten.

In den Orten nahe der Bergregionen (insbesondere Şirnex, Şemzînan, Gever, Dargeçit) wird von den Einwohner*innen in den anschließenden Weidelandschaften Nutztierhaltung betrieben. Der türkische Staat hat diese Gebiete zu besonderen Sicherheitszonen erklärt und sie systematisch bombardieren lassen. Die Menschen wurden dazu gezwungen, ihr Weideland zu verlassen, ohne dass sie ihre Tiere mitnehmen konnten. Einige Tiere starben durch die Bombardierungen. Insbesondere die Bienenhaltung ist stark betroffen worden. Zahlreiche Waldbrände sind Folge der Bombardierungen, die auch zum Tod vieler Tiere in den Wäldern führten (siehe Bericht zu den Waldbränden im Oktober 2015: http://www.hasankeyfgirisimi.net/?p=314).

Viele Menschen erklärten, dass sie oder ihre Kinder sich durch den Konsum von Lebensmitteln oder Wasser übergeben mussten. Es wurde beobachtet, dass bei Kindern in Dargeçit, Nisêbîn, Gever und Cizîr oft Fiebererkrankungen festgestellt wurden. Krankheiten wie die chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD) und Kurzatmigkeit wurden als Folge der Auseinandersetzungen und der Munition festgestellt.

In der Regel wurde der Strom für die betroffenen Ortschaften von den verantwortlichen privaten Versorgern auf Druck des Staates abgesperrt.

Die Sicherheitskräfte erlauben den Kommunen nicht, in den Konfliktgebieten den Müll einzusammeln, so dass in den Straßen zusätzlich ein ungesundes Umfeld entstanden ist.

Es konnte beobachtet werden, dass besonders Kinder unter sehr schwierigen Bedingungen mit gravierenden Auswirkungen leben. Die Kinder haben Verhaltensstörungen entwickelt. Wenn sie Explosionen, Schüsse und ständige Durchsagen von Polizeifahrzeugen hören, reagieren sie mit Unruhe, Angst, Wei-

nen, Schlafstörungen usw. Es wurde beobachtet, dass manche Familien ihre Kindern angebunden haben, um zu verhindern, dass sie das Haus verlassen. Kinder spielen auf den Straßen mit Blindgängern. Dass der gesamte Konflikt gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit und Psyche der Kinder haben wird, ist den Untersuchungen und grundsätzlichen Annahmen nach zu erwarten.

Als Ergebnis der wiederholten Ausgangssperren und der zunehmenden staatlichen Repression hat in den meisten Wohngebieten eine Minderheit der Einwohner*innen ihre Häuser zeitweilig verlassen müssen, während in wenigen Wohngebieten eine Mehrheit der Bewohner*innen ihr Wohngebiet während der Zeit der Ausgangssperre verlassen hat. Letzteres trifft auf die betroffenen Stadtteile in Farqîn (Silvan) und Sûr zu.

Die beschriebene repressive Politik liegt in der Verantwortung der türkischen Regierung und verursachte schwerwiegende Schäden an der Umwelt und den Gesundheitsbedingungen in den Wohngebieten und deren Umgebung. Die staatliche Politik in den von der Ausgangssperre betroffenen Gebieten hat das grundlegende Menschenrecht auf Leben usurpiert. Dazu gehören eine saubere und bewohnbare Umwelt, Bildung und Gesundheitsversorgung sowie das Recht, in Sicherheit zu leben und die Ernährungsbedürfnisse befriedigen zu können.

Die MEH fordert daher, dass die türkische Regierung und ihre Organe sofort die Politik der Ausgangssperre in Gebieten, in denen die Selbstverwaltung erklärt wurde, beenden muss. Die türkische Regierung muss sofort zusichern, dass ab jetzt bei jeder Handlung der türkischen Sicherheitskräfte in Nordkurdistan/Südosttürkei Gewalt gegen das der Zivilbevölkerung angeborene Recht auf Leben verhindert werden muss. Jede Zerstörung oder Schaden an Menschen als Ergebnis des Handelns der türkischen Sicherheitskräfte, einschließlich der langfristig zu erwartenden sozialen und psychischen Auswirkungen, muss vollständig ausgesetzt werden. Bei der Betrachtung der Zerstörung müssen auch die Auswirkungen auf die Natur berücksichtigt werden.

Um ähnliche soziale und ökologische Zerstörungen, Schaden und Leid zukünftig dauerhaft zu verhindern, fordern wir einen sofortigen zweiseitigen Waffenstillstand, der in neue Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien – d. h. zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Freiheitsbewegung – münden muss. Diese müssen von einer dritten Partei beobachtet bzw. moderiert werden, damit beide Parteien ihre Zusagen einhalten und so ein wirklicher Friedensprozess einsetzen kann. ♦



Nisêbîn, fast alle Häuser weisen Einschusslöcher von schweren Waffen auf. Foto: Sedat Sur

Über den Zusammenhang von Leben, Tod und Widerstand

Das Recht auf Leben und die Unbetrauerbaren von Kurdistan

Meral Çiçek

Meral Çiçek, Vorsitzende des REPAK – Kurdisches Frauenzentrum für internationale Beziehungen, mit Sitz in Hewlêr (Arbil), studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Frankfurter Goethe-Universität. Von 2004 bis 2013 war sie als Journalistin für die kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika tätig.

Theodor W. Adorno, der sich in seinem Werk »Minima Moralia«, aus dem sein wohl meistzitierter Satz »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« stammt, der Frage nach dem richtigen Leben widmet, erklärt in »Probleme der Moralphilosophie«, dass »das Leben selbst eben so entstellt und verzerrt ist, dass im Grunde kein Mensch in ihm richtig zu leben, seine eigene menschliche Bestimmung zu realisieren vermag – ja, ich möchte fast so weit gehen: dass die Welt so eingerichtet ist, dass selbst noch die einfachste Forderung von Integrität und Anständigkeit eigentlich fast bei einem jeden Menschen überhaupt notwendig zu Protest führen muss.«

Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler hat 2012 in ihrer Dankesrede bei der Verleihung des Adorno-Preises in der Frankfurter Paulskirche diese Frage aufgegriffen und mit biopolitischen Fragen verknüpft. Wessen Leben zählt? Auf welche Leben als Leben kommt es nicht an? Welche sind als Leben nicht anzuerkennen oder zweifelhaft? Von diesen Fragen ausgehend gelangt Butler zu den Unbetrauerbaren: »Der Grund, weshalb um jemanden nicht getrauert wird, liegt am aktuellen Fehlen einer Struktur, die dieses Leben stützt; das bedeutet, dass es entwertet ist, nicht wert, durch das herrschende Wertesystem als Leben geschützt zu werden.«

Wenn dem so ist, wie entscheidet das herrschende Wertesystem, welches Leben wertvoll und welches wertlos ist? Welches Leben ist zu betrauern, welches nicht? Hierbei handelt es sich nicht nur um moralphilosophische, sondern zugleich auch um politische und ideologische Fragen. Denn hier scheinen politische Interessen und ideologische Annäherungen eine grundlegende Rolle zu spielen. Die herrschende globale kapitalistische Ordnung wertschätzt das Leben eines Teils, um die materielle und ideologische Grundlage ihrer Existenz zu gewährleisten, während es zugleich die Existenz eines anderen Teils als wertlos erklärt. Die Unterscheidung zwischen »Entwerteten« und »Wertvollen« bildet die Grundlage des herrschenden Systems.

Innerhalb dieser biopolitischen Ordnung weitet sich diese Be-Wertung manchmal auf ganze Menschengruppen aus. Ganze Volksgruppen können Interessen entsprechend zu Unbetrauerbaren erklärt werden. Vor allem das 20. Jahrhundert bietet unzählige Beispiele. Ohne Zweifel stellt auch das kurdische Volk aus Sicht der biopolitischen Ordnung ein Heer von Unbetrauerbaren dar. Die in der Türkei zur offiziellen Politik avancierte Devise »Der beste Kurde ist der tote Kurde« spiegelt diese Realität wider. Die Genozide und Massaker am kurdischen Volk im 19. und 20. Jahrhundert sowie das Schweigen und die Gleichgültigkeit, manchmal auch (direkte oder indirekte) Unterstützung internationaler Kräfte für die mordenden Staaten, zeigen, dass aus Sicht des herrschenden Systems das Recht auf Leben für das kurdische Volk nicht gilt oder wenigstens nicht zu verteidigen ist.

Diese Wirklichkeit gilt nicht nur für das 19. oder 20. Jahrhundert, sondern auch für die Gegenwart. Man kann sogar sagen, dass wir uns an einem viel schlimmeren Punkt befinden, wenn man sich die veränderten Bedingungen vor Augen hält. Das kurdische Volk lebt auch heute noch weitgehend ohne Status innerhalb der Grenzen der Staaten Türkei, Syrien, Iran und Irak. Dass auch der autonome Status der Kurden in Südkurdistan (Nordirak) sehr zerbrechlich ist, wurde vor allem ab August 2014 mit den Angriffen des Islamischen Staates (IS) klar. Während die Türkei unter den vier Nationalstaaten, die Kurdistan ausbeuten und kolonialisieren, als am meisten entwickelt, fortschrittlich, westlich orientiert gilt, betreibt sie zugleich die brutalste staatliche Politik gegen das kurdische Volk. Und dabei meine ich nicht die Türkei der achtziger oder neunziger Jahre. Die heute von der AKP-Regierung praktizierte antikurdische Politik stellt sogar diejenige aus den Jahren der Militärdiktatur sowie des schmutzigen Krieges der türkischen Regierung in den Neunzigern in den Schatten. Während der Staat in den achtziger und neunziger Jahren Kurden, die für ihre Identi-

tät einstanden, von Paramilitärs, Polizisten oder Soldaten erst verschleppen, dann töten und anschließend in Massengräber oder an Straßenränder werfen ließ, mordet er heute öffentlich, unverdeckt, vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Als sei das Töten von Kurden vollkommen legitim und rechtens.

In den letzten vierzig Jahren ist nicht ein Polizist, Folterer, Soldat oder Paramilitär wegen des Tötens von Kurden verurteilt worden. Nicht ein Politiker, Offizier oder Polizeichef ist aufgrund extralegaler Hinrichtungen von Kurden in der Türkei suspendiert oder des Amtes enthoben worden. Und auch heute sind sich die politisch Verantwortlichen sowie die lokalen Todesschwadronen ihrer Immunität, ihrer Straflosigkeit sicher. Sie handeln im Namen des Staates. Ihre Opfer sind »Terroristen«. Und wenn die Opfer zu jung oder zu alt sind, um als »PKK-Terroristen« dargestellt werden zu können, dann wurden sie eben von der PKK selbst getötet. Gibt es doch keine offizielle Instanz, die diesen Verbrechen nachgeht. Alles rechtens. Alles im Rahmen der türkischen Staatsdoktrin.

Aber was bedeutet es auf der anderen Seite für einen Menschen, ein »entwertetes« Leben zu führen? Was, wenn schon vor der Geburt vom herrschenden Wertesystem und dessen lokaler Ausformung festgelegt wird, dass man des Lebens nicht wert ist? Was, wenn das Recht auf Leben für einen nicht gilt? Wenn dieses Recht noch im Mutterleib aufgrund der Muttersprache abgesprochen wird? Wenn dieses entwertete Leben jeden Moment beendet werden kann und die Person, die auf den Abzug drücken wird, keine Rechenschaft ablegen muss? Was bedeutet es, mit diesem Bewusstsein zu leben? Und was, wenn diese Realität nicht auf Individuen beschränkt ist, sondern eine ganze Volksgruppe betrifft? Was, wenn das Recht eines gesamten Volkes auf Leben entzogen, geleugnet, für überflüssig und entbehrbar erklärt wird?

Ohne diese Fragen ist die zusammen mit dem kurdischen Befreiungskampf entstandene Realität des Wiederauflebens (kurdisch: vejîn) nicht zu begreifen. Ebenso nicht die Gleichung Tod = Leben, die in Kurdistan eine neue Form gewonnen hat. Dass diejenigen, deren Leben noch vor der Geburt entwertet worden ist, in dieser Gleichung das Leben so sehr lieben, dass sie bereit sind, dafür zu sterben, wird oft nicht verstanden oder missverstanden. Ebenso die Art und Weise, wie in Kurdistan Leben aus dem Tod geschöpft wird. Dabei ist die Wirklichkeit der Serhildans (kurd. für Volksaufstand) in Nordkurdistan Anfang der neunziger Jahre im Zusammenhang mit der Beisetzung von Zivilisten, die von türkischen Sicherheitskräften getötet wurden, entstanden. Butler nennt dies »öffentlicher Aufstand der Trauer« und erklärt: »Die Unbetrauerbaren versammeln sich gelegentlich zum öffentlichen Aufstand der Trauer, und deshalb lassen sich in vielen Ländern Begräbnisse und Demonstrationen nur schwer unterscheiden.«

Aber bei diesen Begräbnissen, wenn Tausende, gar Zehntausende hinter dem Sarg der Getöteten laufend ihnen die letzte Ehre erweisen, geschieht noch etwas anderes. Dem Leben, das aus Sicht der biopolitischen Ordnung und ihres lokalen Vertreters keinen Wert besitzt, wird mit ihrem Tod sein Wert zurückerstattet. Es ist nicht so, dass dieses Leben in den Augen der Trauernden wertlos war, im Gegenteil. Aber sie erteilen dem Leben des Getöteten posthum eine wertvolle Bedeutung, die nicht aufgehoben werden kann. Denn der Getötete hat für ein lebenswertes Leben gelebt. Wenn sein Tod Tausende Menschen dem Kampf für ein selbstbestimmtes, freies Leben näherbringt, dann wird die Rechnung der biopolitischen Ordnung umgedreht. Denn wenn eine Unzahl von Menschen für ein Leben, das vom System für »wertlos« erklärt worden war, auf kollektive Weise einstehen, dann wird ihm ein neuer (und großer) Wert beigemessen. Wenn diejenigen, die aus Sicht des Systems unbetrauerbar sind, sich bei einem Aufstand der Trauer treffen, vervielfachen sie nicht nur den Wert des Getöteten, sondern verteidigen zugleich das Recht des Kollektivs auf Leben. Und dies macht ihr Leben umso wertvoller oder, wie Adorno sagen würde, »richtig«.

Diese Dialektik von Tod und Leben, von Trauer und Widerstand in Kurdistan muss sich vor Augen gehalten werden, wenn wir verstehen wollen, warum der AKP-Staat in Kurdistan nicht nur Lebende, sondern vor allem auch Tote angreift. Vor allem in den letzten Wochen hat diese menschenverachtende Politik des türkischen Staates extreme Formen angenommen. Einige Beispiele:

- Am 20. August 2015 stellten Sondereinheiten des türkischen Militärs nach der Tötung der Guerillakämpferin Kevser Eltürk (Kampfname Ekin Wan) ihren Leichnam nackt auf den Straßen von Gimgim/Mûş (Varto/Muş) zur Schau und verbreiten anschließend Bilder des geschändeten Leichnams über soziale Medien.
- Am 3. Oktober 2015 verwundeten Sondereinheiten des türkischen Militärs im Stadtzentrum von Şirnex (Şırnak) Hacı Lokman Birlik, den kurdischen Aktivisten und Schwager der Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Leyle Birlik, mit Schusswaffen. Anschließend erschossen sie den Wehrlosen aus nächster Nähe. Sein später obduzierter Leichnam wies Dutzende Kugeln auf. Polizisten schossen außerdem Fotos mit ihrem Stiefel auf seinem Kopf. Es kam noch schlimmer: Eine Gruppe von Sonderpolizisten band den Leichnam Birliks mit einem Seil um den Hals an einen gepanzerten Wagen und schleifte ihn so durch die Straßen. Dabei wurden Videoaufnahmen gemacht und anschließend über soziale Medien verbreitet. Gegen die betreffenden Sicherheitskräfte wurde anschließend ein

Disziplinarverfahren eröffnet; nicht etwa wegen dieses Kriegsverbrechens, sondern wegen der Verbreitung der Aufnahmen.

- Am 18. Dezember 2015 wurde die 50-jährige Taybet Inan während einer Ausgangssperre in Silopiya/Şirnex (Silopi/Şırnak) mitten auf der Straße von türkischen Scharfschützen erschossen. Da die Sicherheitskräfte keinerlei Hilfe zuließen und Krankenwagen der Weg versperrt wurde, erlag die Mutter von elf Kindern ihren Verletzungen. Ihre Angehörigen nahmen daraufhin Kontakt zum Staatsanwalt und zu Sicherheitskräften auf, die ihnen versicherten, sie dürften den Leichnam Taybet Inans von der Straße holen. Sicherheitskräfte schossen jedoch auch auf die Angehörigen, obwohl die eine weiße Flagge hochhielten. Der Schwager Taybet Inans, Yusuf Inan, wurde dabei schwer verletzt und erlag zwanzig Stunden später seinen Verletzungen, da er nicht ins Krankenhaus gebracht worden konnte. Der Ehemann Taybet Inans, Halit Inan, wurde ebenfalls schwer verletzt. Der Leichnam Taybet Inans lag insgesamt sieben Tage auf offener Straße. Danach konnte sie ins Leichenschauhaus gebracht werden. Allerdings wurde von türkischer Seite der Leichnam ohne Wissen der Familie verschleppt und anonym an einem unbekannten Ort begraben.

- Am 7. Januar 2016 erließ der türkische Premierminister eine Verordnung, »um zu verhindern, dass Begräbnisse in Terrorpropaganda verwandelt werden«. Demnach dürfen gerichtsmedizinische Institute Leichname, die nicht innerhalb von drei Tagen von Angehörigen abgeholt werden, zur Beisetzung außer an Stadtverwaltungsvertreter auch an Statthalterschaften ausgehändigt werden. Auf diese Weise können staatliche Stellen die Leichname kurdischer Zivilisten und Kämpfer, die während der Ausgangssperren getötet worden sind, ohne Wissen der Angehörigen beisetzen.

Leichenschändungen an kurdischen Widerstandskämpfern und Aktivisten durch türkisches Sicherheitspersonal hat es auch in den neunziger Jahren und nach 2000 gegeben. Auch in den vergangenen Jahren versuchten Militärangehörige durch das Schänden der Leichname getöteter PKK-Kämpfer, die Wirkung der staatlichen Brutalität zu erhöhen und den Schmerz und die Wut der Angehörigen sowie des kurdischen Volkes zu maximieren. Es soll ein kollektives Gefühl von Hilflosigkeit geschaffen werden. Ziel ist es, die Angehörigen in extremer Weise zu traumatisieren und so zur Kapitulation zu zwingen, indem ihr Widerstandswille und ihre Kampfmoral gebrochen werden.

Aber aktuelle Beispiele von Leichenschändung in Kurdistan gehen in ihrer Brutalität über Praktiken der neunziger Jahre weit hinaus. Beispielsweise wurden Anfang Februar sechs Personen, darunter eine junge Frau, von türkischen Sondereinsatzkommandos in Cizîr/Şirnex (Cizre/Şırnak) unter ungeklärten Umständen ermordet. Auf Bildern, die über Twitter-Accounts paramilitärischer Kräfte verbreitet wurden, ist zu sehen, dass der Körper der getöteten jungen Frau unterhalb der Hüfte abgerissen ist. Ebenso wurden im August 2015 in Agirî (Ağrı) die Leichname getöteter PKK-Kämpfer angezündet und bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Dass ein Volk dazu gezwungen ist, aus dem Tod Leben zu schöpfen und das Recht auf Leben sterbend zu verteidigen, ist furchtbar und schrecklich. Dass ein Volk so viel sterben muss, um zu leben, ist unvorstellbar. Aber das ist Realität in Kurdistan. Und es ist eine Scham für diejenigen, die dem zusehen.

Dass der türkische Staat nun als neue Praxis versucht, Begräbnisse zu verhindern, indem er Leichname verschleppen und heimlich beisetzen lässt, hat mit der oben beschriebenen Dialektik von Trauer, Wut und Widerstand in Kurdistan zu tun. Das kurdische Volk leistet trotz jeglichen Staatsterrors seit vier Jahrzehnten pausenlosen Widerstand. Dieser Widerstand wird trotz aller Massaker fortgesetzt, weil sich das kurdische Volk seinem Schmerz nicht ergibt. Es weiß Schmerz und Wut in eine Quelle von Widerstand zu verwandeln. Wenn es sich seinem Schmerz ergeben würde, könnte es nicht weiterleben. Und so wird in Kurdistan Widerstand zu Leben, schöpft der kurdische Widerstand Kraft aus Schmerz und Leben aus dem Tod.

Dass ein Volk dazu gezwungen ist, aus dem Tod Leben zu schöpfen und das Recht auf Leben sterbend zu verteidigen, ist furchtbar und schrecklich. Dass ein Volk so viel sterben muss, um zu leben, ist unvorstellbar. Aber das ist Realität in Kurdistan. Und es ist eine Scham für diejenigen, die dem zusehen. Der einzige Weg, diese Scham aufzuheben und dementsprechend das Töten in Kurdistan zu beenden, ist, das Recht auf Leben aktiv zu verteidigen. Und Leben bedeutet nicht nur Überleben. Es bedeutet, ein lebenswertes Leben leben zu können. Beim Widerstand in Kurdistan geht es genau darum. ♦

Kriegsrecht und die Realität Kurdistans

Internationales Recht versagt

Mahmut Şakar

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e.V. – Verein für Demokratie und internationales Recht.

Die Kurd*innen wurden in den letzten hundert Jahren in ihrem Auf und Ab in der Türkei nicht nur politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt, sie wurden auch durch die Rechtsprechung des Landes benachteiligt. Denn die Beziehung der Kurd*innen zum Rechtssystem beruht auf Gesetzen, die allein dem Zweck dienen, die kolonialistische Unterwerfung zu vollziehen und die Gewaltanwendung auszuweiten, aus diesem Grunde handelt es sich um ein negatives Verhältnis. So wurden beispielsweise alle kurdischen Namen von Städten und Dörfern in Kurdistan per Gesetz türkisiert. Die kurdische Sprache wurde durch gesetzliche Regelung verboten und aus dem öffentlichen Leben verbannt. Oder das Massaker von Dersim, es wurde durch den Erlass des sog. »Tunceli-Gesetzes« in die Wege geleitet. Wenn wir also die Rechtsprechung als das Recht der Herrschenden begreifen, Gesetze zu erlassen, so ist das hundertjährige Leid der Kurdinnen und Kurden als gesetzeskonform zu betrachten.

Weil das türkische Herrschaftssystem seine antikurdische Grundhaltung in Gesetzestexte gegossen hat, ist es für die Kurd*innen nicht möglich, ihre Rechte innerstaatlich einzufordern. Ihre im Prinzip einzige Möglichkeit, ihre Rechte auf Grundlage der türkischen Rechtsprechung einzufordern, wird ihnen dann zugestanden, wenn sie als Angeklagte vor Gericht stehen. Und auch dann wird ihnen diese Möglichkeit, außer der Gelegenheit, ihre Forderungen zu artikulieren, nicht viel einbringen. Dennoch haben kurdische Politiker*innen und Intellektuelle diese Bühne des Gerichtsverfahrens oftmals genutzt, um ihr Dasein als Teil eines Volkes mit den ihm zustehenden Rechten zu verteidigen. Viele dieser Verteidigungsreden sind später in Buchform gedruckt worden, weil das eben eine der sehr begrenzten Möglichkeiten zur öffentlichen politischen Artikulation für die Kurd*innen darstellte.

Seitdem die Türkei den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Jahr 1988 anerkannt hat, haben kurdische Jurist*innen seit Beginn der 1990er Jahre vielfach die Praxis der Individualbeschwerde vor dem EGMR in einer effektiven Art und Weise genutzt. Die meisten dieser Individualbeschwerden wurden aufgrund schwerer Straftaten wie der Morde sog. unbekannter Täter*innen, des Verschwindenlassens von Personen, der Durchführung von Folterpraktiken, Zwangsdeportationen, Dorfverbrennungen und Vergewaltigungen eingereicht. In den allermeisten dieser Fälle wurde die Türkei vom EGMR für schuldig befunden. Eine Zeitlang konnten die Anwält*innen ihre Beschwerden sogar direkt beim EGMR in Strasbourg einreichen, ohne zuvor alle innerstaatlichen rechtlichen Instanzen zu durchlaufen, weil diese nicht reagierten oder funktionierten. Auch wenn das Individualbeschwerderecht sich immer auf einen bestimmten Fall bezog, hatte die Fülle von Fällen dennoch einen kollektiven Charakter. Denn die einzelnen Personen, die die Türkei vor dem EGMR verklagten, waren letztlich Teil eines Volkes, dem kollektiv Unrecht widerfährt. Doch die Rechtswege des EGMR bieten nicht die Möglichkeit, dieses kollektive Unrecht vor Gericht zu verhandeln. Die Türkei ihrerseits belässt es bei der Zahlung der ihr durch den EGMR auferlegten Entschädigungen für die Opfer und zieht keine sonstigen rechtlichen Korrekturen in Betracht.

Damit kommen wir zum eigentlich tragischen Punkt: Aus der Sicht von Organisationen und Institutionen, welche die Menschenrechte zu schützen vorgeben, werden die Menschenrechtsverstöße gegen Kurdinnen und Kurden in der Regel in Form von Einzelfällen oder von numerischen Größen erfasst, die dann in eine Fülle von Einzelfällen zusammengefasst und wiedergegeben werden. In kaum einem Menschenrechtsbericht lässt sich die kurdische Frage mit ihren Hintergründen und historischen Wurzeln geschildert wiederfinden, die doch den Ursprung dieser Menschenrechtsverstöße an Kurdinnen und Kurden darstellt. Und selbst die in dieser Form festgehaltenen Menschenrechtsverstöße hatten in der Vergangenheit und haben in unserer Gegenwart kaum eine Auswirkung auf die politischen Verhältnisse zwischen Staaten, die in erster Linie von wirtschaftlichen und nicht menschenrechtlichen As-

pekten bestimmt werden. Diese Realität zeigt sich in besonders grausamer Weise in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei.

Wir erleben in den letzten sechs Monaten in Kurdistan eine Phase, die dem Krieg der 1990er Jahre in der Region in nichts nachsteht. Stadtteile und ganze Städte, Siedlungsgebiete, in denen zehntausende Menschen aus Kurdistan leben, werden mit ihrer gesamten historischen Vergangenheit systematisch durch das Militär belagert, zerstört und ausgelöscht. Anders als in den 1990er Jahren gehen aber die Bilder dieser Gräueltaten um die Welt und geschehen praktisch live vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Die Leichname der Opfer dieses Krieges bleiben tagelang auf offener Straße liegen, Verletzte sterben aufgrund von Blutverlust, weil keine Krankenwagen in ihre Nähe gelassen werden. Die Tatorte und Adressen, wo diese Gräueltaten geschehen, sind ebenso bekannt wie die Identität der Opfer. Dennoch können sie nicht gerettet werden. Auch die von Anwält*innen beim EGMR erwirkten einstweiligen Anordnungen reichen nicht aus, um diese Menschen zu retten.

Es ist offensichtlich, dass die Türkei einen Krieg gegen die Kurd*innen führt. Auch der seit vierzig Jahren anhaltende bewaffnete Konflikt zwischen dem türkischen Militär und der



Barış – Aştî – Frieden

PKK ist ein Sachverhalt, der aus der Perspektive des Kriegsrechts zu bewerten ist. Dieser Krieg herrschte bereits, bevor es bei westlichen Politiker*innen Mode war, Organisationen nach eigenem Gutdünken als terroristisch zu kennzeichnen.

Zudem ist es auch offensichtlich, dass der Angriffskrieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk aufgrund seiner Dimension, seiner Tiefe und der mit ihm verbundenen Zerstörung von einem Mechanismus wie dem EGMR nicht aufgefangen und beurteilt werden kann. Gegen das kurdische Volk werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Dies kann auch auf Grundlage des Internationalen Strafrechts so festgehalten werden. Denn die Türkei tritt seit Jahren das zweite Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen mit Füßen. Allerdings waren bis heute die Bedingungen nicht gegeben, dass gegen die an den Kurd*innen begangenen Gräueltaten auf Grundlage des Kriegsrechts vorgegangen werden konnte. Denn die Türkei hat das erste und das zweite Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen nicht unterzeichnet. Sie ist auch keine Vertragspartei des Internationalen Strafgerichts im Rahmen der Statuten von Rom.

Auch kleinere Initiativen wie der Versuch, am 30.10.2011 auf Grundlage des Völkerstrafgesetzbuches Strafanzeige gegen Ministerpräsident Erdoğan und die Generalstabschefs der Türkei bei der Bundesanwaltschaft einzureichen, stoßen schnell an ihre Grenzen.

Dem liegt eine fundamentale Haltung des türkischen Staates zugrunde. Seit rund hundert Jahren wurde jeder Aufstand der Kurd*innen zunächst als »Bandenunwesen« und später als »Terrorismus« betitelt. Bei vermutlich keiner anderen Angelegenheit ist die Türkei in ihrer Haltung über einen so langen Zeitraum so konsequent geblieben. Mit dieser Haltung wird darauf abgezielt, die Massaker an der kurdischen Bevölkerung für legitim zu erklären. Genauso wie heute noch der Völkermord an den Armenier*innen mit einer gewissen Sprachregelung und Argumentation verharmlost und legitimiert werden soll.

Der türkische Staat bezeichnet die Ereignisse bewusst als »Kampf gegen den Terrorismus« und nicht als »Krieg«. Denn die »Terror«-Rhetorik hat die Funktion, die Methoden des schmutzigen Krieges des türkischen Staates zu verbergen. Mit der Verweigerung des Kriegsbegriffs wiederum ist noch nicht einmal beabsichtigt, die Kurd*innen in der Position einer Kriegspartei zu akzeptieren. Das hat solch einen Charakter angenommen, dass diejenigen, die von einem Krieg in den kurdischen Gebieten der Türkei sprechen, bereits als suspekt und Unterstützer*innen der Gegenseite wahrgenommen werden können. Vielleicht ist ein weiterer Grund für die Verweigerung des Kriegsbegriffs die Befürchtung, ansonsten irgendwann einmal für die in diesem Krieg begangenen Verbrechen vor einem internationalen Gericht zur Verantwortung gezogen zu werden. Diese Sorge kommt von Zeit zu Zeit sogar bei Regierungsverantwortlichen in der Türkei zur Sprache.

Die Tatsache, dass der Westen ebenfalls den kurdischen Kampf um Anerkennung als »Terrorismus« definiert und den Massakern des türkischen Staates an den Kurd*innen im Rahmen des »Kampfes gegen den Terror« mit Verständnis begegnet, hat die Kriegsverbrechen der Türkei mit verschleiert, sie sogar dazu ermutigt, weitere Kriegsverbrechen an den Kurd*innen zu begehen. Trotz der aktuellen Bilder aus Nordkurdistan, die den Bildern aus Syrien in nichts nachstehen, hat sich der Westen einem tiefen Schweigen hingegeben. Und wenn der oder die eine oder andere aus dem Westen mal das Wort ergriffen hat, dann im Sinne der Türkei, was die Mitschuld des Westens an der derzeitigen Tragödie, welche die Kurd*innen erleben, nur noch sichtbarer gemacht hat.

Eine andere Option, die Taten des türkischen Staates vom Internationalen Strafgericht ahnden zu lassen, wäre ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates.[1] Aber unter den gegebenen internationalen politischen Bedingungen erscheint das nicht besonders realistisch. Eine Strafanzeige über nationale Rechtsprechung, wie dies beispielsweise über das deutsche Grundgesetz möglich ist, scheint auch wenig vielversprechend. Dennoch müssen wir unseren Kampf auf rechtlicher Ebene bis zum bitteren Ende weiterführen.

Wenn wir eine Bilanz des Gesagten ziehen, können wir festhalten, dass das internationale Recht im Hinblick auf die Verbrechen, die das größte Volk ohne offizielle Anerkennung erdulden musste, nicht nur versagt, sondern diese gar verschleiert. Historisch betrachtet verantwortet der Westen die Nichtanerkennung der Kurd*innen, weshalb er für die Unterdrückung und für die Massaker, die dieses Volk erleiden musste, mitverantwortlich ist.

Aus diesem Grund müssen alle gewissenhaften Menschen in Europa zunächst einmal gegen den auf offizieller Ebene geführten Terrordiskurs aufbegehren und gleichzeitig auf rechtlicher Ebene gegen die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche die Türkei begangen hat und weiterhin begeht, einen Kampf um Gerechtigkeit führen. Aufgrund der Tatsache, dass ohne ein Ende der Unterstützung der USA und der EU diese Verbrechen der Türkei auch kein Ende finden werden, muss dieser Kampf in erster Linie in den Ländern der Europäischen Union geführt werden. ♦

---

1 Dies ist die einzige Möglichkeit bei Staaten, die wie die Türkei die Genfer Zusatzprotokolle nicht unterzeichnet haben.

Über die Türkeipolitik der EU und die Rolle der BRD

Angewiesen auf Zusammenarbeit mit Despoten?

Murat Çakır

Murat Çakır, Kolumnist und Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen.

Just in den Tagen, in denen vor den Augen der Weltöffentlichkeit kurdische Ortschaften von türkischem Militär und Spezialeinheiten der Polizei umlagert, dem Erdboden gleichgemacht, Zivilist*innen – vor allem Kinder und Frauen – auf offener Straße hingerichtet wurden und der schmutzige Krieg der Herrschenden in der Türkei eine neue Eskalationsstufe erreichte, fanden in Berlin und Brüssel zwei wichtige Ereignisse statt.

In Berlin war es eine Premiere: Erstmals fanden deutsch-türkische Regierungskonsultationen statt. Bundeskanzlerin Merkel empfing ihren türkischen Kollegen Davutoğlu mit allen militärischen Ehren und sie ließen ihre Minister*innen zusammenkommen. Offensichtlich war es der Bundesregierung, die derzeit in der Flüchtlingsfrage unter Druck steht, wichtig, die besondere »Wertschätzung« gegenüber der Türkei öffentlichkeitswirksam hervorzuheben. Zwar warfen gehässige Mäuler der Bundeskanzlerin vor, sie würde »einen schmutzigen Deal« eingehen, der einem »Kniefall vor dem Despoten Erdoğan« gleiche, aber in den bürgerlichen Medien fanden die »Konsultationen« weitgehend ein positives Echo. Immerhin wird von der Türkei erwartet, dass sie zukünftigen Flüchtlingsströmen einen Riegel vorschiebt und somit Europa von dem Druck der »Verdammten dieser Erde« befreit. Das ist der EU mindestens 3,5 Mrd. Euro sowie wohlwollende politische Unterstützung wert.

Ein paar Tage später, am 26. und 27. Januar 2016, fand in Brüssel die 12. Internationale Konferenz zum Thema »Die EU, die Türkei und die Kurden« statt. An der von der EU Turkey Civic Commission (EUTCC) und der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) ausgerichteten Konferenz nahmen zahlreiche Persönlichkeiten teil: Vertreter*innen kurdischer Organisationen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen sowie Politiker*innen aus der EU und der Türkei machten auf die dringende Notwendigkeit eines Friedensprozesses aufmerksam, verurteilten die türkische Regierung und appellierten an die EU sowie an europäische Regierungen, sich für einen Friedens- und Demokratisierungsprozess in der Türkei einzusetzen. Diese internationale Konferenz, in der ohne Frage das »Richtige« gesagt und gefordert wurde, fand jedoch in den bürgerlichen Medien kaum Resonanz. Kurd*innen und ihre Freund*innen waren wieder einmal unter sich. Das war's!

War's das wirklich oder sollte diese traurige Tatsache nicht Anlass genug sein, um einiges grundsätzlich zu überdenken und Antworten auf einige Fragen zu suchen, so z. B.: Warum unterstützt die EU das AKP-Regime? Ist die EU und sind die europäischen Regierungen an einer demokratischen und friedlichen Lösung der Kurdischen Frage überhaupt interessiert? Was ist die Rolle der BRD und wessen Interessen sind eigentlich von Bedeutung?

Klarheit über die EU

In diesem Zusammenhang steht die kurdische Bewegung vor der Notwendigkeit, die Rolle der EU, des EU-Parlaments und der europäischen Regierungen in Bezug auf die Kurdische Frage neu zu bewerten. Denn die Erwartungen, die EU und europäische Regierungen könnten das AKP-Regime zum Umdenken bzw. zur Wiederaufnahme des sog. »Friedensprozesses« drängen oder mindestens ihre repressive Politik gegen kurdische Organisationen in Europa beenden, haben sich als Illusion herausgestellt. Diese Erwartungshaltung ist und bleibt nur ein Wunschtraum. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens ist zu konstatieren, dass sich die EU unter der Führung der BRD, also des deutschen Imperialismus, zu einer wirtschaftlichen und politischen Struktur der imperialistischen Staaten Westeuropas entwickelt hat. Expansionistische Ziele, neoliberaler Umbau, gewaltiger Sozialabbau, Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie, Militarisierung der Außenpolitik, Orientierung an der Durchsetzung der Interessen internationaler Konzerne, aggressive Aktionen gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität souveräner Staaten, bewusste Verlet-

zung der UNO-Charta und des internationalen Völkerrechts sind nun Charakteristika dieser EU.

An der Seite der USA, aber zugleich in Konkurrenz zu ihnen, streben imperialistische Staaten Westeuropas unter der EU-Hülle aktiv danach, den geopolitischen Raum zu erobern. Innerhalb der letzten 25 Jahre haben zahlreiche Kriege und bewaffnete Interventionen, die allesamt von imperialistischen Mächten initiiert wurden, vor allem aber die Osterweiterung der NATO und der EU die europäischen und internationalen Widersprüche verschärft. Während NATO und EU Mittel- und Osteuropa zu ihrem Aufmarschgebiet verwandelt haben, gemeinsam mit den USA zu einer feindlichen Haltung gegenüber Russland und China übergegangen sind und mit militärischer, politischer und wirtschaftlicher Gewalt der gesamte Nahe und Mittlere Osten sowie Teile Afrikas weiter destabilisiert werden, werden in den bürgerlichen Staaten der EU nach und nach autoritär-neoliberale Sicherheitsregime installiert, mit Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA, TTIP und TISA Sozialstandards abgebaut, Ausbeutungsmechanismen verstärkt und durch die Förderung des Wohlstandschauvinismus, Rechtspopulismus sowie des Rassismus gesellschaftliche Spaltungslinien vertieft, somit mögliche gesellschaftliche Widerstandspotentiale geschwächt.

Sowohl die USA als auch die EU setzen bei ihrem Kampf um die erneute Aufteilung der Welt, um die Kontrolle von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Versorgungswegen, um politische Einflusssphären auf immer mehr militärische Mittel. Diese Tendenz zum Einsatz des Militärischen erhöht die Gefahr eines weltweiten Krieges und führt zur Zuspitzung von kriegerischen Handlungen in regionalen Konflikten. Der wesentliche Grund dafür ist die dem Imperialismus innewohnende Aggressivität, welche durch die im Rahmen des Kapitalismus unlösbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen verschärft wird. Unsere Gegenwart, die ökonomische, politische und gesellschaftliche Realität, belegt die offensichtliche Tatsache, dass der Krieg auch im 21. Jahrhundert nur Ausdruck und Fortsetzung der Klassenpolitik des Kapitals ist.

Gerade im Nahen und Mittleren Osten, wo reiche Erdgas- und Erdölquellen liegen und mehrere Pipelinepläne auf ihre Verwirklichung warten, kann verfolgt werden, welche Auswirkungen diese unsägliche Politik hat: Millionen Menschen auf der Flucht, Hundertausende Tote, zerstörte Städte und ganze Regionen, Armut, dschihadistischer Terror, Stellvertreterkriege, ethnische und konfessionelle Konflikte. Der Irak und Syrien befinden sich in einem Zerfallsprozess und die Gefahr, dass der Flächenbrand auf Nachbarländer übergreift, wird von Tag zu Tag größer. Das, was seinerzeit als »Bekämpfung des Terrors« und »Durchsetzung von Freiheit und Demokratie im geopolitischen Großraum von Marokko bis Kasachstan« (auch bekannt als »Middle East Partnership Initiative«) angepriesen wurde, hat sich als Brandbeschleuniger entpuppt. Mehr noch; die Brandstifter wollen jetzt die Feuerwehr stellen!

»Neue Macht. Neue Verantwortung«

Die »Zentralmacht in Europa«, die BRD, seit langem ihrer Stellung als »Gestaltungsmacht im Wartestand« überdrüssig, ist aktiv an dieser Entwicklung beteiligt und nutzt ihre ökonomische Macht sowie ihre führende Position in der EU aus, um in den Rang einer internationalen Ordnungs- und Gestaltungsmacht aufzusteigen. Es steht außer Frage, der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Während die BRD Europa zu ihrem Binnenmarkt fortentwickelt und kleinere EU-Mitgliedsstaaten sowie Nachbarländer der EU ihren Diktaten unterworfen hat, ist sie bestrebt, die Hebelwirkung der EU für ihre expansionistischen Ziele zu nutzen, und verwandelt dabei ihre Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Mit Rüstungsprojekten – Verteidigungsministerin von der Leyen plant in den kommenden Jahren 130 Mrd. EUR in die militärische Ausrüstung zu investieren – und immer umfangreicheren Auslandseinsätzen soll die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr gesteigert werden. Eine EU-Armee unter deutscher Führung und mit der Fähigkeit zur weltweiten Intervention ist im Aufbau.

In Dokumenten wie dem »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« oder im Strategiepapier »Neue Macht. Neue Verantwortung« können die strategischen Ziele der seit den 1990er Jahren systematisch umgesetzten langfristigen Konzepte des deutschen Imperialismus herausgelesen werden: der kontinuierliche Ausbau und die Sicherung seiner Hegemonie und Führungsrolle in Europa und Aufstieg in den Rang einer Weltmacht. Insofern ist es kein Zufall, dass nahezu alle führenden Köpfe der deutschen Politik bei jeder Gelegenheit von der »neuen Verantwortung Deutschlands« schwadronieren und hochmütig voraussagen, dass »Deutschland künftig öfter und entschiedener führen müssen« werde.

Der »größte und wirtschaftlich stärkste Staat in Europa« will aller Welt seinen eisernen Willen und seine Fähigkeit, die strategischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Kapitals »gegen äußere wirtschaftliche, politische und ggf. auch militärische Pressionen zu verteidigen«, unter Beweis stellen – wobei bekanntlich Angriff die beste Verteidigung ist! Gerade der Nahe und Mittlere Osten, als eine der politisch wichtigsten Regionen der Welt, scheint dem deutschen Imperialismus dafür ein geeignetes Terrain zu sein. Angesichts des Rohstoffreichtums, der geostrategischen Bedeutung, der Möglichkeiten, neue und große Märkte zu erschließen – so z. B. aktuell im

Iran –, und des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials der gesamten Region ist dieser Drang nachvollziehbar.

Die Politik der BRD in dieser Region ist in erster Linie darauf ausgerichtet, zum einen den Profit sichernde Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen und die Staaten in der Region so zu beeinflussen, dass das Kräfteverhältnis in der Region zugunsten des deutschen Kapitals langfristig abgesichert werden kann. Andererseits ist ihre Politik auf eine einflussreichere Teilnahme an der sich vollziehenden Neuordnung der Region ausgerichtet, um so stärker in den Entscheidungsmechanismen der internationalen Politik wirken zu können und gleichzeitig die negativen Auswirkungen der regionalen Krisen sowie von Zerfallsprozessen wie im Irak und in Syrien auf die deutsche Wirtschaft abzumildern. Abgesehen davon machen die Absicherung und Erweiterung ihrer Rüstungsexporte ein stärkeres Engagement in der Region notwendig.

Der »strategische Imperativ«

Das Expansionsbestreben des deutschen Imperialismus und anderer imperialistischer Staaten Europas erfordert eine stärkere und ausgeweitete Kooperation mit den herrschenden Klassen in der Region. Die Neuordnung der Machtverhältnisse in der Region ist zugleich ein Kampf um die regionale Hegemonie und für die EU-seitige Beeinflussung der herrschenden Klassen in Ägypten, im Iran und Irak, in Israel, im Jemen, in den Golfkooperationsstaaten, Saudi-Arabien und der Türkei.

Aufgrund ihrer wertvollen geostrategischen Lage und ihrer Position als einer der zentralen Energieumschlagplätze kommt der Türkei eine besondere Bedeutung zu. Die deutsche Türkeipolitik, die seit den Zeiten Kaiser Wilhelms von einer Konstante geleitet wird, ist ein unschätzbarer Wettbewerbsvorteil für die BRD. Denn vom Kolonialstrategen Paul Rohrbach über den ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann bis zur Bundeskanzlerin Merkel, also von der bürgerlichen Wissenschaft, dem deutschen Militär und der politischen Vertretung des deutschen Kapitals, war stets zu hören, dass die Unterstützung der türkischen Machthaber immer ein »strategischer Imperativ« zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands war und ist.

Insofern ist es keine Überraschung, dass bisher alle Bundesregierungen, trotz ihrer türkei- und islamkritischen Rhetorik in der Innenpolitik, alle türkischen Regierungen unterstützt haben. Als NATO-Partnerin, als Rüstungslieferantin bzw. Lizenzgeberin für Rüstungsgüter und als Listenplatz Nr. 1 für türkische Exporte hat die BRD ein strategisches Interesse daran, das türkische Kapital und dessen Herrschaftsinstrumente zu stärken und zu schützen.

Jedoch, die deutsch-türkische »Waffenbrüderschaft« und strategische Partnerschaft waren und sind nie frei von Widersprüchen. Wie jede Kollaboration basieren auch die deutsch-türkischen Beziehungen auf gemeinsamen Interessen, die sich zeitweilig auch widersprechen können, gestalten sich im Rahmen der Kräfteverhältnisse und müssen immer wieder von neuem geformt werden. Auch wenn die wirtschaftliche Übermacht der BRD immer ein bestimmender Faktor ist, kann die türkische Seite, je nach gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen sowie regionalen Entwicklungen, als souveräne Partnerin den Fortgang und die Richtung dieser Beziehungen mitbestimmen.

So nutzt beispielsweise das AKP-Regime, das sich der geostrategisch wertvollen Lage der Türkei und der gegenseitigen Abhängigkeiten bewusst ist, die derzeitige Flüchtlingskrise als ein Faustpfand für seine Beziehungen zur BRD und zur EU. Alle Beteiligten wissen, dass die seit Monaten andauernden Flüchtlingsströme in die europäischen Staaten ohne die Entscheidung der Türkei, die Flüchtlinge »gehen zu lassen«, so nicht möglich geworden wären. Die BRD und die EU benötigen zur Abschottung der Außengrenzen und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen in der Region die türkischen Machthaber. Das AKP-Regime wiederum benötigt die Unterstützung der EU und der BRD zur Erhaltung seiner Macht. Das Regime ist auf die Wiederaufnahme des Beitrittsprozesses angewiesen, zum einen, um sein Image als europäisches Land aufzupolieren, und zum anderen, um die wirtschaftlichen Verluste, die durch das Wegbrechen ganzer Märkte in der Region und wegen des Investitionsrückgangs entstanden sind, zu kompensieren.

Auch wenn es so erscheint, als ob das AKP-Regime in der Flüchtlingsfrage am längeren Hebel sitze und der EU seine Bedingungen diktieren könnte, ist es dennoch aufgrund seines außenpolitischen Fiaskos, der innenpolitischen Lage, der entstandenen Instabilität sowie aufgrund der verheerenden Auswirkungen der Vielfachkrise, in der die Türkei steckt, auf das wohlwollende Entgegenkommen der imperialistischen Staaten Europas angewiesen. Diese wissen genau, in welchen wirtschaftlichen und politischen Problemen das Regime steckt und dass es von der Wiederbelebung des Beitrittsprozesses innenpolitisch profitieren möchte. Zugleich wollen sie sich durch die Stärkung des AKP-Regimes gegen negative Auswirkungen der regionalen Krisen absichern. Die Türkei soll wieder ein »Stabilitätsfaktor in einer Region der Instabilitäten« (G. Schröder) werden – zugunsten der BRD und der EU.

Fazit

Kommen wir zurück zu den am Anfang gestellten Fragen. Warum also unterstützt die EU das AKP-Regime? Um ihre Abschot-

tungspläne zu verwirklichen und um ihre Interessen zu wahren, braucht die EU das Regime. Die Flüchtlingsfrage wird genutzt für die seit 2004 entwickelten Pläne, Flüchtlingslager außerhalb der EU aufzubauen, und um die Fluchtwege noch in der EU-Peripherie zu schließen, soll die Türkei zu einer Pufferzone und einem Flüchtlingsabwehrzentrum verwandelt werden. Die wieder aufgenommenen Beitrittsgespräche sind nicht nur eine politische Unterstützung für das AKP-Regime. Vielmehr wird der EU-Beitrittsprozess dazu genutzt, auf das Regime einzuwirken und den Einfluss der EU zu erhöhen. Die Eröffnung eines jeden neuen Kapitels bedeutet, da es dem Charakter des Beitrittsprozesses entspricht, die schrittweise Übertragung von Souveränitätsrechten auf die EU. Mittel- und langfristig ist die Türkei ökonomisch, politisch und militärisch auf die EU und vor allem auf die BRD angewiesen. Genau damit »pokert« die EU, womit wir konstatieren können, dass weder die EU noch irgendeine europäische Regierung an einer echten demokratischen und friedlichen Lösung der Kurdischen Frage – sprich Demokratisierung, Autonomierechte, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit etc. – interessiert sind.

In der Bewertung der AKP-Politik teilen viele die Ansicht, dass die Türkei sich auf dem Weg in eine offene Diktatur befindet, der Dschihadismus dort ideologisch wie organisatorisch Fuss gefasst hat und sich eine gesellschaftliche Basis des Faschismus ausbildet. Dem ist zuzustimmen.

Interessiert sind sie jedoch an einer systemimmanenten, herrschaftssichernden »beruhigenden Befriedung« in den kurdischen Gebieten, was in erster Linie der inneren Stabilität des AKP-Regimes und der Domestizierung der kurdischen Bewegung dienlich ist, diese spalten und im Endergebnis marginalisieren soll. Gleichzeitig wird über diese »beruhigende Befriedung« für die Erhaltung des parlamentarischen Systems in der Türkei – was einer Karikatur der bürgerlichen Demokratie entspricht – geworben, da die von der AKP verfolgte Durchsetzung eines autoritären Präsidialsystems, aufgrund der staatlichen Interventionen in die Organisation der kapitalistischen Konkurrenz, von der EU nicht präferiert wird. Letztlich wird über die generierte Legitimität entschieden werden, ob das Präsidialsystem umgesetzt werden kann. Aber unabhängig davon ist sich auch die EU bewusst, dass die AKP, in welcher Regierungsform auch immer, Kapitalinteressen »wie ein Löwe« verteidigen wird.

Wie sich der Einfluss der EU auswirken wird, ist noch offen. Aber in Bezug auf die Flüchtlingsfrage kann die EU durchaus auf einen sofortigen Erfolg (!) hinweisen: Gleich nach dem Gipfel am 29. November 2015 zwischen der Türkei und den europäischen Staats- und Regierungschefs hat die Zahl der Flüchtlinge, die über Griechenland nach Europa flüchten wollen, stark abgenommen. Umgekehrt konnte aber die AKP ihrer Basis nachweisen, dass sie weiterhin von der EU hofiert wird und eventuelle Erleichterungen bei Visaerteilung und Reisefreiheit nur mit ihr zu bekommen sind. Eine »Win-win-Situation« also.

Während die EU die Türkei als »sicheres Herkunftsland« ausrufen will und auffällig stillhält, setzt das AKP-Regime ganze Regionen in Kurdistan in Schutt und Asche und führt seine rigorose Unterdrückungspolitik gegen jegliche Opposition fort. Eigentlich müssten im Laufe der letzten Monate nun jede*r liberale Zweifler*in, jede*r begriffsstutzige Träumer*in und die kleinbürgerlichen »Intellektuellen« längst begriffen haben, dass weder seitens der EU noch seitens der BRD irgendwelcher Protest gegen die Willkürjustiz und faschistoiden Maßnahmen des AKP-Regimes zu erwarten ist.

Die kurdische Bewegung, aber auch die Linke in der Türkei und deren Organisationen in Europa müssen sich dieser Tatsachen bewusst werden. Es ist nun mal so, dass die EU, die BRD oder europäische Regierungen ganz genau wissen, was sie tun. Es ist falsch, ihre Politik als verfehlt, inkonsequent oder verantwortungslos zu charakterisieren, denn sie setzen ihre Klassenpolitik konsequent durch und verfolgen genau das, wofür sie stehen: die Wahrung der ökonomischen, politischen, strategischen Interessen des Kapitals. Das ist der Grund, warum sie auf die Zusammenarbeit mit den Despoten angewiesen sind und Despoten wie Erdoğan auf ihre Unterstützung. Die logische Schlussfolgerung aus dieser Tatsache ist, sich bewusst zu werden, dass die Lösung der Nationalitätenfrage, die Demokratisierung und die Friedensfrage untrennbar mit der sozialen Frage verbunden sind und jeglicher Kampf für ihre Verwirklichung dementsprechend gestaltet werden muss.

In der Bewertung der AKP-Politik teilen viele die Ansicht, dass die Türkei sich auf dem Weg in eine offene Diktatur befindet, der Dschihadismus dort ideologisch wie organisatorisch Fuß gefasst hat und sich eine gesellschaftliche Basis des Faschismus ausbildet. Dem ist zuzustimmen. Es stellt sich in der Tat die Frage, ob und wie dort heute eine friedliche Oppositionsarbeit zu leisten ist. Aufgrund der gegenwärtigen Situation in der Türkei und in Kurdistan sind die kurdische Bewegung und mit ihr solidarisch verbundene Kräfte gehalten, ihre Strategien grundsätzlich zu überprüfen. Denn, frei nach Max Horkheimer, wer vom Kapitalismus und Imperialismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Demokratischer Konföderalismus, demokratische Autonomie und die demokratische Republik – sie können nur und ausschließlich antikapitalistisch und antiimperialistisch sein und sonst nicht! ♦

Warum regt sich kaum Protest in der Westtürkei?

Zwischen Gleichschaltung und Zeug*innenschaft

Oliver Kontny

Dieser Artikel versucht der Frage nachzugehen, warum sich im Westen der Türkei so wenig Protest gegen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit regt, die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und IS (Islamischer Staat) seit letztem Sommer in atemberaubendem Tempo begehen. Er geht von dem Gefühl aus, dass die Gesellschaft der Türkei ein manifestes Problem damit hat, sich zu den furchtbaren Verbrechen zu positionieren. Dieses Gefühl ist insbesondere unter jüngeren Kurd*innen stark verbreitet. Als die Journalistin Semra Pelek im Dezember 2015 Interviews mit Neun- bis Sechzehnjährigen in Amed (Diyarbakır) führte, konnte keines der Kinder verstehen, warum die sie nicht akzeptierten, als gleichberechtigt behandelten und in Frieden leben ließen. Ein Fünfzehnjähriger sagte ihr: »Niemand nimmt uns wahr. Im Westen kümmern sie sich nur um ihre Silvesterparties, und wir wissen nicht, wie wir überleben sollen.« Darauf sagte ein Siebzehnjähriger: »Von den Türk*innen erwarten wir gar nichts mehr.«

Auch für unbeteiligte Beobachter*innen in Deutschland ist es schwer nachzuvollziehen, warum vor weniger als drei Jahren Millionen von Menschen in den urbanen Zentren der Türkei auf die Straßen gingen, um für einen Regimewechsel zu kämpfen (Gezi-Park-Proteste), und heute, wo dieses Regime bewusst und gezielt die Möglichkeit zerstört, in den nächsten Jahrzehnten in Frieden zu leben, alle wieder in ihren kleinen Wohnzellen und digitalen Welten gefangen sind.

Hatip Dicle, der 1991 als erster kurdischer Abgeordneter seinen Amtseid ablegte und nach insgesamt 15-jähriger Haft heute als Co-Vorsitzender des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) amtiert, gab Ende Januar 2016 der Cumhuriyet eine klare Warnung ab: Die Jugendlichen, die heute Gräben ausheben und hinter Barrikaden kämpfen, haben in den 90er Jahren erlebt, wie ihre Dörfer vernichtet wurden. Für sie gibt es keine positive Bezugnahme auf ein Zusammenleben mit den Menschen in der Westtürkei, solange sie es nicht jetzt konkret erfahren. Andernfalls könne kein*e kurdische*r Politiker*in sie mehr überzeugen, sich auf einen Friedensprozess einzulassen. Die Gründer*innengeneration der PKK sei die letzte Generation, die noch eine emotionale Verbundenheit mit der Türkei verspüre. Den jungen Menschen in den Städten Kurdistans sei die Notwendigkeit von Frieden und Versöhnung nur noch schwer zu vermitteln.

Oliver Kontny übersetzte u.a. »Gilgameschs Erben - Von Sumer zur demokratischen Zivilisation« von Abdullah Öcalan.

Anders gewendet: Die Wahrnehmbarkeit von Protest und zivilem Ungehorsam in Teilen der türkischen Mehrheitsgesellschaft mag machtpolitisch wenig relevant sein in der AKP-Diktatur; für die Zukunft einer politischen Lösung aber könnte sie der entscheidende, ausschlaggebende Punkt sein. Auch wenn es wie ein Klischee klingt: Was von Gezi bleibt, ist für die Zukunft des Nahen Ostens von immenser Bedeutung. Wenn aus der Polarisierung ein Krieg der Türk*innen gegen Kurd*innen wird und eine rassifizierte Spaltung der Politik siegt, ist das nicht nur für die Bürger*innen des Landes die schlimmstmögliche Option (vor der Abdullah Öcalan, der Vorsitzende der Arbeiter*innenpartei Kurdistan PKK, seit Jahrzehnten konsistent warnt). Vielmehr würde sich diese Tendenz auch auf das Projekt Rojava (Westkurdistan) auswirken. Zur Verteidigung Rojavas – dessen Geist ja gerade auf dem Miteinander verschiedenster Menschen jenseits von religiösen oder sprachlichen Zugehörigkeiten basiert – ist ein gemeinsames Handeln gegen rassifizierte Polarisierungen unbedingt notwendig. Warum also scheint genau das derzeit so unerträglich schwer?

Im Prinzip sind die Faktoren bekannt: Die Gesellschaft der (West-)Türkei besteht seit längerem aus Bevölkerungsgruppen, die sich spinnefeind sind. Da sind einerseits die Menschen,

die das Regime befürworten und sich mehr oder weniger als Profiteur*innen begreifen. Die wirtschaftliche Entwicklung der »anatolische Tiger« genannten Boomtowns sowie das Auswechseln der Eliten brachten vielen Menschen, die sich in konservativ-religiöse Milieus einfügen, unerwartete Chancen. Sie haben oft Angst, dass sie bei einem Machtwechsel wieder von den säkular-nationalistischen Eliten unterjocht und zurückgedrängt werden.

Demgegenüber gibt es die Menschen, die sich als Verlierer*innen der Neuen Türkei begreifen und seit Jahren Ängste vor einer stetigen Verschlimmerung und Islamisierung äußern. Ihnen geht es oft um den Verlust von Privilegien, die die urbane Mittelklasse der westtürkischen Großstädte traditionell innehatte. Im Windschatten der kemalistischen Eliten haben diese Menschen bzw. ihre Eltern meist bequem gelebt. Den Vernichtungskrieg gegen die Kurd*innen in den 90er Jahren haben sie daher überwiegend nicht als solchen wahrgenommen. In den ersten zehn Jahren der AKP-Herrschaft (2002 bis 2012) haben diese Milieus oft nicht den Inhalt von Herrschaft, sondern nur deren Form kritisiert: Islamisierung, Zurückdrängung des bürgerlich-liberalen Lebensstils, nicht aber von den vorherigen Regierungen »übernommene« Gewaltpolitik wie Polizeiwillkür, Folter, politisch motivierte Justiz (wie z. B. in den KCK-Verfahren von 2009 *[KCK: Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans]*). Im Gegenteil: Ein Teil dieser Milieus hat sich sogar mit der Mehrheit der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der gesamten Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) gegen einen Friedensprozess mit der PKK ausgesprochen und diesen von Anfang an als Teil des Ausverkaufs aller Werte begriffen. In ihrer Rhetorik galten die von Ministerpräsident Erdoğan angekündigten Verhandlungen mit Apo (Abdullah Öcalan) als ein Indiz für die Gefährlichkeit des politischen Islam. Sie glaubten noch an das Bild, das der Nationale Sicherheitsrat in den 80er und 90er Jahren von den beiden Hauptfeinden der Republik gezeichnet hatte: Die »islamische Reaktion« (irtica) und der »kurdische Separatismus« (bölücülük) waren eine verschwommene Masse von Bösewichten. Kein Wunder, dass sie sich nun miteinander verschworen! Entsprechend fanden CHP und MHP noch im August 2014 in Ekmeleddin İhsanoğlu einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, der die nationale Einheit repräsentieren sollte.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im März 2014 konnte ich erleben, wie ein junger Mann aus der säkularen Ägäis, der in Deutschland als Museumskurator insbesondere zu queeren und postkolonialen Themen in der kritischen Gegenwartskunst arbeitet, auf Facebook gegen den HDP-Kandidaten Sırrı Süreyya Önder wütete, weil der die CHP für ihre unverhohlene Nähe zur MHP kritisiert hatte. Es sei eine Sauerei, an diesem Punkt auszuscheren und kleinliche Kritik zu äußern, schrieb der Kurator, der seinen Lebensunterhalt mit der Ausstellung von Kritik verdiente. Ich widersprach. Plötzlich befand ich mich in einem Shitstorm superkritischer Oppositioneller, die mich Außenstehenden anschrien, jede einzelne Stimme müsse jetzt an die CHP gehen, alles andere sei Spalterei: »Tatava yapma, bas geç.« Übersetzt ungefähr: Quengel nicht rum, gib deine Stimme ab. Das war der Slogan eines nicht zu unterschätzenden Teils der Gezi-Jugend. Eine eigenständige kurdische Politik, ebenso wie jede andere Kritik an der verkalkten Atatürkpartei, galt ihnen nur als nervige Quengelei.

Andererseits haben viele kluge Köpfe aus dem akademischen und kulturellen Feld hervorgehoben, wie Gezi als eine Empathieschule wirkte. Sie berichteten darüber, wie Menschen völlig gegensätzlicher Ansichten bzw. verfeindeter Identitäten plötzlich Hand in Hand vor den Wasserwerfern standen und sich zum gemeinsamen Fastenbrechen auf der Istiklal niedersetzten. Diese Erzählungen spielen auf mehrerlei Entwicklungen an:

– Menschen sind sich jenseits ihrer üblichen Wir-Gruppen begegnet und haben ihre Politisierung gleichzeitig als Horizonterweiterung erlebt, indem sie ungeahnte positive Erfahrungen mit völlig anderen Menschen machten.

– Die klassische Parteipolitik der Old-School-Linken konnte sich gegenüber neuen und fluiden Organisationsformen nicht durchsetzen.

– Teile der alten Elite haben sich radikalisiert, so dass etwa teure Hotels, Privatuniversitäten oder kapitalstarke Medien den Protestierenden konkrete Unterstützung zukommen ließen.

Viele junge Menschen, die sich bisher überhaupt nicht politisch verortet hatten, wurden praktisch über Nacht auf die Straße geworfen. Ece Temelkuran berichtet von einem jungen Mann, der allein auf den Taksim-Platz gekommen war und den ersten Tag seines politischen Lebens mit Wasserwerfern und Gaskanistern verlebte. Er zeigte während einer Straßenschlacht mit dem Arm in Richtung Tarlabaşı *[benachbartes Sanierungsviertel]* und rief: Wo bleiben sie denn? Laut Temelkuran hatte er eine vage Vorstellung davon, dass dort Kurd*innen lebten und dass sie das Blatt zugunsten der Protestierenden wenden könnten. Für ihn seien die Kurd*innen Istanbuls plötzlich zu einer Art rettender Kavallerie geworden. In der Erwartung, dass sie viel stärker, widerständiger, politisierter, organisierter, mutiger und konfrontationsbereiter seien als man selbst, steckt eine Form von Exotisierung und Orientalismus. Diese Geste, die im Augenblick der Straßenschlacht Solidarität einfordert, affirmiert noch den Blick vom selbst ernannten Zentrum auf

die Peripherie und weist schon darauf hin, dass diese Solidaritätserwartung vor allem in eine Richtung funktioniert.

Wenn der Mann aus Temelkurans Anekdote für eine Generation – die sogenannte Generation Gezi – steht, dann stand er vor einer Weggabelung: Würde die Empathie siegen oder das Ressentiment? Würde er verstehen, dass Kurd*innen über vierzig Jahre lang ein Vielfaches an Gewalt und Repression erlebt hatten und kaum darüber gesprochen, geschrieben, protestiert wurde? Wenn er jetzt von höchster Stelle als çapulcu *[in etwa: Plünderer/Lump]* oder Terrorist gelabelt wurde, bloß weil er sich von der Polizeigewalt nicht einschüchtern lassen wollte, würde er dann den Schluss wagen, dass die Kurd*innen, die seit Republikgründung so bezeichnet werden, eben auch keine Verbrecher*innen sind, sondern im Recht?

Oder würde er schmollen, dass sie jetzt, wo man sie mal braucht, ausgerechnet mit der AKP einen Frieden aushandeln wollen? Würde er sich bestätigt finden, dass diese so anderen Menschen ihr eigenes Ding machen, dem nicht so recht zu trauen ist? In den sozialen Medien und in persönlichen Gesprächen konnte man beide Tendenzen mitverfolgen. Oft blieben Menschen hin und her gerissen zwischen diesen beiden Perspektiven.

In jedem Fall hat Gezi ein weitverbreitetes Misstrauen gegenüber den staatstragenden Medien und eine große Offenheit für alternative Kanäle und soziale Medien gefördert. Dies wiederum hat dazu beigetragen, dass die Nachrichten über die Revolution von Kobanê und den unerwartet kraftvollen, erfolgreichen Widerstand gegen den IS auch in der Türkei große Verbreitung finden konnten. Auch die radikalisierten Teile der alten Elite spielen hier eine wichtige Rolle: Die Cumhuriyet beispielsweise, einst das Hausblatt der Kemalist*innen, berichtet überwiegend positiv über den kurdischen Widerstand in Rojava und die Demokratische Partei der Völker (HDP). Ihr Chefredakteur Can Dündar sitzt eine hohe Haftstrafe ab, weil er Material veröffentlichte, das Waffenlieferungen der Regierung an syrische Islamist*innen dokumentiert.

Somit konnte ein zunehmender Teil der Bevölkerung den IS mit der Erdoğan-AKP identifizieren und den Widerstand der YPG *[der Volksverteidigungseinheiten in Rojava]* als einen Kampf erkennen, der im eigenen Interesse liegt. Das progressive System von Kobanê mit seiner Geschlechtergleichheit und der diskriminierungsfreien Beteiligung aller religiösen und sprachlichen Bevölkerungsgruppen hatte und hat eine große Strahlkraft. Die jungen Menschen, die im Juli 2015 dem barbarischen Bombenattentat von Pîrsûs (Suruç) zum Opfer fielen, wollten beim Aufbau und bei der zivilen Verteidigung der Errungenschaften mithelfen. Dass ausgerechnet diese Menschen von einer Bombe erwischt wurden, die ohne das Wissen der türkischen Sicherheitsdienste nie hätte explodieren können, sagt viel über das Profil des Staatsterrorismus aus.



#BakurRevolt veröffentlicht auf Twitter regelmäßig in Türkisch und Englisch die Menschenrechtsverstöße des AKP-Regimes

Ein anderer Versuch, die Ansätze von Rojava – und letztlich die Konzepte Abdullah Öcalans für demokratischen Konföderalismus – mit friedlichen und legalen Mitteln in der gesamten Türkei umzusetzen, war die türkeiweite Bewegung für Demokratisierung und Dezentralisierung, die mit dem Projekt HDP verbunden wird. Auch dieses Projekt hat bei vielen Menschen in der Westtürkei großen Anklang gefunden, so dass der Wahlerfolg vom Juni 2015 mit 13,7 % der Stimmen und 80 Sitzen im Parlament zu Recht als ein Festtag

für die gemeinsame Hoffnung von Kurd*innen, Türk*innen, Roma, Griech*innen und Armenier*innen gefeiert wurde. Diese Euphorie wurde mit dem Anschlag von Pîrsûs/Suruç gedämpft. Mit dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Arbeiter*innenpartei Kurdistan und der Republik Türkei hat die Gewalt gegen Zivilpersonen alptraumhafte Dimensionen angenommen. Damit sind Attraktivität und Machbarkeit des HDP-Projektes drastisch gesunken. Viele junge Kurd*innen sind von Wut, Enttäuschung und dem Wunsch nach Vergeltung getrieben. Für sie scheint die erste Reaktion zu sein, die Errungenschaften von Rojava mit der Besetzung und bewaffneten Verteidigung von autonomen Zonen in urbanen Kerngebieten des kurdischen Widerstands durchsetzen zu wollen.

Auch Menschen, die dieses Vorgehen völlig falsch finden, sind entsetzt über die enthemmte *[staatliche]* Gewalt gegen Zivilist*innen und Kombattant*innen. Aber der Aufschrei, ja der Aufstand, bleibt aus, obwohl die Informationen durchaus verfügbar und die Rezipient*innen sensibilisiert sind. Für die Konfliktforschung ist diese Situation nicht neu. Idelber Avelar kommt in seiner Arbeit zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Lateinamerika zu einem ähnlichen Ergebnis wie Marc Nichanian in seiner Arbeit zum Genozid an den Armenier*innen: Staatliche Gewaltakte dieser Art richten sich immer auch auf eine Beseitigung von Zeug*innenschaft. Die türkische Konfliktforscherin Özgür Sevgi Göral stellt fest: »Da systematische staatliche Gewaltpraktiken zugleich den/die Zeug*in oder eine potenzielle Zeug*innenschaft zerstören, handelt es sich um Praktiken, über die zu sprechen beinahe aussichtslos und die wiedergutzumachen schlechthin unmöglich scheint.« Diese Beseitigung von Zeug*innenschaft – für die die Bombenattentate von Pîrsûs/Suruç und Ankara als grauenerregende Beispiele dienen – ist als Teil der türkischen Kriegführungsstrategien von 1980 bis heute besonders effektiv und bewusst durchgeführt worden. Sie wirkt nachhaltig auf die Generation Gezi – das heißt auf diejenigen, die unserem Raster nach:

– überwiegend frisch politisiert sind und vor 2013 keine oder kaum biographische Erfahrungen mit staatlicher Gewalt gemacht haben;

– ohne großes Hintergrundwissen und Zugänge zu (mündlich oder schriftlich) tradiertem Erfahrungs- und Bewegungswissen in den Raum der Protestpolitik eingetreten sind;

– die unerwartet hohe Eskalationsstufe von Gewalt seit Juli 2015 aus ihren eigenen Erfahrungen heraus schlicht nicht einzuordnen wissen.

Die Strategie wirkt in zweierlei Hinsicht:

(1) Durch die Beseitigung von Zeug*innenschaft in der Vergangenheit sind sie in dem Glauben aufgewachsen, dass da entweder gar nichts passiert sei oder es sie nichts angehe, und

(2) durch die sehr offensive Beseitigung von Zeug*innenschaft in der Jetztzeit empfangen sie die Botschaft, dass sie an dem Punkt, an dem sie sich selbst für eine Zeug*innenschaft der Verbrechen gegen die Menschlichkeit entscheiden, eben auch beseitigt werden.

Dabei funktioniert die Beseitigung der Zeug*innenschaft nicht nur durch Bomben. Als Ayşe Çelik, eine Lehrerin aus Amed/Diyarbakır, im Januar 2016 bei der beliebten Fernsehshow Beyaz anruft und die schreckliche Situation in der Stadt schildert, wird ihr Appell, dass keine Kinder mehr sterben dürfen, nicht nur als Terrorpropaganda gewertet und sie verfolgt. Vielmehr wird der Moderator Beyazit massiv unter Druck gesetzt und kann seine Karriere nur fortsetzen, indem er eine winselnde Distanzierung veröffentlicht. Seine Schuld war es, sie nicht niedergeschrien oder zensiert zu haben. Vielleicht ist es weniger der Hass, der auf den Moderator niederprasselte, als vielmehr seine charakterlose Reuebekundung, die politisch denkende Menschen vor die schwerwiegende Frage stellt, ob sie mutig und stark genug sind, um sich für eine Zeug*innenschaft zu entscheiden.

Die rund 2 200 Akademiker*innen, die in einer Unterschriftenkampagne für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch und ein Ende des Staatsterrors eingetreten sind, müssen trotz Solidarisierung durch viele andere Berufsgruppen mit Entlassungen, Verhaftungen und Lynchkampagnen umgehen – nicht zuletzt durch den Mafia-Paten Sedat Peker, der ausrief, er werde in ihrem Blut baden. Murat Özbank, einer der Unterzeichner, interpretiert die Repressalien gegen die gemeinschaftlich vorgehenden Akademiker*innen als Mittel zur Gleichschaltung (er benutzt den deutschen Begriff). Wo Gleichschaltung gelingt, ist der Preis für jede Form von Dissidenz potenziell der Tod; zumindest der Tod als bürgerliches Subjekt, das einem zivilen Leben nachgehen kann. In anderen Worten: Nur sehr viel Zivilcourage kann jetzt noch abwenden, dass das Leben auch für privilegierte, türkische Bildungsbürger*innen zu der gleichen Hölle wird, aus der die Kurd*innen sich zu befreien versuchen. Die Revolution von Rojava steht für beide Bevölkerungsgruppen als eine Heterotopie am Horizont, die aus den desillusionierenden Erfahrungen der letzten Jahre eine gemeinsame Perspektive formen kann. Die Erfolgschancen stehen nicht gut, aber das war ja für Kobanê ursprünglich auch nicht anders gewesen. ♦

Zum 17. Jahrestag der Entführung Abdullah Öcalans

Die Isolation von Imralı durchbrechen ...

Asrın Hukuk Bürosu, Rechtsanwaltsbüro

»... Der erste Nagel wurde in Moskau angesetzt; ich habe die Eiseskälte des Verrats erlebt. Der zweite Nagel kam in Rom hinzu; ich habe den spitzfindigen Machenschaften des Kapitalismus gegenüber die Würde nicht aufgegeben. Der dritte Nagel wurde in Athen eingeschlagen; durch den Verrat einer unvergleichlichen Freundschaft hat meine Stimme versagt, war ich gelähmt! Der vierte Nagel kam in Nairobi hinzu; ich wurde an die Türkei, die mit der Todesstrafe nach mir gefahndet hat, ausgeliefert. Als Resultat des ›Çar-mîx-*[Vier-Nägel-]*Komplotts‹ wurde ich in das Ein-Personen-Gefängnis der Insel Imralı im Marmara-Meer – das Grab des Hades – gesteckt und in die Erwartung der Kreuzigung *[Todesstrafe]* versetzt ...« (Abdullah Öcalan)

Das »Komplott der vier Nägel« war der Beginn von allem. Im Kurdischen bedeutet »çar mîx« »vier Nägel« und deutet auf die Stationen Abdullah Öcalans während des internationalen Komplotts sowie den schmutzigen Handel an diesen Stationen hin. Die Ereignisse an den vier Stationen Moskau, Rom, Athen und Nairobi in den vier Monaten vom 9. Oktober 1998 bis zum 15. Februar 1999 sind durch die von den USA angeführte NATO-Operation gestaltet worden. Jede dieser vier Stationen kommt für Öcalan einem an die Felsenriffe von Imralı geschlagenen Nagel gleich. Öcalan, der diese seine Tragödie und die des Volkes als Kreuzigung des modernen Rom bewertet, ist – wie im Falle des mythischen Helden Prometheus, der das Feuer aus den Fesseln der Götter befreite und dem Volk schenkte – seit 17 Jahren durch die Götter des kapitalistischen Systems an den Felsen von Imralı gekettet.

Auch wenn wir es historisch-mythologisch zum Ausdruck bringen, wird jede Herangehensweise ohne Berücksichtigung der Hintergründe die seit 17 Jahren andauernde Isolation von Imralı nicht interpretieren können und verfehlen. In seinem fast fünfzigjährigen politischen Wirken kämpft Öcalan darum, das kurdische Volk, dessen Identitäts-, kulturelle, soziale, politische, ökonomische und ästhetische Werte verleugnet wurden, erneut mit diesen Werten zusammenzuführen. Doch im Gegensatz zu zahlreichen Leitfiguren aus Geschichte und Gegenwart gründete und gründet er seinen Kampf auf die pluralistisch-demokratische Einheit der Völker. Denn Öcalans Dialektik manifestiert sich auf dem Grundsatz: »Eine Demokratisierung des kurdischen Volkes bedeutet eine Demokratisierung von Türken, Arabern, Persern, Assyrern, Armeniern, Tschetschenen, Turkmenen, Israelis.« Damit grenzt er sich auch deutlich von den Führungspersönlichkeiten ab, die im Verlauf ihrer Entwicklung eingeengt, totalitär, diktatorisch und faschistisch werden. Trotz des Wunsches der kapitalistischen Hegemonie, Öcalan möge ihrer Politik dienen, widmet er sich den vom kapitalistischen Radius ausgegrenzten und geschwächten Völkern, Glaubensgemeinschaften, dem weiblichen Geschlecht, den arbeitenden Klassen und der Natur. Aus diesem Grund wird der Fluch von Imralı fortgesetzt.

In diesem Monat wird der Todeskorridor von Imralı sein 18. Jahr erreichen; ein Labyrinth, das vom ersten Tag an stets auf Öcalan persönlich abgestimmt war und in dem ein gnadenloser politisch-psychologischer Krieg geführt wird. Die vom ersten Tag an mitten im Marmara-Meer geschaffene Isolationssituation, die darauf abzielt, ihn in absoluter Einsamkeit festzusetzen, besteht auch heute noch. Das Recht auf Besuche von Anwälten, Familie und anderen Besuchern, Kommunikation per Telefon oder Post, Informationsgewinnung durch Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen wurden im Verlauf teilweise oder, so wie in den letzten zehn Monaten, komplett eingeschränkt. Dazu gehören auch die Zwangsrasur der Haare, die Todesdrohungen, ständiges lautes Öffnen und Schließen der Türen, die Inhaftierung in einer 10 qm kleinen Zelle mit einem Minifenster, die dutzenden Bunkerstrafen und physisch-psychologische Strafen wie die, über zehn Jahre lang Einzelhäftling auf der Insel zu sein.

Die einer Entführung gleichende jüngste Zwangsverlegung am 15. März 2015 von zwei der fünf Häftlinge, die als beratender Beirat in der Dialogphase auf die Insel gebracht worden waren, zeigt, dass sämtliche Vorgehensweisen gegen Herrn Öcalan im Sinne des Komplotts fortgeführt werden. Seine Ablehnung der Nahostpolitik des Dreiergespanns USA-Großbritannien-Israel in den 1990er Jahren, womit er zum »störenden Akteur« geworden war, fand ihr Ende mit dem Komplott vom 15. Februar. Mit seinem Ziel eines »demokratischen Kurdistan und Nahen Ostens sowie einer demokratischen Zivilisation« hat er in den 2000ern die Liquidation ins Leere laufen lassen. Sein demokratisch-freiheitlich-konstruktiver Führungsstil hat bei den Verantwortlichen des Komplotts Ängste generiert und zu der Totalisolation geführt.

Die Deskription dieser »Totalisolation« über die historischen und aktuellen Hintergründe vorzunehmen und den politisch-juristischen Kampf hierauf zu gründen, scheint am ehesten geeignet. Die globalen Akteure des Komplotts waren bisher trotz zahlreicher Bemühungen keinen juristischen Konsequenzen ausgesetzt. Genau diese aber würden auch die Illegalität des seit der rechtswidrigen Verschleppung bestehenden Regiments von Imralı bestätigen. Das Verfahren Öcalan/Griechenland, das am 22. Februar in Athen fortgeführt wird, ist ein wichtiges Medium, um die internationale Rechtlosigkeit des Komplotts offenzulegen. Aus diesem Grund möchten wir uns vor dem 22. Februar mit dem Aufruf Öcalans von 2003 in Imralı an die Verfahrensleitung wenden:

»Die griechischen Richter und Staatsanwälte sollten ihrer Pflicht nachkommen, die an dem Komplott beteiligten Schuldigen vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Sollten sie dies nicht tun, werden sie, wie auch die regierende Elite, die Sokrates ihrer Interessen wegen dem Tode überließ, als ›verdammte Richter und Staatsanwälte‹ in die Geschichte eingehen und sich nicht davon befreien können, zu einem Instrument des Komplotts geworden zu sein.«

Die Offenlegung und Quittierung dieser internationalen Beziehungen wird auch dem Sumpf ein Ende bereiten. Mit der Aussage »Ich bin ein Gefangener des internationalen Komplotts« weist Öcalan auf diese Realität hin. Das Komplott und die Totalisolation als Ausdruck internationaler Angriffe können nur über diese Art der Deutung überwunden werden. Die Isolation von Imralı zu durchbrechen, bedeutet gleichzeitig auch, den Angriffen auf kurdische Städte ein Ende zu setzen. Öcalan zeigt Wege auf, diese sozialen, politischen und militärischen Angriffe zu überwinden:

»Die gänzliche Vereitelung des internationalen Komplotts hängt vom Erfolg der Etablierung eines Systems der demokratischen Moderne sowie der Bemühungen für Frieden und eine demokratische Lösung ab. Es gilt weiterhin als Aufgabe für die Völker und alle verantwortlichen Kräfte, dieses Komplott, das alle Verräter und Kollaborateure des 20. Jahrhunderts unter dem höchsten imperialistischen Willen vereint, zu einem historischen Frieden in Anatolien und Mesopotamien zu transformieren. Das Wahrnehmen dieser Aufgabe ist auch der Weg des gewünschten würdevollen Friedens, der Geschwisterlichkeit, Freiheit und Gleichberechtigung ...« ♦



Verleihung der Ehrenbürgerschaft Palermos

Abdullah Öcalan – Bürger der Friedensinsel Sizilien

Asrın Hukuk Bürosu, Rechtsanwaltsbüro

Die Isolation Abdullah Öcalans wird mit den Lügen und Spekulationen des Systems entschlossen fortgeführt. Daneben werden, parallel zu dieser Isolation, die Siedlungsgebiete des kurdischen Volkes und die Sphären der Selbstverwaltung einer Vernichtungspolitik unterzogen, die in Kenntnis des Rests der Welt stattfindet. Es wird nicht möglich sein, diese beiden Ereignisse getrennt voneinander zu betrachten. Eine Isolation Öcalans kommt ohnehin einer Kriegserklärung gleich und bezweckt das Auslöschen der Forderungen nach Frieden und Rechten, die Öcalan mit seinen Gedanken geformt hat; dieser Krieg entbehrt jeglicher menschlich-moralischer Wertmaßstäbe.

Gegen die fantasierte Welt von AKP und IS, die Akteure derselben strategischen Achse sind, tritt durch die politische Wahl des kurdischen Volkes genau in den Domänen dieser hegemonialen Akteure ein alternativer Widerstand und Lebensruf zutage. Den Widerstand des kurdischen Volkes einer Isolation auszusetzen und es zu unterdrücken bedeutet, die Angelegenheit dem begrenzten Kalkül der Staatsinteressen zu überlassen, sowie die Auflösung eines fundamentalen Lebensprojektes, das dieser finsteren Koalition im Wege steht.

Aus diesem Grund finden Öcalans Ideen, die Entstehungskraft für diesen neuen Lebensruf sind, und das durch ihn gewobene Widerstandsnetz anders als gestern noch einen deutlich breiteren Wirkungsradius. Die Öcalan in Palermo am 14. Dezember stellvertretend für das kurdische Volk verliehene Ehrenbürgerschaft ist ein junges Beispiel der neuen Annäherung.

Für die Zeit vor der Verleihung des Preises in Palermo war ein zweitägiges Programm vorbereitet worden, um eine dreitägige »Begegnung« mit Öcalan und dem kurdischen Volk zu ermöglichen. Am ersten Tag wurde auf einer Demonstration, die ausschließlich mit lokalen Mitteln organisiert und von den Symbolen Dutzender zivilgesellschaftlicher Organisationen begleitet wurde und an der rund tausend Menschen teilnahmen, der »Terrorismus«-Vorwurf gegen das kurdische Volk zurückgewiesen. Trotz anfänglicher Sicherheitsbedenken der Verwaltung und ihres Beharrens darauf wurde die Demonstration zu Ende geführt. Die durchlaufenen Straßen waren ohnehin ausnahmslos mit Öcalan-Fotos und Transparenten mit der Einladung zum dreitägigen Programm gefüllt. In all der Zeit wurde nicht ein einziges Bild beschädigt.

Am zweiten Tag wurde ein Sitzungssaal der Gemeinde für ein Seminar für die Bevölkerung genutzt, er war voll besetzt. Im Vorfeld hatten wir uns mit einigen Freundinnen und Freunden unterhalten, die diese Arbeiten realisiert haben. Sie erklärten, dass sie in ganz Italien 21 Komitees gebildet hätten und diese Art Tätigkeiten überall vorantreiben wollten. Die durch den Widerstand Kobanês entstandene Bindung ist bereits bekannt *[Palermo ist Schwesterstadt Kobanês; d. Red.]*. Sie haben Projekte in dieser Hinsicht. Sie planen einige Orte eigens für Frauen, Gesundheitszentren und die Eröffnung einer Gramsci-Schule *[nach Antonio Gramsci; d. Red.]*.

Das Wichtigste ist, dass sie gegen die Verunglimpfung des gerechten Widerstands Öcalans und des kurdischen Volkes durch die Bezeichnung als »Terrorismus« kämpfen. Sie wollen, dass Öcalan erscheint und verstanden wird, wie er tatsächlich ist. Diese Herangehensweise war im Grunde bereits der Anlass für die Kampagne. Sie waren sich dessen bewusst, welche Herausforderung dieser Vorstoß mit sich bringen würde. Schließlich erhöhte sich der Druck auf den Bürgermeister mit jedem Tag, mit dem die Preisverleihung nahte. Alle Aktivisten waren besorgt und diskutierten über die Repression und ihre Möglichkeiten dagegen. Der Druck geht vor allem von der Regierung aus, die in letzter Zeit intensive wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei eingeht. Wir betonten vehement, dass trotz aller möglichen Ausgänge aus dieser Situation zumindest ein Herzensbund entstanden sei. Das zu überreichende Dokument sollte dessen Form darstellen. Doch die Mühe unserer Freundinnen und Freunde zahlte sich aus, sodass die Zeremonie am nächsten Tag ohne jegliche Hindernisse realisiert wird.

Während der Preisverleihung wird die Auszeichnung so begründet: »In der Person Abdullah Öcalans an den Widerstand Kobanês, an die in Kurdistan Widerstand leistenden Frauen und Männer und an diejenigen, die sich auf das Paradigma des Widerstands, d. h. auf den Demokratischen Konföderalismus beziehen.« Während der Bürgermeister den Preis übergibt: »Staaten und Systeme können Öcalan und die PKK als Terroristen sehen, wir als Volk und regionale Kräfte sehen ihn als Boten des Friedens. Dieser Preis ist Ausdruck dessen.«

Ein Mitglied der Kommunalverwaltung erklärt mit Bezug auf den Widerstand: »Dies ist die Anerkennung des kurdischen Volkes durch seinen Repräsentanten Abdullah Öcalan, es ist die Solidarität mit einem Volk, das gegen die Expansion des IS und gegen den Terrorismus um seine Selbstverwaltung kämpft.«

Am Tag vorher hatte ein Vertreter der palästinensischen Gemeinschaft die Phase der Aufteilung Kurdistans erläutert, die erlebte Tragödie wurde zur Sprache gebracht. Weder der Freiheitskampf noch dessen Führung könnte als Terrorismus bezeichnet werden. »Der Widerstand des palästinensischen und des kurdischen Volkes haben die gleiche Wurzel«, betonte er. Einer derjenigen, die sich am meisten um die Auszeichnung Öcalans bemüht hatten, war entsprechend ein Palästinenser.

In diesen drei Tagen war unsere grundlegende Beobachtung, dass die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Öcalan nicht nur eine Entscheidung des Bürgermeisters und des Parlaments war, sondern gleichzeitig den Willen der gesamten Bevölkerung Palermos widerspiegelte. Wären die Anwohner und die zivilgesellschaftlichen Organisationen mit ihrer Unterstützung nicht derart entschlossen gegen die Repressionen aufgetreten, hätte der Ausgang ein anderer sein können. Schließlich wurde Öcalan mit dieser mutigen und kollektiven Haltung als Repräsentant eines Volkes, das gegen den »Terrorismus« kämpft, und als Verfechter des Friedens der Auszeichnung für würdig befunden. Das als Mittelmeer-Friedensstadt bekannte Palermo geht mit einem Wegbereiter des Friedens im Mittleren Osten, der für die Geschwisterlichkeit der Völker die größten Anstrengungen und den größten Widerstand leistet, die Partnerschaft im Bund der Mitbürgerschaft ein.

Eine Beobachtung, die wir besonders hervorheben möchten: Es war keine bloße Solidaritätsbekundung mit Öcalan und dem kurdischen Volk, sondern gleichzeitig die *[bewusste]* Wahl der Herstellung einer ideellen und paradigmatischen Beziehung. Sie waren bemüht, durch die Beschäftigung mit den ins Italienische übersetzten, verbreiteten Büchern und Broschüren Öcalans eine tiefgründigere Brücke zu errichten. Einer der Journalisten äußerte sein Empfinden damit: »Wir sind die Kurden dieses Landes, unsere Organisierung und unsere Revolution sind jedoch nicht auf eurem Niveau«, ein anderer: »Welche Lösung können wir im Lichte von Öcalans Paradigma für die erlebte Krise finden?« Im Kern waren die Lesung der Bücher und die Diskussion des Paradigmas Öcalans ein Gruß Gramscis an ihn.

In einer Phase, in der Abdullah Öcalan und die mit seiner Philosophie gespannten Netze der Sphären freien Lebens isoliert und unter Druck gesetzt werden, war dies die Botschaft: Dass die Haltung, die Ideen, die Philosophie und der Widerstand Palermos nicht isoliert werden können, dass es mit allen unterdrückten Völkern verbunden sein wird und der Ruf nach dem neuen Leben trotz aller Fürchterlichkeit die Finsternis erhellen wird. Dies war die Hoffnung, die von der Friedensinsel Palermo aus auf der Insel Imralı gesehen wurde. ♦



Die Entwicklung des kurdischen Freiheitskampfes und die globale Demokratiebewegung

Ein Kampf für eine demokratische Lösung

Duran Kalkan, Mitglied des PKK-Exekutivrats, 27. Januar 2016

In den letzten Jahren wurde die kurdische Freiheitsbewegung sowohl durch die Verbreitung der von Abdullah Öcalan entwickelten Theorie der Demokratischen Moderne als auch durch den heldenhaften Widerstand des kurdischen Volkes gegen den AKP-IS-Faschismus zu einer international noch bekannteren und breiter diskutierten revolutionären Bewegung. Vor allem die emotionale und geistige Entwicklung der kurdischen Jugend und Frauen erregt große Aufmerksamkeit.

Diese Tatsache weist einerseits den globalen revolutionär-demokratischen Bewegungen als auch der kurdischen Befreiungsbewegung neue wichtige Aufgaben zu. Während auf internationaler Ebene revolutionär-demokratische Bewegungen dabei sind, die Kurd*innen, Kurdistan und die kurdische Befreiungsbewegung anzuerkennen und den heldenhaften Kampf gegen den Faschismus des 21. Jahrhunderts zu unterstützen, muss sich die kurdische Befreiungsbewegung der Aufgabe stellen, sich selbst im globalen Kontext bekanntzumachen und mit den revolutionär-demokratischen Bewegungen viel mehr Zusammenarbeit und Solidarität zu entwickeln. Das wird auch einen bedeutenden Beitrag zum Werdegang der globalen demokratischen Bewegung leisten.

Bekanntlich führt die kurdische Befreiungsbewegung momentan einen Kampf für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage, die wohl das schwierigste und komplexeste Problem des letzten Jahrhunderts darstellt. Was aber als kurdisches Problem präsentiert wird, ist eigentlich die Tatsache, dass sie einen Kampf gegen die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik führt, um das Regime kulturellen Genozids zu überwinden, als ein Volk mit eigener Sprache, Kultur und Geschichte einem freien Leben den Weg zu ebnen, das zerstreute Volk zu organisieren und das geteilte Land wieder zu vereinen, mit allen benachbarten Völkern im Mittleren Osten eine demokratische Einheit und Geschwisterlichkeit aufzubauen und die Möglichkeiten eines freien Lebens mit ihnen zu ergreifen.

In diese Lage wurden die Kurd*innen im Ersten Weltkrieg und in der Zeit danach gebracht. Der Prozess, der Kurdistan teilte und einem Genozid aussetzte, hatte mit dem sich bald zum 100. Mal jährenden Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 begonnen und sich im Rahmen des Ankara-Vertrags vom Juni 1926 institutionalisiert. Während das Sykes-Picot-Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland vereinbart wurde, wurde der Vertrag von Ankara zwischen Großbritannien und der Türkei geschlossen. Auch Deutschland, als eine Partei des Krieges, und die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Führungsrolle für das System übernahmen, tragen in gleicher Weise Verantwortung.

Bei genauerer Betrachtung ist das sogenannte »kurdische Problem« eigentlich ein vom globalen hegemonialen kapitalistischen System geschaffenes und aufrechterhaltenes Problem. Ohne Zweifel spielen der türkische und der iranische Nationalstaat bei der Fortführung dieses Problems eine bedeutsame Rolle. Eigentlich liegt das heutige Chaos des Mittleren Ostens in der kurdischen Frage begründet. Es ist hinzuzufügen, dass neben dem Genozid, zuvor an Armenier*innen und Suryoye und heute an den Kurd*innen, auch die arabische Gesellschaft auf eine Gesellschaft zweiter Klasse reduziert wird.

Heute führen sowohl Kurd*innen als auch Araber*innen einen Befreiungskampf gegen die im Ersten Weltkrieg geschaffene Ordnung. Eigentlich stehen sie schon ein Jahrhundert lang in diesem Kampf und haben sehr große Opfer gebracht. Wie sich in Kurdistan und in der arabischen Welt zeigt, müssen sie heute einen noch höheren Preis zahlen. Die kurdische Freiheitsbewegung PKK ist der letzte Schritt in dieser Widerstandsphase.

Die kurdische Frage, die die kurdische Bewegung zu lösen versucht, hat offensichtlich ein globales Ausmaß. Folglich weitet sich jedes Bestreben für eine Lösung notwendigerweise auf eine globale Ebene aus. Genau daraus gehen der globale Charakter der kurdischen Freiheitsbewegung und die Notwendigkeit einer Beziehung und Zusammenarbeit mit der globalen demokratischen Bewegung hervor. Wenn sich diese Realität

mit einem solidarischen, demokratisch-sozialistischen Verständnis vereinigt, ergibt sich das heutige Bild.

An dieser Stelle muss betont und verstanden werden, dass die PKK nicht von Beginn an so war. Am Anfang stand der nationale Charakter im Vordergrund und es wurde angestrebt, das international Gegebene auf das Nationale anzuwenden. So waren die erste und die zweite Parteiphase der PKK, die wir als Gründungs- und Bewaffnungsphase bezeichnen. Der Führungscharakter der dritten Phase, der den Prozess des Aufbaus der demokratischen Nation darstellt, ist eher global. Hier geht es umgekehrt darum, das national Gegebene zu analysieren und es in einen globalen Kontext zu übertragen. Folglich können wir sagen, dass sich die kurdische Befreiungsbewegung momentan in einer Globalisierungsphase befindet.

Zweifellos sind hier eine Mentalität, ein theoretisches Verständnis und eine ideologisch-politische Richtung von Bedeutung. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan, der das, was wir von den Kämpfen unterdrückter Völker lernen können, auf Kurdistan übertrug und die revolutionäre Praxis in Kurdistan analysierte, hat es geschafft, mit der Theorie der »Demokratischen Moderne« heute im internationalen Kontext allen Unterdrückten und Völkern eine Perspektive für Freiheit aufzuzeigen. Diese wird charakterisiert durch eine soziale Wirtschaft, Frauenbefreiung und gesellschaftliche Ökologie, auf denen der Aufbau der demokratischen Nation beruht.

Das globale kapitalistische System als hegemoniale Macht konnte das selbst erschaffene kurdische Problem nicht lösen und wird es wohl auch in naher Zukunft nicht können. Das hebt auch die Bedeutung einer demokratischen Lösung und die Rolle der globalen demokratischen Bewegung hervor. Es ist klar, dass die Probleme, die vom kapitalistischen System selbst geschaffen wurden und nicht gelöst werden können, nur mit globaler Demokratie gelöst werden können.

Neben der globalen Eigenschaft, die aus dem Wesen der kurdischen Frage folgt, spielt auch die globale Eigenschaft des heutigen theoretischen Verständnisses und der ideologisch-politischen Linie des PKK-Vorsitzenden eine große Rolle. Deshalb müssen alle, die diese Theorie in die Praxis umsetzen wollen, auf globaler Ebene handeln. Denn diese Linie hat das grundlegende Ziel, im Rahmen des Globalen Demokratiekongresses den internationalen Demokratischen Konföderalismus aufzubauen. In diesem Zusammenhang zeigen sich der internationale Charakter der kurdischen Freiheitsbewegung und ihr Platz in der globalen Demokratiebewegung.

Gewiss kommt noch eine politische Dimension hinzu. Die politische Dimension der kurdischen Frage hat ein solches Ausmaß, dass ohne deren Lösung die Probleme des Mittleren Ostens und sogar der ganzen Welt langfristig fast schon nicht mehr gelöst werden können. Was wir heute in der Türkei, in Syrien und im Irak erleben, ist ein deutlicher Ausdruck dessen. Das jüngste Beispiel dafür ist die Genf-III-Konferenz, die zu einer Lösung des Krieges in Syrien führen soll. Offensichtlich muss alles mit der kurdischen Frage verknüpft werden; sie ist wie ein gordischer Knoten, der alle Probleme in sich versammelt. In diesem Sinne ist festzustellen, dass kein Problem langfristig und auf demokratischem Wege gelöst werden kann, bevor dieser gordische Knoten nicht durchschlagen ist.

Auch die jüngsten Geschehnisse in Syrien zeigen deutlich, dass kein Lösungsweg richtig und langfristig sein kann, der die demokratische Lösung der kurdischen Frage nicht mitdenkt. Es ist offensichtlich, dass das etatistische System nicht die Fähigkeit und Stärke besitzt, die selbst erzeugten Probleme zu lösen. Der nationalstaatliche Faschismus lässt dies nicht zu. Aus diesem Grund führt jedes Gefecht oder jeder Versuch einer Lösung innerhalb des herrschenden Systems, der die kurdische Frage nicht miteinbezieht, nur zu einer Vertiefung der Probleme und einem Festzurren des gordischen Knotens. Die ungelöste kurdische Frage bedeutet nicht nur gleichzeitig, dass die Probleme im Mittleren Osten nicht gelöst werden können, sondern verschließt auch weltweit die Möglichkeiten eines demokratischen Lösungsweges für die Menschheit.

Das globale kapitalistische System als hegemoniale Macht konnte das selbst erschaffene kurdische Problem nicht lösen und wird es wohl auch in naher Zukunft nicht können. Das hebt auch die Bedeutung einer demokratischen Lösung und die Rolle der globalen demokratischen Bewegung hervor. Es ist klar, dass die Probleme, die vom kapitalistischen System selbst geschaffen wurden und nicht gelöst werden können, nur mit globaler Demokratie gelöst werden können. So muss die globale Demokratiebewegung die kurdische Frage noch näher betrachten und eine Bewegung aufbauen, die sich an die Lösung der kurdischen Frage macht.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan bezeichnet diese Lösung als Lehre der Demokratischen Moderne, die durch Demokratische Autonomie und Demokratischen Konföderalis-

mus charakterisiert ist. So muss die globale Demokratiebewegung gegen die kapitalistische Moderne, die auf maximalem Profit, Industrialismus und Nationalstaat beruht, ihre eigene Demokratische Moderne auf der Basis einer ökologischen, ökonomischen und demokratisch-konföderalen Gesellschaft schaffen, um erfolgreich zu sein.

In deren Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Autonomie, gesellschaftliche Ökologie und die Befreiung der Frau. Eine solche Bewegung muss die Werte des Realsozialismus und der Anarchie, der ökologischen und feministischen Bewegungen miteinander vereinen und umsetzen. Mit der Vorreiterrolle der organisierten Frauen und der Jugend muss sie es schaffen, alle Arbeiter*innen zu mobilisieren. Auch alle ethnischen Bewegungen müssen in diesen demokratischen Wandel bringenden Kampf miteinbezogen werden.

Die heutige globale Demokratiebewegung ist ohne Orientierung und sehr zerstreut, obwohl sie großes Potenzial und die Fähigkeit zum Widerstand besitzt. Die Ausweglosigkeit des kapitalistischen etatistischen Systems heißt für sie, dass sie die einzige lösende Kraft ist. So muss sie sich reorganisieren und stärken, um die von ihr erwartete Rolle und Mission angemessen zu erfüllen. An genau diesem Punkt kann sie von der kurdischen Freiheitsbewegung sehr viel lernen. Um erfolgreich zu sein, muss auch diese Impulse geben und sich selbst mit der globalen Demokratiebewegung vervollständigen.

Als Orientierung soll das von Abdullah Öcalan entwickelte Modell der Demokratischen Moderne von allen Bewegungen diskutiert und bewertet werden. Natürlich sagen wir nicht, dass es einfach nur hingenommen werden soll, denn das wäre weder richtig noch notwendig. Unser Vorsitzender und Genosse Abdullah Öcalan stellt persönlich klar, dass er für jede konstruktive Kritik jederzeit offen ist. Die Lehre der Demokratischen Moderne kann zur globalen revolutionären Demokratiebewegung sehr viel beitragen.

Damit einhergehend kann der kurdische Freiheitskampf auch auf politischer und praktischer Ebene viel zur globalen Demokratiebewegung beisteuern. Die Solidarität im Kampf gegen den IS-Faschismus und die Aktivitäten am »Welt-Kobanê-Tag« am 1. November zeigen ihre Wirkung. Es hat sich gezeigt, dass eine globale demokratische Bewegung mit einem klaren Weg fähig ist, jede Art faschistischer Barbarei zu bekämpfen.

So ist es an der Zeit, dass gegen das etatistisch-kapitalistische System, das den nationalstaatlichen Faschismus nährt und die Ausweglosigkeit vertieft, eine globale Demokratiebewegung aufgebaut wird, die sich auf die Lösung der Demokratischen Moderne beruft und sie weiterentwickelt. Das ist der einzige Weg für die Rettung und Befreiung der Menschheit von den zerstörerischen Auswirkungen des dritten Weltkriegs und der Ausweglosigkeit der Menschen. ♦



Am Jahrestag der Entführung Öcalans blieben wie hier in Amed in vielen Städten die Läden geschlossen. Foto: DIHA

Der Kampf um ein freies Rojava

Zwischen Afrîn und Kobanê

Michael Knapp

Auch in europäischen Medien wird mittlerweile über die Bombardierung des Kantons Afrîn und von Stellungen des Verteidigungsbündnisses Demokratische Kräfte Syriens (QSD), an denen unter anderem Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), arabische Einheiten, ehemalige Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) wie auch assyrische und turkmenische Einheiten beteiligt sind, mit türkischer Artillerie berichtet. Aber auch die Stadt Afrîn wird vom türkischen Militär bombardiert. So schlugen am 18.02.2016 dreißig Mörsergranaten unter anderem im Stadtzentrum von Afrîn ein. Dabei wurden mindestens zwei Personen getötet.

Diese Entwicklung stellt kein Novum dar, das Regime der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) in der Türkei hat bisher alles in seiner Macht Stehende getan, um den Aufbau eines selbstverwalteten Rojavas im Kontext eines demokratisierten Syriens zu verhindern. Es soll hier nur auf die Versuche der Türkei hingewiesen werden, die Verbindung der Kantone Kobanê und Cizîrê mit allen Mitteln zu hintertreiben. Spätestens seit Oktober 2015 versucht die Türkei, einen NATO-Bündnisfall in der Region zu provozieren und damit die sogenannte Pufferzone, eine Besatzungszone, durchzusetzen. Eigentlicher Plan war, die Besatzungszone durch ganz Nordsyrien, Rojava, etwa auf der Höhe von Helep (Aleppo) zu ziehen; im Moment ist das Etappenziel der Türkei etwas bescheidener, es geht zunächst um die Besetzung des Korridors zwischen Afrîn und Kobanê. Der Bündnisfall soll durch verschiedene Provokationen durchgesetzt werden, so bombardiert und beschießt die Türkei seit Oktober 2015 YPG-/YPJ-Stellungen und zivile Ansiedlungen bei Kobanê (Ain al-Arab) und Girê Sipî (Tell Abyad). Es wird versucht, die Verteidigungseinheiten von Rojava zu einem grenzüberschreitenden Gegenschlag zu provozieren. Das ist dem türkischen Staat bisher nicht gelungen. Stattdessen zog er immer neue »rote Linien«, die er auch durch Bombardierung durchzusetzen suchte, wie z. B. die Überschreitung des Euphrat. So fanden insbesondere im Westteil des Kantons Kobanê Angriffe der Türkei zur Verteidigung der Hochburg des Islamischen Staates (IS) Cerablus (Dscharabulus) an der türkischen Grenze statt. Das Vorgehen der Türkei gegen die Selbstverwaltung soll immer wieder innen- wie außenpolitisch mit angeblichen ethnischen Säuberungen gegenüber Araber_innen und vor allem auch Turkmen_innen legitimiert werden. Günther Seufert von der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) stellte dazu gegenüber n-tv fest: »Ich denke, dass es Einzelfälle von Vertreibungen in Gemeinden, die mit dem IS zusammengearbeitet haben, gegeben hat. (…) Es handelt sich bei den bekannten Menschenrechtsverletzungen um ein Kriegsphänomen, aber keine Strategie der Kurden.« Weiterhin erwähnte er die enge Zusammenarbeit der Selbstverwaltung mit und ihre Offenheit für Menschenrechtsorganisationen.

Michael Knapp, Historiker und Aktivist des Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin, forscht zu Modellen radikaler Demokratie und sozialen Bewegungen.

Die Gründung des Bündnisses QSD spiegelt den nichtnationalistischen Ansatz der Revolution von Rojava wider, hier geht es um ein Bündnis aller in Syrien lebender Ethnizitäten, um einerseits den IS niederzuringen und andererseits Syrien zu demokratisieren und nicht um einen neuen Kleinstaat in der Region zu errichten.

Das Spielen der arabischen und turkmenischen Karten hat für die türkische Regierung entscheidende Bedeutung, denn die arabische Karte übernimmt im engen Bündnis mit Saudi-Arabien und Qatar, der sogenannten Islamischen Koalition »gegen den IS«, im Rahmen panislamischer Ideologie eine wichtige Funktion und stellt damit einen ideologischen Grundbaustein von Staatspräsident Erdoğans Neosmanismus dar. Die turkmenische Frage spielt in anderer Hinsicht eine wichtige Rolle, denn neben dem neosmanischen Panislamismus ist der an den deutschen biologistischen Rassismus angelehnte Turanismus eines der Grundideologeme des türkischen Staates. Der Turanismus steht im Kontext der positivistischen jungtürkischen Bewegung und wurde im Rahmen der »Verwissenschaftlichung« linguistischer Kategorien zu »Rassen« aus Europa über Finnland in das Osmanische Reich transportiert

und steht für ein mythologisiertes, turksprachiges »Großreich« von Finnland bis in die Mongolei, das wieder errichtet werden soll. Insofern ist insbesondere für die türkische extreme Rechte, die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und die Ülkü Ocakları (Idealisten-Zentren, »Graue Wölfe«), die turkmenische Frage ein entscheidender Mobilisierungspunkt und turkmenische Minderheiten, auch in Irak und Südkurdistan, stehen zur Durchsetzung eigener Machtansprüche weit oben auf der Agenda. So stationierte die türkische Armee mit Hilfe ihres Verbündeten, der südkurdischen/nordirakischen Regierung der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) mehr als 2000 Soldat_innen in der Nähe von Mûsil (Mossul), denen im Falle einer Befreiung Mûsils mit großer Sicherheit die Aufgabe zukommt, türkische regionale Interessen durchzusetzen. Aber auch gerade im Streifen zwischen Afrîn und Kobanê spielen turkmenische Milizen eine wichtige Rolle. Sie rekrutieren sich aus verschiedenen Quellen. In diesem Streifen gibt es etwa 150 turkmenische Dörfer. Wie viele davon noch bewohnt sind, lässt sich nicht feststellen. In diesen Gebieten, die vom IS und seinen wechselnden Allianzen mit anderen salafistischen Gruppen wie Dschabhat al-Nusra und Ahrar al-Scham, aber auch mit diesen kollaborierenden turkmenischen Milizen kontrolliert werden, wird das Schreckensbild der YPG/YPJ gezeichnet, das die türkische Regierung kolportiert. Die Menschen werden so zur Flucht oder zum Anschluss an die Milizen mobilisiert. Einen anderen wichtigen Faktor der Mobilisierung für die turkmenischen Milizen scheinen türkische Militärs und Rechtsextreme darzustellen. So stellte sich beispielsweise heraus, dass einer der Kommandant_innen einer turkmenischen Miliz, die einen der russischen Pilot_innen aus dem am 24.11.2015 abgeschossenen Flugzeug, der sich mit Fallschirm zu retten versuchte, erschoss und sich damit auf Video brüstete, ein Kader der rechtsextremen türkischen MHP, die in engem Zusammenhang mit türkischem Geheimdienst und Sicherheitskräften steht, aus Eleziz (Elazığ) war.[1]

Die Türkei versucht Fakten zu schaffen

Allein in der zweiten Februarwoche wurden nach Angaben von Reuters etwa 2000 »gemäßigte Oppositionelle« aus der Türkei schwer bewaffnet in die Region nach Azaz geschickt. Unter diesen befinden sich nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte immer wieder auch türkische Soldat_innen. So hätten beispielsweise am 15.02. bei Atme über 350 türkische Soldat_innen mit großen Mengen Material die Grenze in Richtung Aleppo übertreten. Das Gebiet, in dem sie sich damit bewegen müssten, also die Region um Idlib, steht unter der Kontrolle von Ceyîş al-Fatah, einem Bündnis, dem unter anderem die Al-Qaida affiliierten Ahrar Al-Scham und Dschabhat al-Nusra angehören.[2] Interessant ist, dass am 14.02. eine Befreiung von Atme durch die QSD angekündigt worden war, was einen präventiven Charakter der türkischen Operation unterstreichen würde. Diese Berichte scheinen sich in ihren Aussagen auf Reuters zu stützen. In Afrîn dringen immer wieder türkische Soldat_innen über die Grenze vor, stecken Felder und Bäume in Brand, um die Kontrolle über den Grenzstreifen auszubauen.

Auch auf der Seite von Kobanê kommt es zu schweren Auseinandersetzungen; neben Artilleriefeuer aus der Türkei schießt von Cerablus unter dem Schutz der türkischen Armeeeinheiten außerdem der IS Mörsergranaten über den Euphrat. Ebenso werden täglich Stellungen der YPG und QSD westlich von Kobanê in Girê Sipî unter Feuer genommen.

Aber nicht nur die Türkei versucht so schnell wie möglich in der Region Fakten zu schaffen. Während sie und die von ihr abhängigen »oppositionellen Gruppen« der Selbstverwaltung Kollaboration mit Russland und dem Assad-Regime vorwerfen, versucht dieses ebenfalls die Lücke zwischen Kobanê und Afrîn entsprechend den eigenen Interessen zu füllen. Hier stellt es einen interessanten Faktor dar, dass die QSD mit ihrem Vordringen von Afrîn in Richtung Osten einerseits einen Keil durch das Gebiet von mit der Türkei verbundenen Gruppen geschlagen, andererseits aber auch den Vormarsch des Regimes in diesem Bereich abgeschnitten haben. Dieses versucht, obwohl es im Rahmen von Vereinnahmungsversuchen immer wieder die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung proklamiert, insbesondere die Allianz der QSD durch sektiererische Politik und Angriffe auch auf YPG-Stellungen in Şexmesûd – Aleppo – zu schwächen. Es griff am 09.02. das von den YPG befreite Dorf Çetel Zaret mit Fassbomben an und gleichzeitig mehrere andere Dörfer in der Region Şêrewa mit Artillerie. Speziell der Weg zwischen Aleppo und Azaz soll nicht durch die QSD befreit werden.

In diesem Kontext ist auch eine Reihe mutmaßlicher Provokationen in Qamişlo (Al-Qamischli) und Tell Brak zu sehen. Dort zielten mutmaßliche IS-Kämpfer_innen bewusst auf die assyrische Gemeinde, und besonders in Qamişlo wurde das Attentat in einem von der Sootoro (Gozarto Protection Force, GPF, angeblich regimenah) und ihr nahestehenden Milizen kontrollierten Bereich verübt. Der syrischen Regierung nahestehende Quellen verbreiteten bald darauf, dieser Anschlag sei mit Rucksackbomben und damit nicht vom IS, sondern von den YPG verübt worden, um die Region zu »kurdisieren«. Das sind politisch gezielte Versuche nach klassischem Muster, verschiedene gesellschaftliche Identitäten gegeneinander auszuspielen und damit Herrschaft aufzubauen.

1 http://www.diken.com.tr/224587-2/

2 Die im Oktober 2015 gestreuten Austrittsgerüchte über Dschabhat al-Nusra scheinen sich nicht bestätigt zu haben.

Gebietsgewinne der demokratischen Kräfte

So findet im Moment nahezu ein Wettlauf um die Eroberung bzw. Befreiung des Streifens zwischen den Kantonen statt. Die QSD haben mit der Befreiung Teshrins und des Staudamms einen wichtigen Schritt getan, um den IS aus der Region zu vertreiben. Weiterhin haben ebenfalls unter dem Dach der QSD agierende arabische Ceyîş-El-Siwar-Einheiten den Ort Tel Rifît westlich von Afrîn befreit und sind in der Offensive Richtung Westen. Insbesondere Einheiten von Ceyîş El-Siwar wurden hier von der Türkei unter Feuer genommen, als sie die Al-Qaida-Gruppen Ahrar al-Scham und Dschabhat al-Nusra aus den Orten vertrieben. Ein Kommandant von Ceyîş El-Siwar, Nûrî Ebû Hacî, erklärte: »Die Türkei hat seit Beginn der syrischen Revolution die Al-Qaida-Gruppen unterstützt, die eine Phase der Zerstörung in Syrien eingeleitet haben. Die Gruppen, die heute in Azaz, Nordaleppo und Afrîn Zivilist_innen angreifen, sind diese von der Türkei unterstützten Banden. Aufgrund der Angriffe des türkischen Staates und der Banden steckt die Zivilbevölkerung in einer ausweglosen Situation und ist gezwungen zu fliehen. Wir haben Dokumente in der Hand, die diese Unterstützung der Türkei belegen.«

Die Multiethnizität der QSD wird in deutschen Medien kaum wahrgenommen – auch hierzu hieß die Meldung auf n-tv: »Türkei beschießt Kurden.« Nur so lassen sich die Behauptungen systematischer ethnischer Säuberungen gegenüber Araber_innen und Turkmen_innen überhaupt aufstellen.

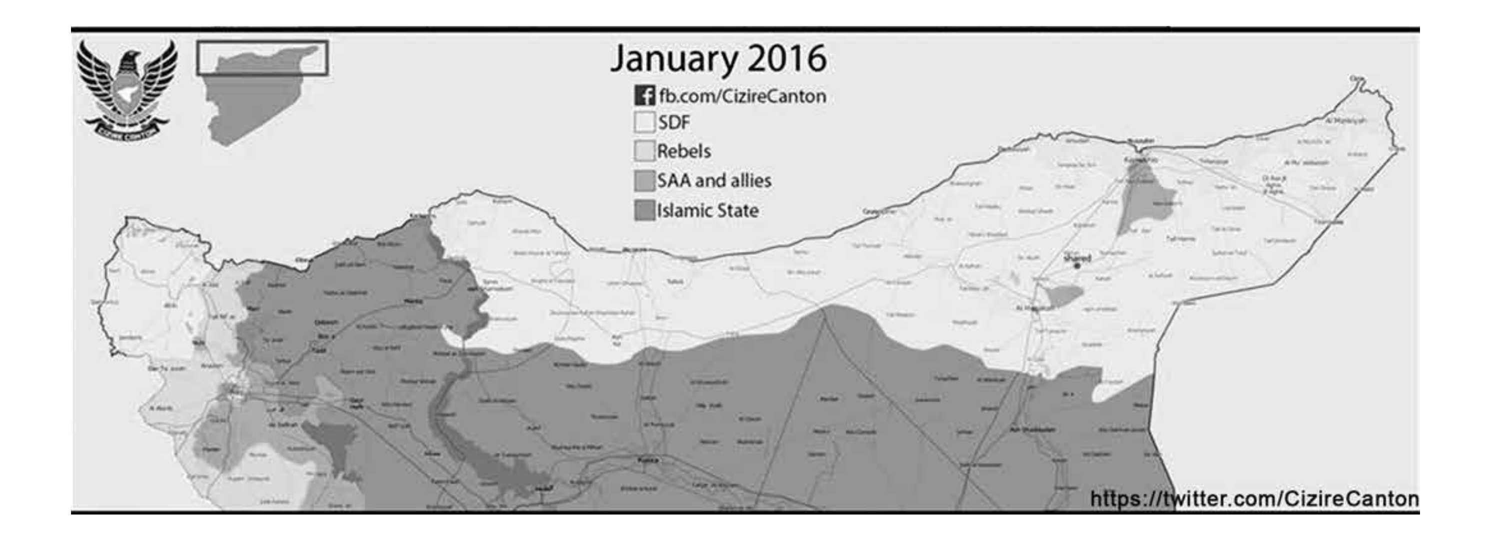
Währenddessen wurden ebenfalls über 500 »islamistische und nichtislamistische Kämpfer_innen« über die Grenze Richtung Azaz geschickt, um den Vormarsch von Ceyîş El-Siwar/QSD aufzuhalten. Dazu erklärte der Sprecher der Syrienoperation des US-Militärs, Steve Warren, am 17.02., dass eine Unterstützung der QSD-Operation aus der Luft bei Afrîn möglich sei.

Die Eroberung des Flughafens Menagh durch die YPG/YPJ bedeutet ebenfalls eine strategisch wichtige Maßnahme, indem das befreite Tel Rifat und Azaz verbunden werden. Der Flughafen wurde den Händen Al-Nusras entrissen, die ihn seit 2013 kontrollierten. Auch hier bombardierte der türkische Staat mehrfach und forderte den Rückzug der YPG/YPJ.

Die Intervention der Türkei ist allerdings höchst besorgniserregend, da sie das Potential hat, in einen kriegerischen Konflikt zwischen Russland und der NATO zu münden, der bisher nur durch regionale Stellvertreter ausgetragen wird. Zur Bombardierung Rojavas durch die Türkei nimmt die Bundesregierung aus politischem Eigeninteresse genauso wenig Stellung wie zu den Massakern in nordkurdischen Städten. Wenn Bundeskanzlerin Merkel auf einer Pressekonferenz am 17.02. erklärt: »Wir sehen die Angriffe Syriens und Russlands auf Azaz …«, dann sagt sie damit auch, was sie nicht zu sehen bereit ist. Die Region um Azaz wird nämlich insbesondere von der türkischen Armee bombardiert, um die Befreiung von Azaz durch QSD-Kräfte zu verhindern. Die Befürwortung einer Flugverbotszone durch die Bundesregierung geht in die gleiche Richtung – denn sie ist nur mit einem militärischen Einmarsch in die Region zu machen. Eine weitere Eskalation steht kurz bevor; nach einem Anschlag auf das Militär in Ankara am 17.02. beschuldigt die türkische Regierung ausgerechnet die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und die YPG, während der türkische Staat tagtäglich schwere Übergriffe und Massaker an den Menschen in den kurdischen Regionen in der Türkei verübt. Auch der Covorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Cemil Bayık, erklärte zu der Aktion, dass es sich in diesem Zusammenhang durchaus um eine Vergeltungsaktion handeln könnte, aber der PKK sei davon nichts bekannt: »Die Aktion, die im Zentrum des Militarismus durchgeführt wurde, könnte eine Vergeltungsaktion für die gegen unser Volk angewendete unmenschliche Politik und die völkermörderischen Massaker sein. Wir wissen, dass es schon früher Leute gab, die auf die Massaker in Kurdistan hin solche Aktionen durchführten. Sie werden sicher bald erklären, warum sie das gemacht haben.« Trotz der Absurdität der Anschuldigung gegen PYD und YPG haben diese ebenfalls jede Verbindung mit dem Anschlag dementiert und darauf hingewiesen, dass die türkische Regierung alles dafür tue, einen Einmarsch in Rojava zu rechtfertigen, und dieser steht zu befürchten. Am Abend des 18.02. vertritt Ministerpräsident Davutoğlu die Position, dass PKK und YPG und PYD sowieso dasselbe seien und auch noch die syrische Regierung dabei sei: »Wir hoffen, dass unsere Verbündeten jetzt sehen, dass die YPG ein Fortsatz der separatistischen Organisation *[gemeint PKK]* ist. Es ist nicht möglich, dass wir denjenigen verzeihen, welche die Terrororganisation, die unser Volk bedroht, für unschuldig halten. Wir werden die Stellungen der

> Zu konstatieren bleibt dennoch, dass das Modell Rojava weiter an seinem dritten Weg festhält und es der Selbstverwaltung klar ist, dass weder Russland noch die USA ein Interesse an ihrem radikaldemokratischen, linken Modell haben, aber die QSD im Moment die einzigen Truppen sind, die dem IS etwas entgegenzusetzen haben. Trotz aller Widersprüche sind die QSD in allen drei Kantonen auf dem Vormarsch.

YPG weiter angreifen.« Er impliziert die Drohung, dass jede Aktion der PKK gegen Rojava ausgelegt werde. Interessant ist, dass dies zu einem Zeitpunkt geschieht, da Legitimation und internationale Anerkennung der YPG besonders hoch sind, sowohl Vertreter_innen der USA als auch Russlands haben sich mit Vertreter_innen der Selbstverwaltung getroffen und ihre Zusammenarbeit mit den YPG trotz türkischer Drohungen betont. Der von der türkischen Regierung eröffnete Diskurs dient ebenfalls zur politischen Absicherung einer möglichen militärischen Offensive.



Zu konstatieren bleibt dennoch, dass das Modell Rojava weiter an seinem dritten Weg festhält und es der Selbstverwaltung klar ist, dass weder Russland noch die USA ein Interesse an ihrem radikaldemokratischen, linken Modell haben, aber die QSD im Moment die einzigen Truppen sind, die dem IS etwas entgegenzusetzen haben. Trotz aller Widersprüche sind die QSD in allen drei Kantonen auf dem Vormarsch. Die humanitäre Bedeutung Rojavas ist ebenso nicht zu unterschätzen; während die Türkei Geflüchtete als ein Mittel des politischen Drucks missbraucht und ihre Grenzen geschlossen hält, halten sich im Kanton Afrîn nach Angaben seines Verteidigungsministeriums – obwohl einem vollkommenen Embargo ausgesetzt – im Moment etwa 100 000 Geflüchtete auf. Bei ihnen handelt es sich in der Mehrzahl um Araber_innen, aber auch Turkmen_innen, Kurd_innen und andere vor allem aus der Region Aleppo.

Die militärische Lage im Kanton Cizîrê

Während der Fokus der Berichterstattung auf anderen Regionen liegt, machen die QSD insbesondere vor Hesekê wichtige Gebietsgewinne. Der Vorstoß auf Şeddadê, eines der letzten Zentren des IS direkt an den Grenzen der Selbstverwaltung, stellt einen entscheidenden Schlag gegen dessen Ökonomie und Infrastruktur dar. Bei Şeddadê handelt es sich um ein ökonomisches Zentrum für die Produktion von Erdöl, das nach Angaben von Hawarnews über den von der PDK kontrollierten Bereich in Südkurdistan bisher in die Türkei geschmuggelt worden sei und dem IS einen Teil seiner Bewaffnung aus der Türkei finanziere, und eine wichtige Verbindung zwischen Mûsil und Rakka, der Hauptstadt des IS. Weiterhin befindet sich in der Stadt die größte Gasproduktionsstätte ganz Syriens. Şeddadê spielte eine große Rolle bei der Vorbereitung des IS-Angriffs auf Kobanê, bei dem in Mûsil erbeutetes US-amerikanisches Kriegsgerät konzentriert wurde. Mit der Befreiung von Şeddadê wären die Grenzen des Kantons Cizîrê in Richtung Deir ez-Zor gesichert. Insbesondere die Großstadt Hesekê ist durch den bisher erfolgreichen Verlauf der Befreiung von mehr als 48 Ortschaften weitgehend gesichert. Deir ez-Zor ist zwischen Regime und IS umkämpft. Der Weg des IS zwischen Mûsil und Deir ez-Zor ist mittlerweile schon erobert und auch der Kreis um die Hauptstadt des IS, Rakka, schließt sich allmählich. ♦

Hintergründe der Nicht-Einladung Rojavas zu den Genfer Verhandlungen

Das US-amerikanisch-russische Tauziehen um die KurdInnen in Syrien

Can Çiçek, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Die dritten Genfer Verhandlungen galten schon vor ihrem Beginn als gescheitert. Zu groß waren die Diskrepanzen zwischen den geäußerten Zielen und der Praxis. Fehlende Legitimation der teilnehmenden Kreise und der exkludierten Parteien, interne Widersprüche der sogenannten syrischen Opposition und sich verschiebende militärische Machtverhältnisse haben Genf III erneut in unbestimmte Ferne gerückt. Auch wenn sich die internationalen Mächte weiter für das baldige Stattfinden von Genf III aussprechen, lässt die Rhetorik der verschiedenen Akteure große Skepsis aufkommen. Während sich sowohl die russische als auch die US-amerikanische Seite einer Rhetorik bedienen, die an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert, sorgen die Töne der regionalen Kräfte ebenfalls für gegenseitigen Unmut. Iran und Saudi-Arabien haben angekündigt, ihre diplomatischen Beziehungen einzustellen. Indessen sorgt die Türkei mit Angriffen auf die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) für neue militärische und politische Aggressionen. Die größte Unvereinbarkeit ist bei der Nicht-Einladung politischer VertreterInnen aus Rojava *[Westkurdistan]* festzustellen; von einer Ausladung bzw. Exkludierung der KurdInnen zu sprechen, wäre wahrscheinlich zutreffender.

Vielen schien die Meldung, die KurdInnen würden bei den Gesprächen von Genf III anfänglich nicht teilnehmen, sehr überraschend. Mit der kurdenfeindlichen AKP-Regierung war ein williger Sündenbock gefunden. Die internationalen Medien begründeten die Entscheidung mit der Haltung der Türkei, die eine kurdische Teilnahme an Genf III nicht tolerieren wollte. In persönlichen Gesprächen und Telefonaten drückten US-amerikanische wie russische DiplomatInnen und RegierungsvertreterInnen ihr Bedauern aus, dass die KurdInnen keine Einladung erhalten hatten. Doch versicherten beide Seiten, sich dafür einzusetzen, dass die KurdInnen im Laufe der Gespräche zum Verhandlungstisch hinzukommen könnten. Nichts als leere Floskeln, wie später kurdische VertreterInnen diplomatisch akzentuiert und indirekt verlautbaren ließen. Zu meinen, sie hätten aus der Historie keine Lehren gezogen und würden immer noch zum Spielball internationaler Mächte werden, käme einem Verkennen ihrer politischen und gesellschaftlichen Werte gleich, die nicht erst im Kampf gegen die Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staates (IS) und andere islamistische Gruppierungen geschaffen wurden. Es ist nichts Neues, dass sich die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Iran gegen eine Teilnahme der KurdInnen stellen, ebenso wie es die von diesen Staaten kontrollierten Gruppen halten werden, die den Deckmantel »Opposition« tragen. Doch sind sich selbst Laien des US- und russischen Einflusses innerhalb des Entscheidungsprozederes der Vereinten Nationen bewusst. Sollte zwischen diesen beiden Kräften Einigkeit über die Teilnahme der KurdInnen bestehen, hätte selbst hypothetischer Protest sämtlicher regionaler Mächte keine größere Konsequenz zur Folge gehabt.

Die Ereignisse hinter den Kulissen, in deren intensiven diplomatischen Verkehr paradoxerweise vor allem die kurdische Seite in Vertretung der Administration von Rojava und der größten politischen Partei Rojavas, der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), involviert war, lassen darauf schließen, dass sich die verschiedenen Mächte, vor allem die USA und Russland, im Vorfeld darauf geeinigt hatten, die KurdInnen nicht als aktiven Part in die Verhandlungen einzubinden. Grund für diese Annahme bieten neben der Art und Weise, wie die Einladung der einzelnen Parteien zu Genf III erfolgte, die politischen Interessen Russlands und der USA, die nur sehr bedingt mit den Zielen der Revolution von Rojava kompatibel erscheinen.

Rojava gilt es an dieser Stelle im gesamtregionalen Kontext des politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Nahen und Mittleren Osten zu bewerten. Denn Rojava statuiert nicht nur für Syrien, sondern für die gesamte Region ein absolutes Novum. Gegen die fragilen, zumeist von einer konfessionell-ethnisch privilegierten Herrscherklasse regierten Nationalstaaten in der Region stellt Rojava ein multiethnisches und -konfessionelles Gesellschaftsmodell dar, das auf basisdemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreienden Prinzipien und Werten basiert. Konträr zu Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung bestimmter Gesellschaftsgruppen, Sektierertum, ethnischem und konfessionellem

Chauvinismus, Ökonomie- und Gewaltmonopol der Zentralregierung steht Rojava für Pluralismus, individuelle und kollektive Freiheit, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichheit und Geschwisterlichkeit zwischen sämtlichen Bevölkerungsgruppen. Kontradiktorisch zur sogenannten syrischen (arabisch-sunnitischen) Opposition speist Rojava seine Legitimation durch die freiwillige Partizipation der dort lebenden Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben und an den politischen Entscheidungsprozessen. Vor allem der basisdemokratische und dezentrale Charakter der Rojava-Administration macht das Projekt unattraktiv für internationale Großmächte wie die USA und Russland. Weder Frankreich und Großbritannien nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Aufteilung des Nahen und Mittleren Ostens noch die USA als Träger der westlichen Tradition in der Region noch Russland haben Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt. Vielmehr wird nach realpolitischer Tradition Interessenpolitik betrieben, die auf der Einflussnahme auf die jeweiligen lokalen Akteure basiert.

In diesem Rahmen gilt es auch die US-amerikanische und russische Annäherung an die KurdInnen in Syrien zu bewerten. Erinnert sei an dieser Stelle die Aussage der Obama-Administration nach dem Beginn der IS-Angriffe auf Kobanê, wonach es kein strategisches Interesse aus US-amerikanischer Sicht darstelle. Ungeachtet der kurz zuvor durch die USA initiierten Anti-IS-Koalition. Die KurdInnen, allen voran die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und Volksverteidigungseinheiten (YPG) haben sich als schlagkräftigste Gegner des IS und anderer islamistischer Gruppen etabliert. In diesem Sinne trägt die Kooperation zwischen den USA und den KurdInnen aus Syrien überwiegend militärischen Charakter. Zumal das von Rojava repräsentierte Gesellschaftsmodell eine Alternative zum US-geführten kapitalistischen Weltsystem darstellt. In dieser Nische praktiziert die Rojava-Administration im Rahmen des Chaos in der Region eine gekonnte und geschickte Politik, die sich in Teilen und temporär mit den Interessen der USA und auch Russlands überschneidet, ihr Überleben sichert und die Forcierung des Aufbaus ihres Systems vorantreibt.

Der gemeinsame Nenner der KurdInnen mit den USA ist vergleichsweise größer als der mit Russland. Dabei spielt vor allem die Befreiung von Azaz (von der Al-Nusra-Front kontrolliert) und Cerablus (Dscharabulus; vom IS kontrolliert) eine bedeutende und eigentlich entscheidende Rolle. Zwar verhalten sich die USA derzeit distanziert zu den Befreiungsbestrebungen der Demokratischen Kräfte Syriens der genannten Regionen, die zwischen den beiden Rojava-Kantonen Afrîn und Kobanê liegen. Doch ist diese Distanz vor allem durch die ideologischen Differenzen zur kurdischen Freiheitsbewegung und dem von ihr vertretenen Paradigma des »Demokratischen Konföderalismus« fundiert. Im globalen Kontext würde durch die Anbindung Afrîns an Kobanê ein neuer kurdischer Gürtel von Kerkuk bis in die Nähe des Mittelmeers entstehen und damit eine neue Erdöl- und Erdgasroute. Vor allem Letzteres versucht Russland seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges zu verhindern. Dennoch ist auch Moskau beim Buhlen um die KurdInnen bemüht, seinen Einfluss auf die KurdInnen im Allgemeinen und auf die KurdInnen in Syrien im Besonderen zu stärken. So betrachtet auch Russland sie als potentiell wichtigen Partner im Kampf gegen die von der türkischen AKP-Regierung unterstützten islamistischen Gruppierungen wie den IS, die Al-Nusra-Front, die Islamische Front oder Ahrar Al-Sham, die gleichzeitig dem von Moskau unterstützten Assad-Regime feindselig gegenüberstehen.

Die heutigen AkteurInnen der kurdischen Politik haben aus der Historie gelernt. Das vom Verrat von Großmächten geprägte Buch der kurdischen Geschichte ist mit viel Blut geschrieben worden. Die kurdische Freiheitsbewegung vertritt in ihrer Philosophie, dass die Gesellschaft nur durch die absolute Loslösung vom herrschenden Weltsystem aus den Zwängen der Unterdrückung und Gefangenschaft befreit werden kann. Die KurdInnen werden sich in keiner Weise zum Spielball einer internationalen Großmacht machen lassen und werden an ihrem Prinzip des dritten Weges, der Alternative zum Status quo, festhalten. In diesem Sinne kann die Nicht-Einladung der KurdInnen zu Genf III mit der beschriebenen Haltung begründet werden. In einer Zeit, in der der Westen erneut von der russischen Feindschaft spricht und Russland das als Vorgehen wie im Kalten Krieg bewertet, werden sowohl die USA als auch Russland bestrebt sein, ihren Einfluss auf die KurdInnen zu stärken und die kurdische Bewegung auf ihre Seite zu ziehen.

Im Falle von Genf III sollte dies darüber zu realisieren versucht werden, dass arabisch-stämmige VertreterInnen des Bündnisses Demokratischer Rat Syriens (MSD) eine persönliche Einladung erhielten, während anderen Parteien wie der Riad-Gruppe eine freie Zuteilung ihrer Plätze gestattet wurde. Man wollte das Bündnis des MSD spalten und dadurch den Druck auf die KurdInnen verstärken. Die VertreterInnen aus Rojava erklärten jedoch, das nicht zu akzeptieren und dass ohne die KurdInnen keine Lösung im Konflikt erzielt werden könne. Zumal Rojava das einzige wirkliche Lösungsmodell darstelle. Entgegen dem Spiel der USA und Russlands, die KurdInnen (eventuell) im Nachhinein an den Gesprächen zu beteiligen, erklärten die VertreterInnen der Rojava-Administration, die unter Ausschluss der VertreterInnen der Völker Syriens getroffenen Entscheidungen in keiner Weise zu akzeptieren und für sich auch nicht als bindend zu verstehen. Darüber müsse man sich nun im Klaren sein. Genauso, wie allgemein klar sein dürfte, dass eine bleibende Lösung im Syrienkonflikt nur unter Einbindung der kurdischen Seite und der Demokratischen Selbstverwaltung von Rojava erfolgen kann. ♦

12. Internationale Konferenz zum Thema »Die Europäische Union, die Türkei, der Mittlere Osten und die Kurden«, 26.–27.01.2016, Europaparlament Brüssel

»Alte Krise – neue Lösungen«

Mako Qoçgirî

Mako Qocgirî ist Politikwissenschaftler (M.A.) und seit 2011 Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Zum mittlerweile 12. Mal hatten die EU Turkey Civic Commission (EUTCC) und die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen (GUE/NGL) zur Konferenz »Die EU, die Türkei und die Kurden« im Europäischen Parlament geladen. Die zweitägige Konferenz mit dem diesjährigen Untertitel »Alte Krise – Neue Lösungen« fand am 26. und 27. Januar in Brüssel statt. Das öffentliche Interesse an der Tagung war groß. Der Konferenzsaal war noch voller als sonst und die OrganisatorInnen verrieten mir im Gespräch, dass das Kontingent für externe Gäste bereits kurze Zeit nach Verschickung der Einladungen erschöpft gewesen war. Das war auch keine große Überraschung, denn immerhin kamen verschieden Akteur*innen und Fachleute zusammen, um aus ihrer jeweiligen Perspektive über die kurdische Frage und die neue Rolle der Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten zu sprechen.

In diesem Jahr wurden die Diskussionen in besonderer Weise davon geprägt, was sich zeitgleich außerhalb der Räumlichkeiten tat, insbesondere in Cizîr (Cizre) und in Genf. Hauptthema war ohne Zweifel der Krieg der in der Türkei regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gegen die kurdische Bevölkerung. Und ohne Zweifel waren sich alle Teilnehmer*innen der Konferenz darüber einig, dass vor dem Hintergrund der Eskalation des Krieges ein Ende der Auseinandersetzungen und eine Wiederaufnahme von Friedensgesprächen dringender denn je seien. Allerdings fand sich niemand mit auch nur dem Ansatz einer Idee, wie sich der Weg dorthin gestalten lassen könnte. Es wurden keine Gedanken dazu geäußert, wie die AKP-Regierung dazu gebracht werden könnte, ihren Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung endlich zu beenden. Stattdessen entwickelte sich bei den Zuhörer*innen nach den zwei Tagen das Gefühl, das der Journalist Cengiz Çandar bereits am ersten Tag auf den Punkt gebracht hatte, dass derzeit wirklich gar kein Licht am Ende des Tunnels erblickt werden könne. Auch allen anderen Redner*innen gelang es nicht, dieses Licht irgendwo ausfindig zu machen.

Und dass die Lage wirklich dramatisch ist, wurde den Zuhörer*innen bei einer Telefonschaltung nach Cizîr am zweiten Tag der Konferenz vergegenwärtigt: »Wir haben hier kein Wasser und kein Essen. Die Leute sind schwer verletzt.« Diese Worte waren Ausdruck eines verzweifelten Aufrufs, der aus einem der belagerten Keller in Cizîr direkt an die Verantwortlichen in der Europäischen Union gerichtet wurde. Die EP-Abgeordnete Kati Piri aus der sozialdemokratischen Fraktion saß mit auf dem Podium, als die Worte im Europaparlament ertönten. Und so versuchte sie im Anschluss, den Zuhörer*innen zu erklären, dass ein Deal mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage nicht dazu führe, dass die EU dort die Menschenrechtslage aus den Augen verliere. Die EU beobachte die Entwicklungen in der Region mit äußerster Sorge und auch sie selbst sei vor Kurzem nach Amed (Diyarbakır) gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Einen Plan, wie die EU deeskalierend auf die Kriegssituation einwirken könnte, hatte sie aber auch nicht. Gleichzeitig versäumte sie nicht klarzustellen, dass nicht beabsichtigt sei, die ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) aus der EU-Terrorliste zu streichen. Das würde lediglich dazu führen, dass die AKP noch weniger Bereitschaft an den Tag lege, mit der PKK über eine Lösung zu verhandeln, so ihre Argumentation. Wie scheinheilig diese Begründung ist, brachte der Politologe David Romano in der anschließenden Fragerunde zum Ausdruck, als er darauf verwies, dass die türkische Regierung Aufforderungen aus der EU zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen derzeit damit verweigere, dass die PKK eine Terrororganisation sei und auch in der EU als solche gelistet werde. Da hatte Piri jedoch schon den Saal verlassen. Auf alle Fälle ließ sich aus den Beiträgen von EP-Abgeordneten relativ klar die derzeitige Haltung der EU im Hinblick auf den Krieg in Kurdistan ableiten. Und somit war eine Erkenntnis aus der zweitägigen Konferenz in Brüssel, dass aus der EU wohl kaum auf ein positives Signal für eine Beendigung des Angriffskrieges des türkischen Staates in dessen kurdischen Siedlungsgebieten zu hoffen ist.

Ein anderes Thema, das die Konferenz praktisch durchgängig begleitete, waren die Syrien-Friedensgespräche in Genf, kurz Genf III, und die Frage, ob die KurdInnen dazu eingeladen werden würden. Auf dem Programm der EUTCC-Konferenz war für den zweiten Tag Salih Muslim, der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), angekündigt. Im Falle der Einladung einer kurdischen Delegation zu den Genfer Gesprächen hätte er allerdings dort sein müssen. Am Ende stellte sich heraus, dass sich der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura, gegen die Einladung Salih Muslims und weiterer kurdischer VertreterInnen entschieden hatte, was gewissermaßen auch in Brüssel für Ernüchterung sorgte, hatte doch keine/r der RednerInnen die Meinung geäußert, dass die kurdische Seite aus den Gesprächen über einen Frieden in Syrien herausgehalten werden solle. Ganz im Gegenteil, es wurde nicht nur die Rolle der Kurdinnen und Kurden im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gewürdigt, einzelne Redner*innen machten auch auf die positiven gesellschaftlichen Entwicklungen in der Region aufmerksam. Der Beitrag von Sinam Mohammad, Europavertreterin der Selbstverwaltung von Rojava, die als Vertretung Salih Muslims dessen Redebeitrag verlas, bekam besonders viel Applaus. Die einzige kritische Stimme beim Thema Rojava war von Michael Werz vom Center for American Progress zu vernehmen. Er machte relativ deutlich klar, dass er eine gemeinsame Moskau-Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Türkei und der PYD aus Syrien nicht für besonders klug gehalten habe. Die Botschaft hinter dem Statement von Werz, der auf dem Podium die Haltung der US-Administration wiederzugeben schien, klang so, als ob sich die KurdInnen entscheiden müssten, mit wem sie in Syrien zusammenarbeiten wollen.

Insgesamt wurden auf der Konferenz verschiedenste Aspekte der kurdischen Frage und des türkisch-kurdischen Konflikts aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet und diskutiert. Die meisten Diskussionsbeiträge gingen jedoch nicht über eine Analyse des Ist-Zustands hinaus. Wer in Brüssel Ansätze zu einer Antwort auf die Frage erwartet hatte, wie es denn weitergehen könnte, wurde enttäuscht.

Die Konferenzbeiträge zum Nachhören:
http://web.guengl.streamovations.be/index.php/event/stream/12th-international-conference-on-the-european-union-turkey-and-the-kurds
http://web.guengl.streamovations.be/index.php/event/stream/12th-international-conference-on-the-european-union-turkey-and-the-kurds-day-2
http://web.guengl.streamovations.be/index.php/event/stream/12th-international-conference-on-the-european-union-turkey-and-the-kurds-day-2-afternoon-session

Abschlussresolution der 12. EUTCC-Konferenz »Alte Krise – neue Lösungen«

Während des letzten Jahres gab es in vielen Regionen der Welt bewaffnete Konflikte und Besetzungen, die zu signifikanten Menschenrechtsverletzungen geführt haben. Radikale extremistische islamische Organisationen wie ISIS und Al-Qaida haben mit ihren Angriffen im Mittleren Osten, in Afrika und Europa den Anschlägen auf das Recht auf Leben eine neue Dimension hinzugefügt.

Die in Diyarbakır, Suruç und Ankara durchgeführten Angriffe haben mit ihrer zunehmenden Brutalität die Menschheit empört. Nach den Parlamentswahlen im Juni 2015, in denen eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage auf Eis gelegt wurde, war es wiederum das Recht auf Leben, das am meisten verletzt wurde, als die Feindseligkeiten zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wieder aufflammten. Besonders während der Belagerung von Städten und Wohnbezirken durch illegale Ausgangssperren wurde den Jungen, den Älteren, Frauen und Kindern ihr Recht auf Leben genommen.

Nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni wurde eine friedliche Lösung für die wesentlichste Komponente der türkischen Menschenrechts- und Demokratiedefizite von der türkischen Regierung einseitig für beendet erklärt und die Fortschritte der letzten Jahre wurden zerstört. Dies betraf nicht nur die kurdische Frage, sondern auch politische und wirtschaftliche Errungenschaften. Stattdessen fand eine neue Repressionswelle statt und die düsteren Zeiten der Menschenrechtsverletzungen in den 1990er Jahren feierten ihre Wiederauferstehung. Es ist im Besonderen besorgniserregend, dass die offensichtlich illegalen Ausgangssperren in den kurdischen Städten dazu geführt haben, dass deren Anwohnern elementare Versorgungsgüter wie Wasser, Nahrung, Elektrizität und Medikamente vorenthalten werden. Gleichzeitig wurden viele Zivilisten absichtlich unter Beschuss genommen und getötet. Die wirtschaftlichen Aktivitäten und das soziale Leben in den unter Ausnahmezustand stehenden Städten kamen praktisch zum Stillstand. Die Bürgermeister und offiziellen Mandatsträger dieser Städte werden inhaftiert oder zwangsweise abgesetzt. Diese Maßnahmen zeigen eine völlige Missachtung des demokratischen Willens der Bevölkerung.

Wir fordern soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Berufsorganisationen, NGOs sowie Verbündete in Regierungs- und Nichtregierungseinrichtungen dazu auf, gemeinsam dafür zu mobilisieren, dass folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Während der Konflikte in der Türkei und in Kurdistan werden seit dem 24. Juli 2015 Städte zerstört, Zivilisten jeglichen Alters unter Beschuss genommen und es finden jeden Tag menschliche Tragödien statt. Daher:
– Die Belagerung der Städte und die Ausnahmezustände müssen sofort beendet werden.
– Die türkischen Streitkräfte und die PKK müssen im Rahmen des internationalen Rechts agieren und Zivilisten und Einwohner in den Auseinandersetzungen verschonen.
– Menschen, die gezwungen waren zu fliehen, muss die Rückkehr ermöglicht werden und sie müssen für ihre Verluste entschädigt werden.
– Es muss eine unabhängige Kommission zusammengestellt werden, die die Menschenrechtsverletzungen in besagtem Zeitraum untersucht. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

2. Der andauernde Konflikt ist ein direktes Resultat der ungelösten kurdischen Frage. Eine friedliche und demokratische Lösung wird der Türkei und dem Mittleren Osten Stabilität bringen und auch förderlich sein beim Kampf in der Region gegen dschihadistische Gruppen wie ISIS.
Beide Seiten müssen ihre Angriffe einstellen und einem Waffenstillstand zustimmen. Wer sich nicht daran hält, ist zu verurteilen. Alle Seiten müssen auf der Grundlage des vorläufigen Umsetzungsplans vom 28. Februar 2015 (der sogenannten Dolmabahçe-Übereinkunft) an den Verhandlungstisch zurück. Während dieser Verhandlungen sollte eine dritte unabhängige Partei beobachtend teilnehmen.
Die Isolationshaft gegen Herrn Abdullah Öcalan, die seit dem 5. April 2015 anhält, muss beendet werden. Seine Gesundheit und Sicherheit sind zu gewährleisten, damit er am Verhandlungsprozess effektiv teilhaben kann.

3. Die Türkei muss ihre Unterstützung für dschihadistische Gruppen in Syrien einstellen und sich verpflichten, ein effektives Mitglied in der internationalen Koalition gegen ISIS zu sein. Sie muss ihre antikurdische Politik in Syrien einstellen und zusammen mit den Kurden und demokratischen Oppositionskräften auf eine friedliche Lösung hinarbeiten.

4. Die Türkei und die EU müssen die Flüchtlingsfrage in der Region als humanitäre Frage angehen und die Flüchtlinge nicht als Verhandlungsmasse im Feilschen um kurzfristige Interessen missbrauchen. Im Umgang mit den Flüchtlingen muss sich die Türkei an die Genfer Konvention halten.

5. Gedanken- und Meinungsfreiheit müssen garantiert, die Unterdrückung der Medien eingestellt und alle inhaftierten Oppositionellen freigelassen werden, darunter Journalisten, Rechtsanwälte, Angestellte der Kommunalverwaltung, Bürgermeister, politische Aktivisten und Studenten.

6. Die undemokratische Unterdrückung der Opposition muss aufhören. Ebenso ist die Lynchkampagne gegen die Akademiker sofort zu beenden.

7. Die Verfassung des Militärputsches vom 12. Dezember 1980 muss abgeschafft und durch eine neue ersetzt werden. Die Verfassung muss in Übereinstimmung mit allen internationalen Abkommen stehen, die die Türkei unterzeichnet hat. Sie muss zudem zu einem demokratischen, ökologischen und an der Gleichberechtigung von Männern und Frauen orientierten Miteinander der Gesellschaft beitragen und das Recht auf Selbstverwaltung und demokratische Autonomie respektieren.

8. Der anhaltende Konflikt in der Türkei und deren antikurdische Politik schwächen nicht nur den Kampf gegen ISIS, sondern behindern auch den Fortschritt der internationalen Koalition. Die EU darf nicht schweigen, sondern muss aktiv zu einer Lösung der kurdischen Frage beitragen.
Die EU darf sich nicht darauf beschränken, einen Waffenstillstand einzufordern, sondern muss sich proaktiv für die Erstellung eines Fahrplans hin zu einer friedlichen Lösung engagieren. Um eine friedliche Lösung einfacher zu machen, muss die PKK, als ein Teil der Lösung, von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen werden. Gewalt gegen Zivilisten ist zu verurteilen.
Die EU darf nicht bloß danebenstehen und der Türkei bei ihren repressiven, illegalen und undemokratischen Praktiken zusehen.
Die EU-Beitrittsverhandlungen sollten nur weitergeführt werden, wenn die Türkei an den Verhandlungstisch *[Anm.: bezüglich der kurdischen Frage]* zurückkehrt.
Die kurdische Frage sollte als eine politische Frage und nicht als Terrorproblem angegangen werden.

9. Die Mitglieder der internationalen Koalition gegen ISIS, allen voran die USA, müssen sich gegen die antikurdische Politik der Türkei wenden und sich aktiv für eine Lösung der kurdischen Frage einsetzen.

10. Die internationale Gemeinschaft, die EU, die USA und die westlichen Länder sollten die wichtige Rolle der Kurden für das Wohlbefinden und die Stabilität der Region zur Kenntnis nehmen.

11. Die PYD sollte an den Genfer Friedensgesprächen teilnehmen.

12. Wir fordern Gewerkschaften, soziale und akademische Verbände und Nichtregierungsorganisationen auf, weiterhin ihre Unterstützung für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage zum Ausdruck zu bringen.

13. Es sollte ein humanitärer Korridor an der türkisch-syrischen Grenze eingerichtet werden. ♦

Einige Gedanken zur sogenannten »Flüchtlingskrise«

Es fehlt am politischen Willen

Martin Dolzer

Es handelt sich genau betrachtet nicht um eine »Flüchtlingskrise«, sondern um die Auswirkungen weltweiter Kriege und ökonomischer Destabilisierung. In diesem Rahmen wirkt sich die zunehmend aggressive Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, der Europäischen Union und der USA auch negativ auf die Gestaltung der Flüchtlingspolitik aus. Außenpolitik, Innenpolitik und Sicherheitspolitik gehören immer zusammen – sie bilden eine Einheit. In solch einem ganzheitlichen Zusammenhang lassen sich auch die zunehmend restriktiven Änderungen der »Asylgesetzgebung« und der inhumane Umgang mit Geflüchteten in Deutschland sowie der EU besser verstehen.

Eigentlich wäre eine Debatte über Flüchtlingspolitik und eine Praxis, die die Aufnahme und Inklusion von Schutzsuchenden in den Fokus stellt, notwendig und nicht eine Debatte und Praxis immer restriktiverer Abschottung. Langfristig hilft ohnehin nur die Überwindung der Fluchtursachen. CDU/CSU, SPD und Grüne forcieren jedoch mit neuen Gesetzen und einem selbstproduzierten Notstand bei der Unterbringung von Geflüchteten eine Stimmung, die von AfD, Pegida und FaschistInnen genutzt wird, um offen rassistisch, hetzend und mit Gewalt gegen »Nicht-Deutsche« zu agieren. Solange die Bundesregierung und die EU an einer Politik festhalten, die Profite für große Konzerne, soziale Spaltung und geostrategische Interessen in den Mittelpunkt stellt anstatt Frieden, Menschenrechte, soziale Gleichheit und eine faire Handelspolitik, so lange werden Regionen destabilisiert oder in den Krieg getrieben – und Flüchtlinge werden versuchen und es auch schaffen, nach Europa und in die Bundesrepublik zu kommen.

Im Grunde genommen wird das Recht auf Asyl in Deutschland insbesondere in den letzten drei Jahren systematisch immer weiter ausgehebelt. Nur einige Beispiele: Theoretisch kann jede/r, die/der illegal eingereist ist, inhaftiert werden – das betrifft ja faktisch jede/n Geflüchete/n –, denn gemäß den Dublin-Regulierungen ist das erste europäische Land, das betreten wird, für das gesamte Verfahren zuständig. In Hot-Spots in Italien und Griechenland werden rechtswidrig Vorauswahlverfahren durchgeführt. Die EU-Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm für 2016 eine noch »bessere« Abschottung an den EU-Außengrenzen durch Frontex und elektronisch gesicherte smart-borders, die Unterteilung in verwertbare und nicht verwertbare Flüchtlinge sowie die Aushebelung des Rechts auf Asyl durch Anerkennung sämtlicher EU-Beitrittskandidaten (auch der Türkei) (ehemaliges Jugoslawien – für Sinti und Roma lebensgefährlich) und Marokkos, Tunesiens und Algeriens (für oppositionelle und queere Menschen lebensgefährlich) als sogenannte sichere Drittstaaten und die Gabe von drei Milliarden Euro für die türkische Regierung zur Abschottung der EU vor Flüchtlingen aus Syrien geplant – anstatt endlich legale Wege nach Europa zu öffnen und dafür zu wirken, die Fluchtursachen zu überwinden. Mehr als 30 000 Menschen starben in den letzten zehn Jahren im Mittelmeer und an Europas Außengrenzen.

Martin Dolzer, Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft, Sprecher der Linksfraktion für Europa- und Friedenspolitik, Rechtspolitik, Wissenschaft und Queer

In Deutschland warten Geflüchtete in endlosen Schlangen vor den zuständigen Behörden und bekommen keine Termine. Es gibt Wartezeiten auf Asylverfahren von bis zu einem halben Jahr, unwürdige Unterbringung in Unterkünften (zum Teil Fabrikhallen ohne Privatsphäre mit Übergriffen durch Securities, Schimmel und weniger als 3 qm pro Person). Viele Geflüchtete führen in Lagern in der Pampa oder in Städten ein perspektivloses Leben in Duldungsverfahren, die bis zu mehr als zehn Jahre dauern. Systematische Erniedrigung, institutioneller und gesellschaftlicher Rassismus und populistische Forderungen nach strengen Grenzkontrollen, Obergrenzen und Schusswaffengebrauch – bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte –, all das ist die bittere Realität.

Die Politik der EU

Die EU und deren zentrale Einzelstaaten positionieren sich in den letzten zehn Jahren zunehmend als aggressive Akteure bezüglich der Umverteilung weltweiter geostrategischer Machtverhältnisse. Die EU plant dabei im Rahmen der Weiterentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik u. a. eine Ausweitung militärischer Sperr- und Kampfoperationen zur Sicherung von Ressourcen sowie zur Abschottung Europas gegen »Armutsflüchtlinge aus dem Süden« – sowie Maßnahmen zur Bekämpfung etwaig wachsenden Widerstands. Beispielsweise in Studien sowie der Lobbyarbeit des 2001 gegründeten European Union Institute for Security Studies EUISS (dem zentralen außenpolitischen Think-Tank der EU, der sich auch als EU-Verteidigungsagentur kategorisiert) wird die Ausrichtung und Zielsetzung sowohl der Außen- wie der Sicherheitspolitik besonders deutlich. Prägnant wird in der Studie »What Ambitions in European Defence in 2020« aus dem Jahr 2009 diese Zielsetzung skizziert. Die Vorgaben des Instituts werden von der EU teils eins zu eins umgesetzt – in weiteren Fällen legitimiert das Institut gleichzeitig durch seine Arbeit die gängige Praxis der EU.

In der genannten Studie wird dazu aufgerufen, zur Stabilisierung der »globalen Klassengesellschaft« das »gesamte Spektrum hoch intensiver Kampfmaßnahmen« zur Anwendung kommen zu lassen. Die dazu nötigen Maßnahmen beschreibt der deutsche Leiter der EU-Verteidigungsagentur: »Aufbau einer Helikopterflotte zur Aufstandsbekämpfung in den Entwicklungsländern, neue Schritte zur totalen Überwachung der Weltmeere, Einsatz von unbemannten Kampfflugzeugen (Drohnen) und die dazugehörige Absicherung der Grenzen Europas gegen Flüchtlinge.«

Das Institut schreibt, dass die Kriege der heutigen Zeit und der Zukunft nicht mehr zwischen Staaten, sondern zwischen »ungleichen sozioökonomischen Klassen der Weltgesellschaft« geführt werden würden. Auf der einen Seite dieser »hierarchischen Klassengesellschaft« stehe dabei »eine metropolitane Elite, die sich aus transnational operierenden Konzernen, den Staaten der EU, der OECD und den aufstrebenden Wirtschaftsmächten Indien, China und Brasilien« zusammensetze. Mit diesen wird dann eine instrumentelle Zusammenarbeit angestrebt. Auf der anderen Seite stünden »die weltweite Armutsbevölkerung und deren Organisationen«. Daraus würden »zunehmend explosive Spannungen« entstehen. Um einen Zusammenbruch des globalen Wirtschaftssystems zu vermeiden, fordert das Institut, gegen die »untere Milliarde der Menschheit (»bottom billion«) das »gesamte Spektrum der *[o. g.]* hoch intensiven Kampfmaßnahmen« einzusetzen.



Wurden in den 1990er Jahren die kurdischen Dörfer durch das türkische Militär zwangsgeräumt und dem Erdboden gleichgemacht, versucht das AKP-Regime jetzt die gewachsenen Strukturen in den Städten zu zerstören und zwingt die Menschen, ihren Wohnort zu verlassen. Foto: DIHA

Laut EUISS ist davon auszugehen, dass der Anteil der von Armut und Perspektivlosigkeit betroffenen Menschen an der Weltbevölkerung noch weiter zunehmen wird. Gemeint ist dabei jedoch eher die Furcht vor der politischen Organisierung dieser Menschen, sei es in Bewegungen, in solidarischen Netzwerken oder Menschenrechts - oder Rechtshilfeorganisationen. Daher sei es unumgänglich, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Darüber hinaus sollten die reichen Länder des Nordens »natürliche Ressourcen wie z. B. Wasser, tropische Regenwälder, Öl, Gas oder Fischgründe in den südlichen Armutszonen militärisch gegen unerwünschten Zugriff absichern«. Es handele sich dabei um »universelle Schätze«, die der Verfügungsgewalt einzelner, nicht mit den eigenen Zielen kompatibler, Staaten zu entziehen seien.

Strategien und Techniken, die vom EUISS formuliert wurden, sind seitens der EU und/oder jeweils unterschiedlich federführender Mitgliedsstaaten z. B. in Libyen, Mali oder zuvor Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Georgien und der Ukraine bereits auf unterschiedliche Weise umgesetzt worden. Entweder durch indirekte oder direkte Kriegsintervention – durch gezielte Destabilisierung und wirtschaftliche Isolierung von unliebsamen Regierungen oder Bewegungen. Neuestes Beispiel sind die Entwicklungen in Syrien. Noch deutlicher wird das EUISS in seinem Report Nr. 16 mit dem Titel »Enabling the future. European military capabilities 2013–2025: challenges and avenues«. Hier wird ganz deutlich die weitere militärische Aufrüstung der EU propagiert, um u. a. in Konkurrenz zu den USA, China und Russland im Rahmen einer neokolonialistischen Aufteilung des Mittleren Ostens und Afrikas eine Führungsrolle einzunehmen.

Das bundesdeutsche Äquivalent zum EUISS – mit ähnlichen Konzeptpapieren – ist die Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP, die sehr eng mit der europäischen Verteidigungsagentur zusammenarbeitet und dort als ein wesentlicher Akteur Einfluss entfaltet. Ihre Studie »Neue Macht – neue Verantwortung« sieht Deutschland als aufstrebende Weltmacht, die sich immer offensiver im beschriebenen Gerangel um Macht und Ressourcen engagieren soll. Die neuesten Vorstöße von Kriegsministerin von der Leyen zur Aufrüstung der Bundeswehr und Beschlüsse des Kabinetts und des Bundestags über Aufrüstung und immer weitere Militäreinsätze gehen genau in diese Richtung. Innerhalb der EU ist die BRD ohnehin schon die vorherrschende Kraft. Griechenland hat die vernichtende Kraft dieser Vorherrschaft mit voller Wucht abbekommen und wurde über Maßregeln der Troika der Souveränität über viele Belange enthoben und zur Quasi-Kolonie degradiert.

Destabilisierung und Fluchtbewegungen

Mit der Destabilisierung sind auch immer Fluchtbewegungen verbunden. Im Rahmen der neokolonialen Aufteilung ganzer Regionen – insbesondere Afrikas und des Mittleren Ostens – ist das Vorgehen der EU und auch der USA in dem benannten Zusammenhang besonders brachial – und verursacht dadurch zunehmend große Fluchtbewegungen. Weitere Ursachen für Fluchtbewegungen sind in der europäischen Wirtschafts- und Zollpolitik zu finden. Diese sind insbesondere gegenüber afrikanischen und mittelöstlichen Staaten – aber auch innereuropäisch – im Wesentlichen nicht auf gleichberechtigte Handelsbeziehungen, sondern auf die Erfüllung der Interessen und Ansprüche von in den europäischen Zentralstaaten ansässigen, transnational agierenden Konzernen ausgerichtet.

Die juristische und polizeiliche Absicherung für die o. g. »Herausforderungen« – sprich die Abwehr von Flüchtlingen und die Bekämpfung selbstbestimmter Bewegungen der »bottom billion« – wird in den Strategien des EUISS und eins zu eins damit durch die Gremien der EU Frontex in Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft Eurojust und Europol zugewiesen. Abschottung, Rückführung und Bekämpfung etwaigen Widerstands ist die Devise. Auf die mehr als 30 000 Toten im Mittelmeer wird, den o. g. Konzepten entsprechend, nicht mit einer Legalisierung der Einreise und Rettung, sondern restriktiv und mit einer Militarisierung der Abschottung reagiert. In diesem Rahmen sind auch die immer neuen Vorstöße der bundesdeutschen Regierungskoalition zu verstehen. Am absurdesten ist dabei, dass das Ganze als Willkommenskultur und humaner Akt inszeniert wird, der aufgrund der Überforderung der Beteiligten jedoch leider nicht aufrechterhalten werden kann.

Perspektiven

Wenn wir über sinnvolle langfristige Maßnahmen nachdenken, dann sollte zum Beispiel zuerst in Bezug auf den Mittleren Osten aus Europa eine gezielte Friedenspolitik gemacht werden. Die meisten Flüchtlinge kommen ja gerade aus Syrien und fliehen hauptsächlich vor dem menschenfeindlichen sogenannten Islamischen Staat (IS). Würde die Selbstverwaltung in Rojava unterstützt und die kurdische Bewegung in den kurdischen Provinzen der Türkei (Kurdistan bakur) sowie die Arbeiter*innenpartei Kurdistan PKK als demokratisierende Kraft anerkannt werden, könnte dies ein lang anhaltender Stabilitätsfaktor in der Region sein. Diese Akteure sind allerdings nicht einfach instrumentalisierbar. Und da liegt wohl auch das Problem. Das ist wohl auch der Grund, warum die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit Erdoğan und der Demokratischen Partei Kurdistans PDK um Barzanî vorzieht. Professor

David Graeber von der London School of Economics sagt zum Thema Türkei: »Hätte die Türkei die gleiche absolute Blockade für IS-Gebiete praktiziert, die sie bei den kurdisch gehaltenen Teilen Syriens anwendete (...) das blutbefleckte ›Kalifat‹ wäre wohl längst zusammengebrochen – und die Paris-Attacken wären wahrscheinlich nie geschehen. Und wenn die Türkei heute das Gleiche täte, würde IS wahrscheinlich in wenigen Monaten zusammengebrochen sein. Aber hat ein einziger westlicher Regierungschef Erdoğan bisher ernsthaft aufgefordert, dies zu tun?«

Recht hat er. Nichts liegt der Bundesregierung und den »Verantwortlichen« in der EU ferner, als die nahezu bedingungslose Waffenbrüderschaft mit der Türkei aufzugeben. Selbst die zunehmenden Massaker und Kriegsverbrechen der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP an der kurdischen Zivilbevölkerung in den kurdischen Provinzen der Türkei, die zunehmend autokratische Politik von R. T. Erdoğan gegenüber jedweder Opposition, das Embargo gegen Rojava oder die Angriffe der türkischen Armee auf die Volksverteidigungseinheiten YPG schrecken die Herrschenden in der EU und die Bundesregierung nicht ab. Bundeskanzlerin Merkel hofierte Erdoğan kurz vor der Wahl und stützt ihn weiterhin, die EU-Kommission ist nicht gewillt, effizienten Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Sanktionen gegen Russland oder Militärinterventionen in Libyen sind kein Problem; die Waffenbrüderschaft mit der Türkei aufzugeben, ist nicht gewollt. Auch der Versuch, die Türkei mit aller Macht zur hegemonialen Regionalmacht zu machen oder deren offene Zusammenarbeit mit dem IS – Waffenlieferungen, Ölkäufe, das Stellen von Infrastruktur und medizinischer Versorgung, die Interventionen der türkischen Armee in Cerablus (Dscharabulus) (um den letzten großen Grenzübergang mit dem IS zu halten) sowie offene Grenzen für KämpferInnen des IS – sind offenbar kein Grund zum Umdenken. Es wird an der nahezu bedingungslosen Zusammenarbeit mit der Regierung Erdoğan/Davutoğlu festgehalten, weil sie die »bottom billion« und deren selbstbestimmte Organisierung in Kurdistan bakur und Rojava bekämpft – die einer neokolonialen Neuaufteilung der Region im Weg steht. Diese neokoloniale Aufteilung steht sowohl bei den USA als auch bei der EU auf der Agenda – denn die in Maßen souverän und stabil gewordenen Nationalstaaten Irak, Syrien und Iran, die nach dem Ersten Weltkrieg im Vertrag von Lausanne auf dem Reißbrett geschaffen wurden, sowie Libyen sind nicht mehr mit der angestrebten Kontrolle über Absatzmärkte und Handelswege kompatibel.

Hier ist ein Umdenken notwendig. Soll die Region nicht langfristig im Chaos versinken und zum Motor eines sich ausweitenden Dritten Weltkrieges werden, muss die destruktive Politik der USA, der EU und der Bundesregierung ein Ende finden und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen in der Region jenseits kolonialistischer Ausbeutung zugelassen und unterstützt werden. Nur so können Frieden, Demokratisierung und Frauengleichberechtigung aufblühen, wie das jetzt schon in Rojava, trotz allen äußeren Drucks, gelingt. Die drei Milliarden Euro, die die Regierung Davutoğlu von der EU für die Abschottung vor Flüchtlingen bekommen soll, wären besser investiert, wenn sie an die Selbstverwaltung von Rojava gingen und für würdige Flüchtlingsunterbringung und Inklusion in der EU genutzt würden. Wenn endlich entschiedener Druck auf die Türkei ausgeübt werden würde, wäre der IS schnell politisch und wirtschaftlich bankrott, und zudem könnte in den kurdischen Provinzen der Türkei die Demokratie aufblühen. Würde die PKK von der EU und der Bundesregierung als Dialogpartner anerkannt werden anstatt kriminalisiert, wäre das ebenfalls ein stabilisierender Impuls. In diesem Rahmen sollten auch die acht gemäß § 129b inhaftierten Kurden sofort freigelassen und der ohnehin verfassungswidrige § 129b abgeschafft werden. Auch dass politische Beteiligung von KurdInnen als Hinderungsgrund für eine Einbürgerung betrachtet wird und kurdische Vereine überwacht werden, könnte sich sofort ändern, wenn es denn gewollt wäre.

Es fehlt dafür aber an grundlegenden Konzepten und vor allem am politischen Willen, Frieden zuzulassen, faire Handelsbeziehungen aufzubauen, Bevölkerungen selbstbestimmt leben zu lassen und Geflüchteten eine echte Perspektive zu bieten, anstatt sich abzuschotten und sie zu gängeln und ihnen unsinnige Verhaltensregeln und sogenannte Integrationsverpflichtungen auferlegen zu wollen. Da das nicht von allein umgesetzt wird und die Herrschenden in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaften immer zu restriktiver und gewaltförmiger Politik neigen, ist es notwendig, sich auch in Europa politisch links zu organisieren und viel entschlossener für Frieden, Abrüstung, soziale Gleichheit, Befreiung und Demokratie zu kämpfen als bisher. Es ist bereits fünf nach zwölf. ♦

Zehntausende Flüchtlingskinder sind verschwunden

Menschliches Strandgut?

Reyhan Yalçındağ

Reyhan Yalcındağ,
Rechtsanwältin und stellvertretende Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD

Wir erleben die schlimmste Flüchtlingstragödie seit dem 2. Weltkrieg. Die Türkei ist unter dem Einfluss des Krieges in Syrien und der Angriffe des menschenfeindlichen Islamischen Staates (IS) in den letzten Jahren zu einem der Länder geworden, die am meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Vor allem seit dem Völkermord vom 4. August 2014 an den êzîdischen KurdInnen in Şengal (Sindschar) und aufgrund der Kriege und Rechtsverletzungen im Mittleren Osten ist 2015 ein dramatischer Anstieg der Anzahl von Flüchtlingen zu verzeichnen, die mit Hilfe von SchlepperInnen über die Türkei nach Europa zu gelangen versuchen.

Das unmenschliche Vorgehen radikaler dschihadistisch-islamistischer Organisationen wie Al-Qaida in Afghanistan und Pakistan, IS und Al-Nusra in Rojava und Syrien, Boko Haram in Nigeria, Tschad und Sudan – Massentötungen, Vergewaltigungen, Versklavung etc. – lassen die Flüchtlingszahlen täglich weiter steigen. Die Menschen, die auf der Suche nach Asyl an die Grenzen der Türkei kommen, sind ausnahmslos Opfer von Krieg und gewalttätigen Konflikten.

Die Türkei ist der einzige Staat, der das Flüchtlingsabkommen unterzeichnet hat, die BürgerInnen von Staaten außerhalb des Europarats jedoch als Flüchtlinge nicht anerkennt. Die aus internationalem Recht entstehende Verpflichtung zu medizinischer Versorgung, angemessener Unterbringung sowie dem Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge wird in der Türkei nicht eingehalten. Flüchtlinge, oder vielmehr Asylsuchende ohne Status, geraten aufgrund des Versagens türkischer Behörden bei der Gewährleistung internationalen Schutzes täglich in Lebensgefahr.

Sie verlassen ihre Heimat aufgrund unmenschlicher Angriffe, werden in der Türkei mit anderem unmenschlichen Vorgehen konfrontiert und setzen daher ihre Hoffnung auf Europa. Allein in der ersten Januarwoche sind 33 Flüchtlinge auf dem Weg von der Ägäis nach Griechenland ertrunken, weil ihre Boote kenterten. Während ich diese Zeilen schreibe, berichten die Nachrichtenagenturen von den Leichnamen zweier Kinder und einer Frau, die an den Strand gespült wurden, weil ein Boot »illegaler MigrantInnen« aus Syrien auf dem Weg von Fener Köyü nach Griechenland gesunken war.

Vor drei Tagen wurde berichtet: »Ein Boot mit MigrantInnen, die von Didim nach Griechenland übersetzen wollten, ist gesunken. Bisher wurden die Leichname von vier Flüchtlingen gefunden. Es handelt sich um Vahida Ali (25) und ihre Töchter İvan (6), Lian (4) und Rusi (2).« Es gibt ständig Meldungen über Leichen, die an die Küsten der Türkei gespült werden. Vor wenigen Monaten ging das Bild des fünfjährigen Alan Kurdi um die Welt, dessen Leichnam gemeinsam mit denen seiner Mutter und seines zwei Jahre älteren Bruders am Strand gefunden wurde. Leider sind solche Tragödien inzwischen zu alltäglichen Routinemeldungen geworden.

Warum also begeben sich Menschen, die vor Krieg, Zerstörung oder menschenfeindlichen Organisationen wie dem IS flüchten, in die Hände von SchlepperInnen, obwohl ihnen bewusst ist, dass ihnen der Tod droht? Warum steigen sie in diese Boote? Warum sieht die gesamte Welt gleichgültig dabei zu? Warum nehmen Kinder, Frauen, Kranke, Alte in der Hoffnung auf ein Leben in Europa das Risiko in Kauf, vor den Küsten der Türkei zu ertrinken? Die Antwort ist einfach:

> Weil sie in der Türkei, in die sie vor Zerstörung, Vergewaltigung und Tod geflüchtet sind, kein menschenwürdiges Leben führen.
>
> Weil sie erniedrigt werden.
>
> Weil Kinder, die auf der Straße Taschentücher verkaufen oder Schuhe putzen, in aller Öffentlichkeit zusammengeschlagen werden.
>
> Weil ihnen das Recht auf Unterkunft verwehrt wird.

Weil sie keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können und aus diesem Grund in Grenzprovinzen wie Riha (Urfa), Dîlok (Antep) und Hatay als TagelöhnerInnen auf dem Bau oder in der Landwirtschaft zu Niedriglöhnen arbeiten müssen.

Weil den Kindern das Recht auf Bildung verwehrt wird.

Und weil die gesamte Last auf den Frauen liegt, die versuchen, ihre Kinder am Leben zu erhalten.

Mädchen werden als »Kinderbräute«, als Zweit-, Dritt- oder sogar Viertfrau »verkauft«.

Dieser menschenunwürdige Zustand ist der Tatsache geschuldet, dass die Türkei den Menschen die nach internationalen Bestimmungen geltenden Rechte als Flüchtlinge verwehrt und sie in der Position von »Asylsuchenden ohne Status« belässt. Darüber hinaus muss auch die Frage gestellt werden, wie es sein kann, dass täglich Hunderte Flüchtlinge in die Hände von SchlepperInnen geraten und keine Maßnahmen gegen die allzu oft tödlich verlaufenden Überfahrten auf deren Booten getroffen werden. Menschenhandel ist nach weltweit geltenden rechtlichen Bestimmungen, UN-Abkommen und dem Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wie kann es dann sein, dass die Behörden und die Justiz eines Landes, das als EU-Beitrittskandidat gilt, keine Maßnahmen dagegen ergreifen? Das bedeutet, dass das Recht auf Leben von Kriegsopfern und Menschen, denen die Flucht vor grausamen Banden wie dem IS gelungen ist, für sie keine Bedeutung hat. Menschenhandel gehört zu den Verbrechen, die von Nachrichtendiensten und Sicherheitskräften problemlos verhindert werden können. In der Türkei können sich SchlepperInnen jedoch frei bewegen und die Hoffnung von Flüchtlingen dazu benutzen, sie gegen hohe Geldzahlungen in den Tod zu schicken.

Ein weiteres Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das der Staat nicht verhindert, betrifft êzîdische Frauen und Kinder, die vom IS verschleppt und in einem Büro in Dîlok gegen hohe Summen verkauft werden. Nachdem Anfang Dezember letzten Jahres das deutsche ARD-Fernsehen über das virtuelle Verkaufssystem berichtet hatte, erstatteten das »Kampfbündnis für verschleppte Frauen« und die AnwältInnenkammer Dîlok Strafanzeige bei der Oberstaatsanwaltschaft der Republik.

Durch die Auswertung von Chat-Protokollen, WhatsApp-Botschaften, Dokumenten, Fotos sowie Aussagen von AugenzeugInnen und in den Handel involvierten VermittlerInnen deckten JournalistInnen auf, dass êzîdische Frauen und Kinder mit Fotos im Internet zum Verkauf angeboten und an die Meistbietenden versteigert werden. Bei den Kunden handelt es sich demnach entweder um Angehörige, die die verschleppten Frauen und Kinder retten *[»freikaufen«]* wollen, oder um IS-Mitglieder, die sie zum Weiterverkauf ersteigern. Der Geldtransfer läuft nach diesen Recherchen über Büros des IS in der Türkei, von denen sich eines in Dîlok befindet. Nach Aussagen eines Vermittlers hat er über dieses Büro innerhalb eines Jahres für über 2,5 Millionen US-Dollar 250 êzîdische Frauen und Kinder vom IS zurückerworben: »Wir nutzen alle Kommunikationskanäle. Ich handele über WhatsApp, so legen wir den Preis fest.«

Wie kann es sein, dass in einer Stadt, die zu den 29 Großstädten der Türkei zählt, ein solches Büro eingerichtet wird, das sogar über eine Geldzählmaschine verfügt, und in dem Vermittler des IS Frauen und Kinder versteigern können, ohne dass der Nachrichtendienst der Türkei (MIT) und die Polizei einschreiten? Bis heute ist trotz erfolgter Strafanzeige keiner der Täter festgenommen worden.

In derselben Stadt wurde am 27. Dezember 2015 der syrische Journalist Naji Jerf, der über den IS recherchierte, auf offener Straße erschossen. In einer Wohnung in Riha wurden der Redakteur Ibrahim Abdulkadir und der Korrespondent Firaz Hamadi der arabischsprachigen Wochenzeitung »Ayn Vatan« ermordet, indem ihnen die Kehlen aufgeschnitten wurden. Die beiden waren aus Syrien geflüchtet, ihre Zeitung hatte gegen den IS berichtet. Die Art und Weise dieser Morde legen die Vermutung nahe, dass sie vom IS begangen worden sind.

Wer im 21. Jahrhundert zu diesem Kriegszustand schweigt, in dem Kinderleichen an die Strände gespült, Mädchen versteigert und Frauen vergewaltigt werden, macht sich mitschuldig. Diese Menschen verlassen ihre Häuser, Gärten und Erinnerungen nicht freiwillig. Sie machen sich weinend auf den Weg, nur um ihre Kinder am Leben zu erhalten. Die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass Flüchtlinge ertrinken, Kinder zur Prostitution gezwungen werden, Menschen unter Hunger und Kälte leiden, ist die Beendigung der Kriege. Laut einer Erklärung Europols sind in den vergangenen beiden Jahren über zehntausend Flüchtlingskinder verschwunden. Es liegen Hinweise vor, dass zumindest ein Teil von ihnen als Opfer organisierter Kriminalität versklavt und sexuell ausgebeutet wird. Auch diese Erklärung beweist ein weiteres Mal, dass alle Staaten daran arbeiten müssen, diesen Kindern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die Menschheit wird erst zur Ruhe kommen, wenn wirklich Frieden herrscht. ♦

Alexandra Nariños Botschaft an die kurdischen Frauen:

Euer Kampf ist vorbildlich

Mahir Yılmazkaya, Havanna, 6. Januar 2016

Die Nachrichtenagentur Firat (ANF) sprach mit der Internationalistin und Kommandantin der FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee), Alexandra Nariño, Mitglied der Friedensdelegation bei den Friedensverhandlungen in Havanna zwischen FARC-EP und kolumbianischer Regierung, über den Kampf der Frauen.

Konnten sich die Frauen in der Revolution von den gesellschaftlichen und religiösen Normen befreien und in ihrem Kampf Eigeninitiative entwickeln?

Dies ist genau der Grund, warum sich immer mehr junge Frauen unserer Bewegung anschließen. 40 % unserer Kräfte bestehen aus Frauen. Sie möchten sich von einer patriarchalen Gesellschaft lösen, die für ihre Zukunft vorsieht, dass sie Kinder großziehen und im Haushalt sowie auf dem Feld arbeiten. Um einer schwierigen Lebenssituation mit unvergüteter Schwerstarbeit zu entgehen, steigt täglich die Zahl der Frauen, die sich den FARC-EP anschließen. Anfangs fällt die Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl Frauen als auch Männern schwer.

In den Reihen der Guerilla macht jede*r das Gleiche, jede*r nimmt an Kampfhandlungen teil, wäscht die eigene Wäsche, kocht und arbeitet. So spüren die Frauen zunehmend, dass sie Verantwortung bis hin zu Leitungspositionen übernehmen können. Dadurch ändert sich auch ihre Sichtweise sich selbst und der Gesellschaft gegenüber. Das ist eine wichtige Phase, die die Widersprüche eines Individuums im Inneren und nach außen zum Ausdruck bringt.

Es zeigt sich bei Frauen sowohl innerhalb der Bewegung als auch bei denen, die aus der Bewegung ausgetreten sind, dass sie die Rolle annehmen, die die Gesellschaft für sie vorgesehen hat. Was können Sie dazu sagen?

Dass Frauen die für sie vorgesehene Rolle ausfüllen wollen, erscheint mir normal. Ich sehe es als Teil einer Phase, in der zeitweise die revolutionären Werte gewinnen und zeitweise eben nicht. Aber die Reaktion der Gesamtgesellschaft erscheint mir besorgniserregend. Kolumbien beachtet die Rolle der Frauen in Havanna nicht allzu sehr. So wird in der Veröffentlichung von Nacktfotos zweier Frauen »zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien« eine »Feminisierung dieses Prozesses« gesehen.

Mahir Yılmazkaya ist Journalist bei der Nachrichtenagentur Firat, er lebt in und berichtet aus Lateinamerika.

Unser in Havanna geführter Kampf für die Rechte und die Arbeit der Frauen bleibt vonseiten der Mainstream-Medien unberücksichtigt. Denn dieser ist nicht »sexy«, wir sind nicht »schön« und uninteressant normal. Das gibt Aufschluss über die Gesellschaft sowohl Kolumbiens als auch der Welt.

Wie hat sich der Wandel der Frauen im revolutionären Kampf vollzogen? Was wurde und wird dafür unternommen?

Die Regeln in unseren Reihen beruhen auf den gleichen Rechten und Aufgaben für Frauen und Männer. Das kommt einer Wende für die Frauen gleich, die ein Leben lang den Männern untergeordnet waren. Die Praxis der Frauen in Führungspositionen zeigt diesen Sinneswandel ebenfalls immer wieder.

Worin liegt der Unterschied zwischen Frauen in ihrer Bewegung und denen außerhalb? Welche Arbeiten führen Sie für die Verringerung dieser Differenzen durch?

Die Frauen in der Bewegung haben ein tief greifendes Bewusstsein dafür, dass sie Vorreiterinnen für gesellschaftliche Transformationsprozesse und soziale Gerechtigkeit sind. Sie sind motivierter und haben gelernt, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Die Frauen außerhalb der Bewegung ha-

ben häufig ein eingeschränktes Bewusstsein im Hinblick auf die Welt und ihre Zukunft.

Auf der anderen Seite muss festgestellt werden, dass Frauen eine immer wichtigere Rolle in der ländlichen und gesellschaftlichen Organisierung spielen. Es gibt zahlreiche Frauen in Führungspositionen. Wir Frauen in und außerhalb der Bewegung lernen voneinander.

Kommen Sie in dem Prozess für einen gesellschaftlichen Frieden auch mit Frauenbewegungen und Aktivistinnen zusammen? Welche Forderungen richten diese an Sie?

Kolumbien verfügt über sehr starke Frauen- und feministische Bewegungen, die täglich wachsen. Während wir mit einigen bereits enge Beziehungen pflegen, stecken die Kontakte zu anderen eher in der Anfangsphase. Eine der wesentlichen Forderungen war die Etablierung einer Subkommission für Geschlechterfragen im Prozess für gesellschaftlichen Frieden. Die Frauen wollten in den Friedensverhandlungen repräsentiert werden und so wurde vor zwei Jahren eine entsprechende Kommission eingerichtet.

Die von Frauen der FARC-EP und der Regierung gegründete Subkommission hat mit der Unterstützung dieser Organisationen einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Einige haben zahlreiche Vorschläge für die Etablierung einer geschlechtergerechten Sichtweise in den Vereinbarungen gemacht, andere haben uns in Havanna besucht. Wir haben mit diesen Organisationen, deren Unterstützung für uns von großem Wert ist, bemerkenswerte Sitzungen abgehalten und einen effektiven Meinungsaustausch betrieben.

Welche Ziele haben Sie in Bezug auf die Existenz der Frauen in Kolumbien, ihre Arbeit, ihre Produktionskraft innerhalb der Gesellschaft und ihre Entwicklung?

Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Gewalt und keine auf Klasse, Rasse, ethnischer Herkunft o. Ä. beruhende Benachteiligung gibt. Das bedeutet, eine Gesellschaft zu generieren, in der Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten und Frauenmorde, häusliche Gewalt und Säureattacken gegen Frauen nicht existieren.

Wir wissen um die Schwierigkeiten, eine solche Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus zu etablieren. Doch dies bedeutet nicht, dass wir neben dem Klassenkampf nicht auch einen Kampf für die Rechte der Frauen führen.

Welche Rolle spielen Frauen bei Friedensverhandlungen? Werden Sie Gesetze für Frauen einführen?

An den Verhandlungen in Havanna nimmt eine Gruppe von vierzig Personen der FARC-EP teil; fünfzehn von ihnen sind Frauen. Während einige von uns am Verhandlungstisch sitzen, kümmern sich andere um Kommunikationsaufgaben, Kameraführung und Redaktionsarbeiten. In der Subkommission für Geschlechterfragen wird, wie bereits zuvor erwähnt, über die Implementierung einer geschlechtergerechten Sichtweise diskutiert.

In diesem Rahmen wird auch über den Gebrauch einer geschlechtergerechten Sprache sowie den Zugang von Frauen auf dem Land zu Krediten durch vorübergehende spezielle Vorkehrungen gesprochen. Dabei geht es nicht direkt um die Verabschiedung neuer Gesetze, da Kolumbien bereits Gesetze hat. Vielmehr stehen die Umsetzung der bestehenden Gesetze und ein Wandel der Gesinnung im Vordergrund.

Wie auch Ihnen bekannt ist, ist die Welt mit einer Plage wie dem Islamischen Staat konfrontiert. Demgegenüber gibt es in Şengal (Sindschar), Kobanê u. a. Orten die Realität von Widerstand leistenden kurdischen Frauen. Welche Beziehungen haben Sie zur kurdischen Frauenbewegung, insbesondere zu den YPJ in Rojava?

Wir hatten Kontakte zu den Frauen der PKK. Wir haben ihnen Dutzende Videobotschaften geschickt und für unsere Homepage www.mujerfariana.com Interviews mit ihnen geführt. So haben wir viel über ihre Gedanken und ihre Organisierung gelernt. Mit den YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) haben wir keinen unmittelbaren Kontakt, verfolgen aber ihren heldenhaften Kampf über soziale Medien und Nachrichten. Wir haben viel über ihre Beziehungen zu zivilen Frauen gelernt. Sie bilden eine kollektive Einheit, zeigen gegenseitig Solidarität und haben herausragenden Mut.

Haben Sie eine Botschaft an die gegen den IS kämpfende kurdische Frauenbewegung?

Als FARC-EP übermitteln wir den Genossinnen unsere revolutionären Grüße. Sie sollen wissen, dass wir in Gedanken stets bei ihnen sind. Ich möchte unseren Genossinnen der kurdischen Frauenbewegung Folgendes mitteilen: Es gibt auf der anderen Seite der Erde Frauen, die euren Kampf gegen einen von westlichen Ländern geschaffenen Feind anerkennen.

Wir alle kämpfen gegen den gemeinsamen Feind der Menschheit, der für soziale und ökonomische Ungerechtigkeit, für Unterdrückung der Schwachen und für Umweltzerstörung steht. Euer Kampf ist für Frauen weltweit, vor allem für die Kämpferinnen der FARC-EP, ein Vorbild. ♦

Die sumerische Mythologie und die Geschichte der Ideologisierung der Männlichkeit

Vergewaltigung, Entwurzelung und Verrat

Dilzar Dîlok, Mitglied des Zentralkomitees der PKK

Der beste Weg, die Gegenwart zu verstehen, ist der Versuch, den Geist des Moments zu erfassen und ihn zu leben. Und dies kann man, indem man den Moment mit der Vergangenheit, der Gesamtsumme der Momente, die ihn zur Gegenwart brachten, zusammen denkt.

Wenn wir den Nahen Osten, den nahöstlichen Menschen sowie Kurdistan und die gegenwärtige Situation der Menschen in Kurdistan betrachten, sehen wir, dass alles Heilige verdammt worden ist. Der Verrat an der eigenen Gesellschaft, der eigenen Gesellschaftlichkeit und dem eigenen Verständnis des freien Lebens reicht aus, um diese Verdammnis zu begreifen. Im Nahen Osten existieren Verrat und Kollaboration, die das eigene Heilige eigenhändig den Herrschenden darreichen. Dieses Bild bietet sich uns jeden Moment und lädt uns dazu ein, die Geschichte und die Geschichtlichkeit der Gesellschaft neu zu untersuchen.

Die Mythologien, die erzählerisch bis heute weitergegeben wurden, stellen eine der wenigen Quellen für die Erläuterung mancher Geschichtsepoche dar. In diesem Sinne beinhaltet die sumerische Mythologie Hinweise auf die Entstehung der Hierarchie, des Patriarchats und der Sklaverei von Frauen und Männern. Auch wenn wir die erste Zäsur im Gesellschaftsstatus der Frau im babylonischen Schöpfungsmythos *Enûma eliš* feststellen können, hatte der eigentliche Bruch schon bei den Sumerern stattgefunden. Tiamats Niederlage im Kampf gegen Marduk, die Spaltung ihres Körpers durch seinen Todesstoß, wurde zu einem Symbol für die Entheiligung der Frau und ihre Entfernung aus dem Götterrat.

Die Entfernung der Frau aus dem Götterrat stellt ein so entscheidendes Ereignis dar, dass es nicht einfach als Rauswurf aus dem Rat nach dem Kampf zwischen zwei Parteien interpretiert werden darf. Ihre Entfernung aus dem Rat, den man als Politik bezeichnen könnte, veranschaulicht ihre Verdrängung aus dem Leben, ihre Herabsetzung, das Abtöten der weiblichen Elemente des Lebens und der Gesellschaft und das Zurücklassen der gesellschaftlichen Männer- und Frauenidentitäten als die Formen des Weibes *[türkisch: karı]* und des herrschenden Mannes. Um die Entstehung dieser Normen zu begreifen, muss die Zeit vor dem Tiamat-Marduk-Mythos betrachtet werden, der den Bruch des Geschlechterstatus der Frau darstellen soll.

Es muss untersucht werden, wie die daraus entstandene Mentalität des Mannes hatte entstehen können, die den Bruch hervorrief. Obwohl dieser Prozess in den sumerischen Schrifttafeln niedergeschrieben worden war, blieb er aufgrund irreführender Interpretationen unbeachtet. Und die Herabsetzung der Gesellschaft wurde zeitlich unmittelbar mit der Herabsetzung der Frau gleichgesetzt. Es ist bisher nicht wirklich darauf eingegangen worden, wie beide Geschlechter gemeinsam herabgesetzt wurden, obwohl die Realität des lügnerischen, despotischen Mannes nur durch die Ideologisierung der Männlichkeit ermöglicht werden kann. Die Herabsetzung der männlichen Individuen in der Gesellschaft schafft die Männer, die die Frauen herabsetzen, und diese beiden Verhältnisse konstruieren – sich gegenseitig stützend – die hierarchisch-etatistischen Systeme. In diesem Sinne sollte das Gilgamesch-Epos untersucht werden.

Dieses Gründungsepos der Stadt Uruk ist die Geschichte der Entnaturalisierung der männlichen Identität, der Hegemonie der Männlichkeit über andere Männer und ihrer Verwendung als zentrales Mittel zur Herabsetzung der Gesellschaft.

In der Muzaffer-Ramazanoğlu-Übersetzung des Gilgamesch-Epos kann man wieder – den Optimismus der belletristisierten Mythologie einmal beiseitegelassen – seine Verfälschung erkennen. Genauso sollte nicht vergessen werden, dass das, was als historischer Roman geschrieben wird, eine Geschichtsverfälschung in Romanform bedeutet, dass die Gesellschaft dadurch, ohne verletzt zu werden, repressiv gebrochen wird. Man sollte auch nicht außer Acht lassen: In diesem Sinne dienen historische Romane auf Hegemonie basierenden Herrschaftssystemen und haben die Funktion, Geschichte zu ideologisie-

ren. Aus diesem Grund ist der Irrglaube, sich Geschichte durch die Lektüre historischer Romane aneignen zu können, nichts anderes, als das Geschichtsbild, das das herrschende System zu schaffen versucht, in den eigenen Verstand einzupflanzen.

Das Gilgamesch-Epos sollte nicht als Frau oder mit den Augen einer Frau gelesen, sondern das dort Erzählte vielmehr mit Bezug darauf betrachtet werden, wie sich der natürliche Verlauf des menschlichen/gesellschaftlichen und natürlichen Lebens entwickelte und zum Stillstand gebracht wurde. Im Epos wird die weibliche Sexualität benutzt, um aus dem »Bergmenschen« Enkidu einen »Stadtmenschen« zu machen. Dies ist der erste Schritt zu seiner Herabsetzung. Der Bergmensch Enkidu ist ein Individuum der ländlichen Stammesgesellschaft. Um zu sehen, was die zweite und eigentliche Herabsetzung ausmacht, braucht es wieder einen Blick in das Epos:

Enkidu, dir, der du das Leben nicht kennst,
Will ich Gilgamesch zeigen, den so ungleich Gestimmten!
Sieh ihn, schau auf sein Angesicht:
An Männlichkeit schön ist er, Würde hat er,
An Fülle überreich an seinem ganzen Leibe;
Stärke, gewalt'gere, hat er denn du,
Ohne Ruhe bei Tag und bei Nacht.
Enkidu, gib deine Unart auf! Gilgamesch – Schamasch hat Lieb' ihm erzeigt,
Anu, Enlil und Ea den Sinn ihm geweitet:
Ehe aus der Steppe du gekommen,
Sah Gilgamesch Träume von dir in Uruk:
Auf stand Gilgamesch, erzählt' den Traum,
Und sprach zu seiner Mutter:
»O Mutter, im Traum meiner letzten Nacht
Ging ich kraftgeschwellt fürbaß unter den Mannen;
Da sammelten sich um mich die Sterne des Himmels –
Die Waffe des Anu stürzte auf mich herab;
Heben wollt' ich's, da war sie mir zu schwer,
Bewegen wollt' ich's und konnt's nicht bewegen!
Uruk-Land sammelte sich herzu,
Die Mannen küßten die Füße ihm;
Da lehnt' ich mich dagegen, sie standen mir bei,
Ich hob sie auf und trug's hin zu dir.«
Gilgameschs Mutter, der alles kund ist, sprach zu Gilgamesch:
»Vielleicht, Gilgamesch, wurde einer wie du
In der Steppe geboren,
Heranwachsen ließ ihn das Steppenland –
Siehst du ihn, so wirst du Freude haben;
Die Mannen küssen die Füße ihm!
Du wirst ihn umarmen, ihn zu mir führen!
Der starke Enkidu ist's,
Ein Gesell, der dem Freund aus der Not hilft!
Der Stärkste im Land ist er, Kraft hat er,
Gleich der Feste des Anu gewaltig ist seine Stärke!
Wie über einem Weib hast du über ihm geraunt,
... er aber wird dich immer wieder erretten.«

In der Fußnote zu diesem Teil weist der Übersetzer vor allem darauf hin, dass die Beziehung zwischen Gilgamesch und Enkidu keine homosexuelle und dies ein irreführendes Ereignis sei, und der vom Eposschreiber erzählte Traum stelle den Höhepunkt seiner Kunst dar. Es wäre nicht falsch zu behaupten, dass durch diese Erläuterung das Vergewaltigerdasein Gilgameschs verdeckt wird. Gilgameschs Traum wird aber in einem Wortlaut geschildert, der eine Vergewaltigung beschreibt. Hier ist es wichtig, dass nicht das Wort »Frau« verwendet wird. Die Beschreibung »wie ein Weib« wird so benutzt, als solle eigentlich die Verweiblichung des Mannes definiert werden.

Gilgameschs perverse Träume, die im ganzen Epos vorkommen, weisen auf den Männertypus hin, den die sumerischen Priester zu schaffen versuchten. Die Männlichkeit wurde in der Form Gilgameschs ihres Daseins als einer natürlichen Geschlechtsidentität beraubt und ideologisiert. Die Frau nicht als Frau, sondern als Weib zu betrachten, an dem man sich befriedigt, ist eine Hegemonialideologie, die man Gilgamesch ausführen ließ. Die Frau als Befriedigungsobjekt zu betrachten, durch dieses Befriedigungsobjekt jedes Ziel zu erreichen, andere Männer mithilfe dieses Objekts herabzusetzen, in die Falle zu locken, ihrer Natürlichkeit zu berauben und sich selbst anzugleichen, das stellten die wesentlichen Eigenschaften Gilgameschs dar. Diese sind gleichzeitig die wesentlichen Eigenschaften des Typus des vergewaltigenden Mannes.

Enkidu wird zuerst mithilfe der Frau in die Falle gelockt und umerzogen. Mithilfe der Frau wird er dazu gebracht aufzuhören, er selbst zu sein, und er wird aus seinem gesellschaftlichen Leben herausgerissen. Interessant ist, dass dieser Teil des Epos nahezu die Geschichte der kurdischen Männer erzählt, die in die türkischen oder europäischen Metropolen auswandern. Die Interpretation dessen, was Enkidu widerfuhr, ist von wesentlicher Relevanz, um die Lage zu verstehen, in die die männliche Identität geraten ist. Mithilfe der weiblichen Sexualität dazu gebracht zu werden aufzuhören, man selbst zu sein, stellt eine seit den Sumerern häufig angewandte Methode dar. Danach wird Enkidu überredet, sich zu Gilgamesch bringen zu lassen. Enkidu selbst, im Unwissen darüber, was ihm widerfahren wird, zieht los, um Uruks Schicksal zu ändern.

Gleichzeitig berichtet das Gilgamesch-Epos von dem ersten Konflikt zwischen Stadtmensch und Barbar. Es enthält Einzelheiten des Stadt-Land-Konflikts. Die Erniedrigung der Landbewohner und ihre Identifizierung mit Schmutz einerseits, die Verführung zum Stadtleben und dessen Identifizierung mit Sauberkeit andererseits gehören zu den Motiven, die im

Gilgamesch-Epos auftauchen. Außerdem wird darin die Tatsache widergespiegelt, dass es von europäischen bzw. europäisch denkenden Männern übersetzt wurde. Der folgende Teil des Epos beweist diesen Umstand:

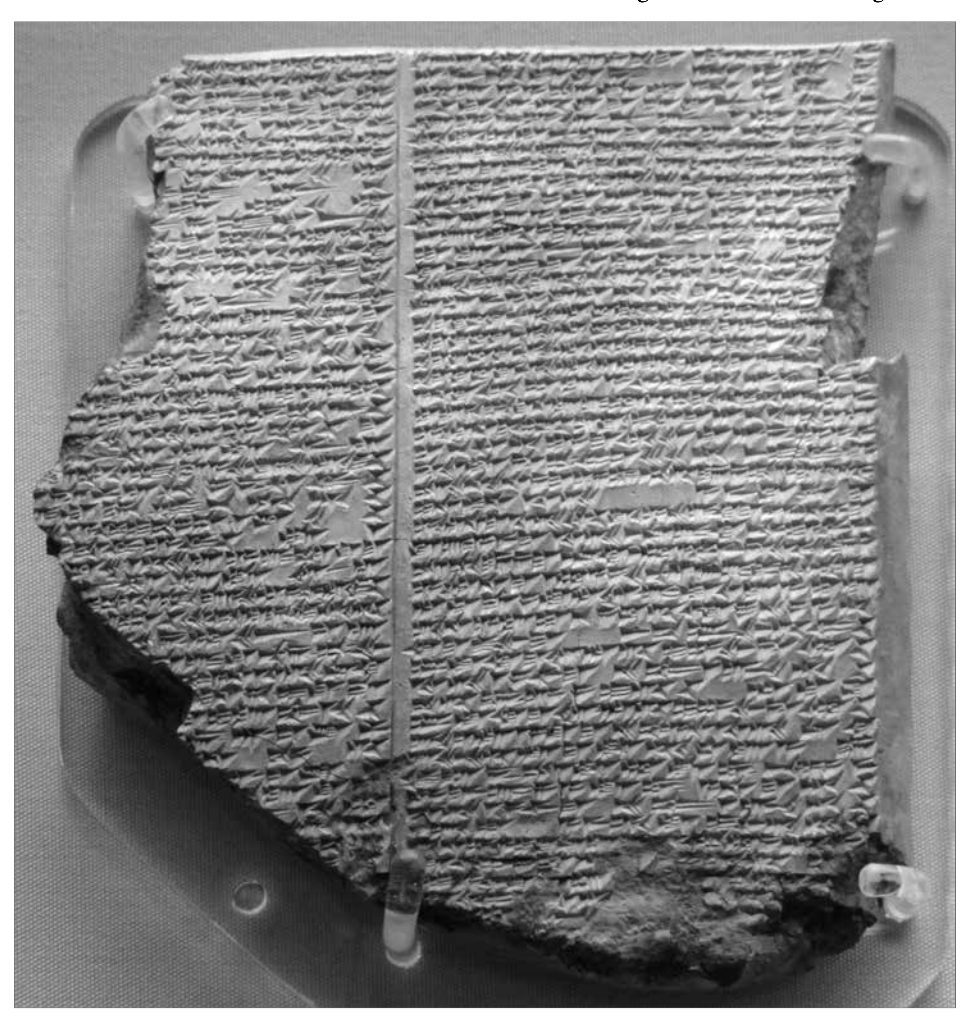
Brot aß Enkidu, bis er gesättigt war,
Trank den Rauschtrank – der *Krüge* sieben!
Frei ward sein Inneres und heiter,
Es frohlockte sein Herz, und sein Antlitz erstrahlte! –
Mit Wasser wusch er ab seinen haarigen Leib:
Er salbte sich mit Öl und wurde dadurch ein Mensch.
Ein Gewand zog er an, wie die Männer ist er nun.

Humbaba *[Wächter des Zedernwaldes im Libanon]*, in den Augen der Leser zu einer Bestie gemacht, sollte über seine Reaktion auf die gefällten Bäume interpretiert werden:

»Wer ist es, der die Bäume, die Kinder der Berge, vergewaltigt? Wer ist es, der die Zedern fällt?«

Enkidus Umgang mit Humbabas Kampftaktiken – nach dem Ereignis, von dem Gilgamesch mit den Worten »auf ihm befriedigte ich mich wie auf einem Weib« berichtet, also nach der Vergewaltigung Enkidus durch den König/Mann – zeigt, dass das Enkidu widerfahrene Ereignis nun eine Linie bildet. »Enkidu tat seinen Mund auf zu reden und sprach zu Gilgamesch: mein Freund, hör nicht auf das, was Humbaba dir sagt!« Du sollst Humbaba töten, sagt Enkidu zu Gilgamesch. Enkidus Verhalten nach der Vergewaltigung illustriert, wie sich die kollaboratorisch-verräterische Linie als Folge einer Vergewaltigung entwickelt. Um zu dem Schluss zu gelangen, dass hinter jedem Verrat, hinter jeder Kollaboration eine Vergewaltigung steckt, ist der Fall Enkidus genauso wichtig wie das Wissen über die Gegenwart.

Die Stadt Uruk stand unter dem Schutz von Inanna. Um 3000 v. u. Z. entstand hier das erste Staatsgebilde. Da Gilgamesch ein Drittel Mensch und zwei Drittel Gott war, war er der kräftigste Mann der Stadt, so kräftig wie ein Ochse. Diese Beschreibung, die auf der Wichtigkeit des Ochsen in Agrar-



Tontafel mit dem Gilgamesch-Epos. Foto: wikipedia

gesellschaften beruht, zeigt gleichzeitig, wie der Mythos vom heiligen Stier entstand. Gilgameschs Kampf mit den Göttinnen ging Hand in Hand mit seinen Angriffen auf die ländliche Gesellschaft, denn Sinn und Ziel seiner Angriffe auf die Frau und die Gesellschaftlichkeit waren dieselben. Das Epos ist durch und durch das Produkt einer ideologischen Konstruktion und zielt gleichzeitig auf eine ideologische Konstruktion ab. Die Gilgamesch-Figur, König und Soldat zugleich, weist darauf hin, wie der zu gründende Staat zu entstehen und aus was für Menschen er zu bestehen hatte. Im Epos werden die Entstehung des Staates, die Herabsetzung der Männlichkeit in Form der herabgesetzten Frau und des verweiblichten Mannes, die in Königen personifizierte Schaffung der herrschenden Männlichkeit und die Vergegenständlichung der Frau dargestellt, die Frau als eine Konkubine neben Gilgamesch.

Enkidus Herabsetzung durch Gilgameschs Vergewaltigung stellt einen historischen Präzedenzfall dar. Danach wird Humbaba angegriffen. Dabei stellt sich heraus, dass dieser Angriff nicht nur Humbaba, sondern allen Menschen der ländlichen Stammesgesellschaft gilt. Hier werden die Menschen der ländlichen Stammesgesellschaft entweder umgebracht oder wie Enkidu »umworben« und dadurch herabgesetzt und im Stadtleben assimiliert. Das ganze Epos von Anfang bis Ende erzählt, wie die Individuen der ländlichen Stammesgesellschaft mit unterschiedlichen Methoden aus ihrer Gesellschaftlichkeit herausgerissen, aus ihrem freien Dasein entfernt, versklavt und an ein Leben gewöhnt werden, das nicht das ihre ist. In gewissem Sinne ist das Gilgamesch-Epos eine Assimilationsgeschichte, in einem weiteren Sinne die der ersten Dorfevakuierung.

Es stellt vielleicht sogar das erste historische Beispiel der Degeneration dar, die aktuell im Nahen Osten stattfindet. Die Brutalität des IS, der sich als vergewaltigend-männlicher Imperialismus äußert, ist die Konkretisierung der in Uruk geschaffenen Männlichkeitsideologie auf irakischem Boden. Obwohl ich den Begriff Degeneration nicht gern gebrauche, benutze ich ihn in diesem Zusammenhang, da diejenigen, die ihr eigenes Heiliges dermaßen vergewaltigen können, mit Sicherheit durch eine geistige bzw. physische Vergewaltigung aus ihrer eigenen Menschlichkeit und ihrer eigenen Geneaologie der Bedeutung herausgerissen wurden. Um gegen den IS kämpfen, Widerstand leisten und das Heilige des Nahen Ostens beschützen zu können, muss man sich von der verräterischen und kollaboratorischen Linie entfernen.

Verrat und Kollaboration in Kurdistan sind Ausdruck der Aufrechterhaltung der durch internationale Verträge geschaffenen Enkidu-Linie bis heute. Diese Linie wird nach wie vor von der Demokratischen Partei Kurdistan/Irak (PDK) u. ä. verkörpert. Wie Enkidu zu Enkidu wurde, so wurden auch diese Parteien mit denselben Methoden auf die verräterische und kollaboratorische Linie gebracht. Von diesen Parteien, denen eine internationale Herabsetzung widerfuhr, Widerstand gegen die IS-Angriffe zu erwarten, ist sowieso eine historische Unmöglichkeit.

Verrat und Kollaboration in Kurdistan sind Ausdruck der Aufrechterhaltung der durch internationale Verträge geschaffenen Enkidu-Linie bis heute. Diese Linie wird nach wie vor von der Demokratischen Partei Kurdistan/Irak (PDK) u. ä. verkörpert. Wie Enkidu zu Enkidu wurde, so wurden auch diese Parteien mit denselben Methoden auf die verräterische und kollaboratorische Linie gebracht.

Um die Gegenwart zu verstehen, muss die Geschichte betrachtet und der Moment zusammen mit seinen Wurzeln gedeutet werden. Ihre Rolle in diesem Zusammenhang macht die Untersuchung von Mythologien zu einer Notwendigkeit. Jeder Begriff, der in Mythologien auftaucht, ist als ein Schritt der neuen Konstruktion anzusehen. Diese Bestimmungen nicht als Erläuterungen zur sumerischen Erfindung, sondern als künstlerische Diskurse zu qualifizieren, würde uns daran hindern, die geschichtlich-gesellschaftliche Realität zu begreifen.

Die letzten Worte Enkidus, der Figur des gegenüber dem herrschenden Mann verweiblichten Mannes, der der Vergewaltigung nicht entkam und deswegen die verräterische Linie annahm und mit seinem Feind kollaborierte, könnten darauf hindeuten, dass er in der Todesstunde seine eigene Wahrheit begriff:

> Mich hat, mein Freund, verwünscht *eine böse Verwünschung!*
> *Nicht* wie jemand mitten im Streite fällt, *sterb ich,*
> Mich schreckte die Schlacht, so *sterb ich ruhmlos.*

Ja, Enkidu unterlag einer Verwünschung. Alle Bäume, denen er seinen Rücken kehrte, die er verriet, verwünschten ihn. Alle Kinder Humbabas haben ihn verwünscht und verdammt. Die Natur, der ländliche Stammesmensch und seine Gesellschaftlichkeit fordern von Enkidu und allen, die zu Enkidus werden, das niemals zu verzeihen. ♦

SIVAS von Kaan Müjdeci

Einübung in die Männerwelt

Filmbesprechung von Susanne Roden

Einladung zur Premiere von SIVAS am 03.12.2015, im Kino »fsk« am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg in Anwesenheit des Regisseurs Kaan Müjdeci, im Anschluss dann ein Q & A im Kino und danach eine kleine Feier.

Abgesehen von den geladenen Gästen und der Filmcrew, die ersten beiden Reihen sind reserviert, ist das Kino zur Premiere ausverkauft. Aber es geht irgendwie nicht los.

Weil es mit der Verschlüsselung der Filmkopie Probleme gibt, taucht dann der Regisseur Kaan Müjdeci auf. Also, er habe für den Film dreißig Kinder gehabt, die habe er zunächst für drei bis vier Monate auf eine Schauspielschule geschickt, und auch dreißig Hunde habe er gehabt, dressierte Hunde, keiner von denen kann beißen. Alle Kämpfe im Film waren nicht echt. Er hat auch alles doppelt gedreht. Sein erster Film war über die Beziehung von Hund und Halter gewesen. Daraus hat er eine Dokumentation gemacht (»Babalar ve Oğulları«, »Fathers and Sons«, mit englischen Untertiteln auf YouTube zu finden). Immer, wenn er in der Heimat war, hat er Hundekämpfe besucht und die Kampfgeräusche als Sound aufgenommen.

Ja, er habe sich sehr wohl um eine Förderung bemüht, aber wenn sie gelesen hätten dreißig Kinder und dreißig Hunde, wurde abgelehnt, man fördere keine Geisterfilme.

In anderen Ländern? »Ja, der Film war in Japan sehr erfolgreich und wurde in achtzehn Kinos gezeigt.«

Dann geht es los. Film ab. Die erste Szene zeigt ein paar Jungenbeine, die im Kreis stehen, eine Hand, die eine kleine Rakete, wie zu Silvester, zündet. Sie fliegt in die Luft unter sprühendem Funkenflug, erhebt sich pfeifend in den blauen Himmel und man ist sich einig, der Junge hat die Wette gewonnen. Einer meint aber, er solle es noch mal machen. Einmal sei keinmal. Dann beginnt eine Rangelei. Man sieht langsam das Dorf im Hintergrund ins Bild kommen und die Bergkuppe, auf der die Jungen offenbar gestanden haben, wandert ab. Angesiedelt in der kargen Landschaft Anatoliens, erzählt SIVAS die Geschichte des elfjährigen Aslan (Doğan Izci) und eines verwitterten Kampfhundes, Sivas (Çakır).

Der Junge Aslan ist eigentlich schon ein bisschen ein Außenseiter, der mit seinen Schulkameraden streitet und kämpft. Auch mit seinem Mitschüler Hasan (Hasan Özdemir), mit dem er auf dem gemeinsamen Heimweg ein paar angekettete Kampfhunde sieht. Aslan ist sofort beeindruckt von den kräftigen und aggressiven Tieren. Seine Ernsthaftigkeit hat Aslan vermutlich deshalb, weil er sich zum einen als sogenannter Nachzügler ständig gegen seinen mehr als doppelt so alten Bruder Şahin (Ozan Çelik) behaupten muss, und zum anderen, weil ihm eine Menge Aufgaben und Pflichten übertragen werden. So muss er sich sofort nach der Schule um die Tiere im Stall kümmern. Es ist auch er, der vom Vater aufgefordert wird, das alte Pferd außerhalb des Dorfes auf einer Weide sich selber versorgen zu lassen, und nicht der ältere Bruder. Dieser soll ihn nur begleiten. Bei dieser Gelegenheit werden sie auf dem Rückweg dann Zeugen eines vom Dorfvorsteher organisierten Hundekampfes. Es sind genau die Hunde, die er zuvor im Dorf gesehen hat.

Er bleibt bis zum Ende des Kampfes, gefesselt von dem blutrünstigen Kampf der Tiere.

(Zu den Hirtenhunden aus Anatolien zählen Kangal, Kars-Hund und Akbaş als eigenständige Rassen. Sie begleiten die Schafherden meist allein über mehrere Tage, beschützen und verteidigen sie aktiv und selbstständig auch gegen Angriffe von Wölfen.)

Nachdem er sich des schwer verwundeten und zum Sterben liegen gelassenen riesigen wundervollen Hundes angenommen hat, entwickelt sich eine starke Beziehung zwischen den beiden.

Den Hintergrund bestimmt derweil die Vorbereitung für die Schulaufführung des Theaterstückes »Schneewittchen und die sieben Zwerge« anlässlich des Kinderfestes am 23. April.

Die Idee zu diesem nationalen Feiertag stammte vom türkischen Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938), der das Kinderfest 1920 ganz bewusst initiierte. Der 23. April 1920 war der Tag der Konstituierung des türkischen Parlaments, wodurch der Modernisierungsprozess für das Land eingeläutet wurde. Atatürk erklärte den Tag zum nationalen Unabhängigkeits- und Souveränitätstag sowie eben auch zum Kinderfesttag (»Çocuk Bayramı«). »Unsere Kinder sind unsere Zukunft«, war und ist das Motto, und so wird dieser Tag jährlich mit bunten Festen von Kindern und Eltern an allen Schulen, aber auch auf Straßen und Plätzen gefeiert. Öffentliche Ämter und Institutionen bleiben geschlossen, die Kinder sollen an dem Tag die Rollen vom Bürgermeister bis hin zum Polizisten übernehmen und symbolisch die Macht und Verantwortung übernehmen, die sie später als Erwachsene zu tragen haben.

Seit 1979 führt die UNESCO diesen »ältesten amtlichen Feiertag für Kinder« in ihrer Feiertagsliste und hat ihm den erweiterten Titel »Internationales Kinderfest« gegeben. Dabei soll der ursprüngliche Gedanke der Völkerverständigung betont werden und alle Kinder sollen ungeachtet ethnischer, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit miteinander feiern. Das »Internationale Kinderfest« soll zur Freundschaft und Liebe zwischen den Kindern beitragen.

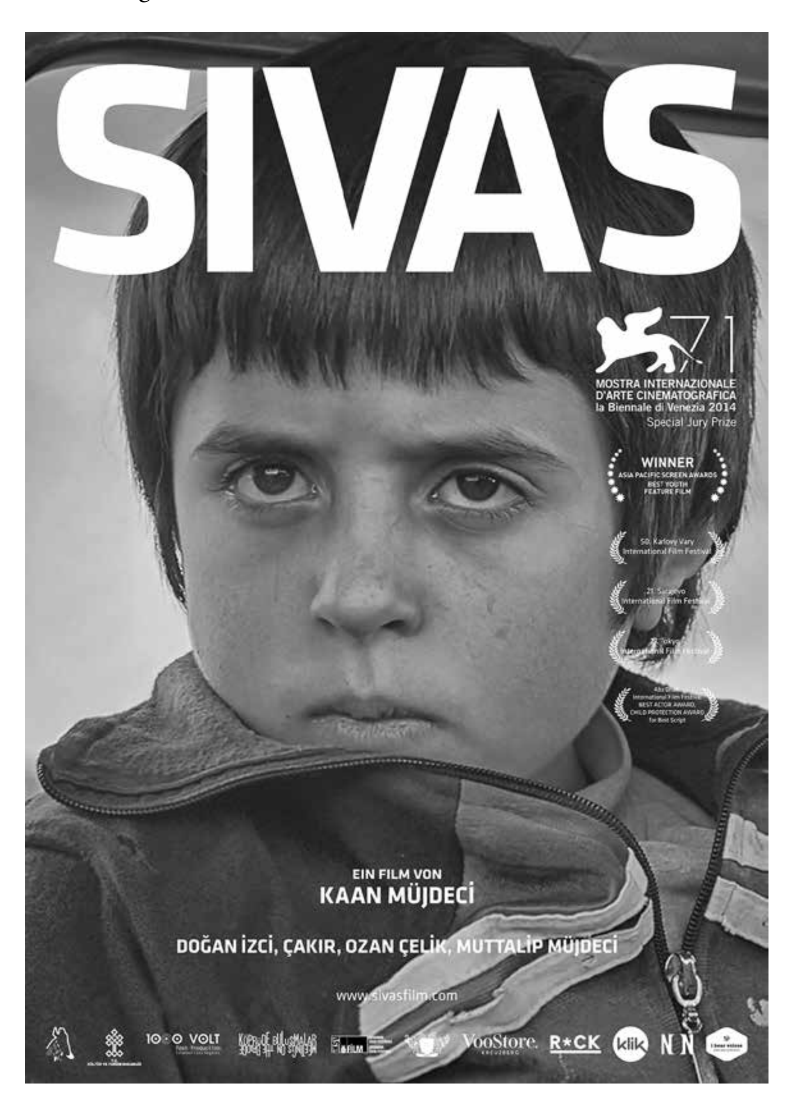
Somit unterscheidet sich dieser Gedanke aber stark vom türkischen Grundgedanken und das erklärt dann auch, warum viele Veranstaltungen nur ganz gezielt an türkische Kinder gerichtet sind, ist es doch ein nationaler Feiertag der Türkei.

Und so dominieren die Vorbereitungen zum Nationalfeiertag in der Schule des Bergdorfes auch zunehmend den Alltag. Es wird immer deutlicher, dass den Jungen Aslan eine starke Rivalität zu Osman (Furkan Uyar), den Sohn des Dorfvorstehers (Muttalip Müjdeci), beherrscht. Bei der Verteilung der Rollen für das Theaterstück bekommt Osman als Sohn des Dorfvorstehers natürlich die Hauptrolle des Prinzen und Schülerin Ayşe (Ezgi Ergin), für die Aslan romantische Gefühle hegt, wird die Prinzessin spielen.

Währenddessen konzentriert sich Aslan nun ganz auf die Pflege des Hundes. Der findet auch wieder zu neuer Lebenskraft und weicht dem Jungen nicht mehr von der Seite. Aslan möchte natürlich die anderen Kinder und besonders Ayşe mit dem Hund beeindrucken, aber es interessiert sich zunächst keiner dafür. Erst nachdem er den anderen Kindern den Kampfhund vorgestellt hat und sie ihn streicheln durften, wollen sie ihn natürlich auch kämpfen sehen. Das kann Aslan nicht ausschlagen. Beim Gegner handelt es sich allerdings um keinen Geringeren als den Hund Bozo des Dorfvorstehers, gegen den Sivas seinen letzten Kampf schwer verletzt verloren hatte.

Es wird also ein Kampftag vereinbart. Osman erscheint mit Bozo und Aslan mit Sivas. Beide Hunde stürmen mit Urgewalt aufeinander los und Sivas behält am Ende die Oberhand, Bozo gibt sich geschlagen. Diese Szene ist sehr entscheidend für den weiteren Verlauf der Geschichte, denn sie ist ein Miniaturkampfgeschehen mit nur den Jungen des Dorfes als Zuschauern. Denn das Austragen der Hundekämpfe ist reine Männersache.

Das Ereignis spricht sich sofort im Dorf herum und weckt Begehrlichkeiten.



Als dann die Familie versucht, hinter dem Rücken von Aslan die ständig leere Kasse durch einen Verkaufshandel innerhalb des Dorfes mit dem Hund aufzufüllen, gerät Aslan so in Rage, dass keiner mehr an ihm vorbeikann. Dieser Tobsuchtsanfall ist einfach unglaublich und eine enorme schauspielerische Leistung.

Danach sitzt der Junge dann zwischen den alten Männern des Dorfes und sie binden ihn mit ein in die gemeinsamen Gesprächsrunden und zukünftigen Planungen.

Und auf einmal ändert sich seine Rolle in der archaischen Dorfgemeinschaft und er befindet sich in einem Crashkurs zum Erwachsensein. Auf einmal rücken Schule, die Proben und die Prinzessin in den Hintergrund und Aslan geht auf Reisen mit Sivas.

Kaan Müjdeci nimmt den Zuschauer mit auf die Fahrt zu einem der illegalen Hundekämpfe im alten blauen Kombi des Dorfvorstehers, auf dessen Ladefläche hinten der Hund Sivas und Aslan gemeinsam sitzen, im Fahrgastraum dagegen ein paar ältere Männer des Dorfes, Şahin, der wenig nützliche doppelt so alte Bruder Aslans, und der Dorfvorsteher selbst am Steuer. Als sie zunächst bei einer Polizeikontrolle als auffällig angehalten werden, nicht zuletzt auch wegen des blutverschmierten Hundes, und die Lage doch entschärfen können, stimmen sie Kampfgeschrei an, am Ende hat jeder vergessen, dass sie einen Jungen an Bord haben, und halten auch ihre derben Männerwitze nicht mehr vor ihm zurück.

Als Sivas dann endgültig Kampfhundmeister geworden ist, erklärt Aslan, dass Sivas nun genug gekämpft habe und sich zur Ruhe setzen solle. Das hören die Männer natürlich gar nicht gern, denn dann geht ja die Einnahmequelle verloren, und so setzt der Dorfvorsteher auch zur dynamischen Überzeugungsrede an. Und schnell erkennt Aslan, dass Besitz und Loyalität in der Erwachsenenwelt keinen Platz haben.

Es gab eine Menge Kritik von Tierliebhabern wegen der Brutalität der Kampfszenen, obwohl kein Tier Schaden genommen hatte. Was allerdings viel gravierender scheint, ist die menschliche Brutalität, die zutage tritt. Es gibt kaum eine ordentliche Unterhaltung in dem Film. Es gibt verbalen Schlagabtausch zwischen den Jungen, gebellte Anordnungen, eingeschnappte oder boshafte Erwiderungen und Kommentare.

Es gibt einen Moment der Zärtlichkeit, aber auch das erst, nachdem man sich gegenseitig angebrüllt und gerangelt hatte.

Ohnehin ist die Mutter (Banu Fotocan) kaum zu sehen, sie huscht durch den Raum, um dem nörgelnden Vater das Essen zu bringen, oder in einer Badeszene mit dem Jungen. Die Mutter Aslans ist auch die einzige weibliche Person im ganzen Film. Ansonsten ist es eine Männerwelt und Müjdeci zeigt uns, dass es eine aggressive, zornige und korrupte Welt ist.

Kaan Müjdeci wurde 1980 in Ankara geboren und verbrachte seine Kindheit in verschiedenen Städten in Anatolien, wie Ankara, Riha (Urfa) und Malatya. 2003 kam er nach Berlin, um Film zu studieren, drehte Kurzfilme, wie »Tag der deutschen Einheit« (2010), der auch von verschiedenen Fernsehsendern gekauft wurde. Dann studierte er an der New York Film Academy, seine Abschlussarbeit »Jerry« wurde 2011 beim Berlinale Talent Campus gezeigt. 2012 entstand die Dokumentation »Babalar ve Oğulları« (Väter und Söhne) über die Hundekämpfe, hauptsächlich gedreht in der Stadt Yerköy im Bezirk Yozgat in Mittelanatolien. Die diente dann als Grundlage für den ersten Spielfilm SIVAS.

Und so erklärt Kaan dann auch, dass SIVAS wie sein eigenes Kind ist, ein Film, der langsam zur Welt kam. Er wollte das wahre launische Leben in der männerdominierten Provinz darstellen. Generell wird das Landleben überall auf der Welt als bewegungslos und unveränderlich wahrgenommen.

Er hat dabei die Regie eher als ein aufregendes Experiment, als eine Handlung »des Einfangens« aufgefasst. Er hat seinen von Laienschauspielern dargestellten Charakteren absichtlich freien Lauf gelassen an realen Schauplätzen, aber gleichzeitig an seiner Handlung festgehalten.

Kaan Müjdeci porträtiert in SIVAS mit viel Gespür die Wildheit der Natur und die Schönheit der Region im ländlichen Anatolien, zeigt aber auch die trostlose Isolierung und in lähmende Nacht gehüllte beklemmende Umgebung.

Doğan Izci beeindruckt in seiner Rolle als Aslan (der »Löwe«) mit einer sehr starken Darstellung eines Jungen an der Schwelle zum Erwachsensein, der sich plötzlich mit den archaischen Strukturen eines anatolischen Dorfes konfrontiert sieht und seine Rolle darin neu begreifen muss.

SIVAS erhielt 2014 neben der Auszeichnung Best Youth Feature Film bei den Asia Pacific Screen Awards den Special Jury Prize bei den Internationalen Filmfestspielen von Venedig und lief auf zahlreichen internationalen Filmfestivals. Seine Deutschlandpremiere feierte der Film auf dem Filmfest Hamburg 2014. SIVAS ist der türkische Oscar-Beitrag für den besten fremdsprachigen Film 2016 und das Spielfilmdebüt von Kaan Müjdeci.

SIVAS startete ab 3. Dezember bundesweit im Kino. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Ein Ergebnis des Deals Türkei/EU
Viertel in Cizîr
Foto: ANF

Rückseite:
#BakurRevolt veröffentlicht regelmäßig die Menschenrechtsverletzungen auf Twitter

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Die Kampagne »Ein Kino für Rojava«

Am 30. Januar 2016 feierte die Initiative »Ein Kino für Rojava« ein rauschendes Fest zum Auftakt ihrer Kampagne. Mehrere Bands spielten in der ausverkauften Exzess-Halle und erbrachten ein sattes Plus an Einnahmen zugunsten der Kampagne, die es sich zum Ziel gesetzt hat, in der kurdischen Stadt Amudê im Kanton Cizîrê in Rojava ein Kino/Kulturhaus zu bauen.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte die Initiative die Geschichte des Kinos in Amudê, Entwürfe für ein neues Kino sowie den Zeitplan vor. Danach sprach die europäische Vertreterin der autonomen Vertretung Rojavas, *Sinam Mohamad*, über die Gegenwart und Zukunft des demokratischen Aufbaus und des Kampfes um Befreiung in Rojava. Dabei hob sie besonders die politische und praktische Rolle der in Rojava organisierten Frauen hervor.

Etwa 400 ZuschauerInnen, darunter viele Jugendliche aus der Erstaufnahme für Flüchtlinge, sahen danach zum Auftakt des Konzertabends den bekannten, im Iran verfolgten und mit der Fatwa belegten, Sänger *Shahin Najafi,* der in Frankfurt einen seiner wenigen Live-Auftritte hatte und dessen Lyrik ihresgleichen in der linken politischen Musikszene sucht. Danach spielten *Shekib Mosadeq* und Band aus Afghanistan eher klassischen Rock und ließen die Halle zum ersten Mal tanzen, bevor die Frankfurter *OhOhOhs* den Saal mit *unplugged Techno* zum Kochen brachten.

Im Foyer der Halle wurden derweil Entwürfe für einen Kinobau gezeigt, die ein Masterstudienkurs für Medien- und Veranstaltungstechnik der Hochschule Beuth in Berlin als Semesterarbeit entworfen hat. Mittlerweile unterstützen viele kleinere Initiativen und Menschen, vor allem aus dem Kultur- und Medienbereich, die Initiative, darunter auch bekannte Persönlichkeiten wie der englische Regisseur Ken Loach (u. a. »*Tierra y Libertad*«), dessen Grußadresse verlesen wurde.

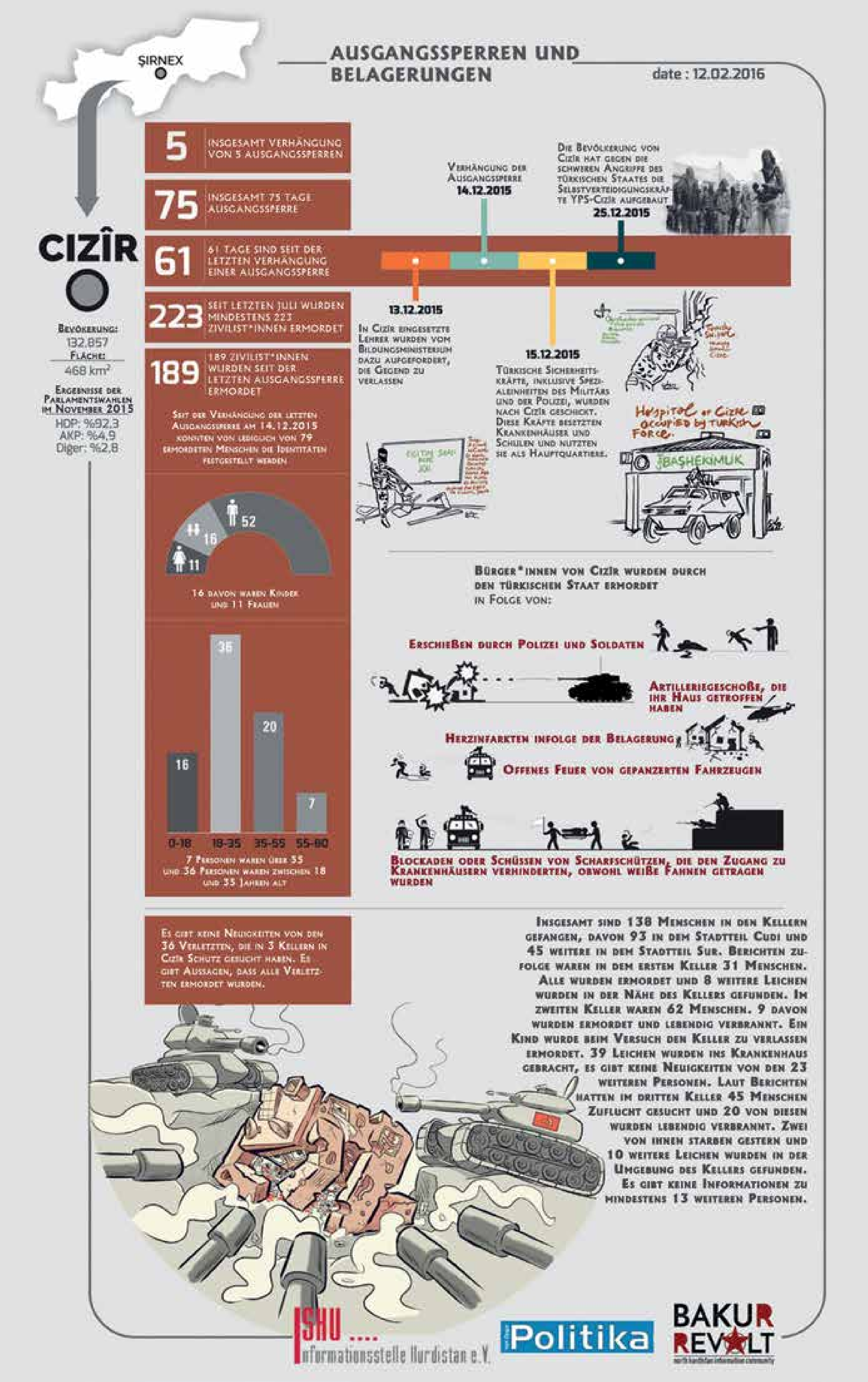
Ein neues Kino in Rojava zu bauen ist ein politisches Projekt. Es steht für das Zurückgewinnen der kurdischen Kultur, für Freiheit und Selbstbestimmung und vor allem für die Freiheit von Zensur, sei es nun in Syrien, der Türkei oder anderen Staaten der Region. Heute ist Rojava der einzige Ort des Mittleren Ostens, an dem Menschen frei und selbstbestimmt leben können, Männer und Frauen, unabhängig von Herkunft und Glauben dieselben Rechte haben.

Diese Freiheit ist auch die Freiheit des politischen Diskurses und der künstlerischen Ausdrucksformen im Film. Im Juli 2015 haben bekannte kurdische SchauspielerInnen und RegisseurInnen die erste *Cinema Commune* in Rojava gegründet. Dort sollen Filme gedreht und Filmproduktionen unterstützt werden. Politik wird auch mit Bildern gemacht. Die Blicke von außen auf Rojava sind oft verzerrt. Umso wichtiger sind Orte, an denen authentische Bilder entstehen, aber auch gezeigt werden können.

Die Initiative bedankt sich bei allen beteiligten Gruppen, den BetreiberInnen der Exzess-Halle und den vielen Einzelpersonen für ihre überaus solidarische Hilfe, ohne die ein solches Konzert nicht möglich gewesen wäre.

Wer mehr über die Geschichte des Kinos, das Projekt und seine Hintergründe erfahren möchte, sei auf die englische Homepage der Initiative verwiesen:

http://www.cinema-for-rojava.com



ISSN 0935-5375